

**ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN Nr. 5869 vom 08. März 2011
zum BASISPROSPEKT vom 24. November 2010**



für
Optionsscheine

Deutsche Bank AG

100.000.000 WAVES XXL Knock-Out-Optionsscheine je Serie bezogen auf den Umrechnungskurs EUR/USD;

Emittiert im Rahmen des **X-markets™** Programms

Ausgabepreis: Der anfängliche Ausgabepreis je Serie wird bei der Ausgabe der Wertpapiere festgelegt und nach der Ausgabe der Wertpapiere kontinuierlich angepasst.

Das Datum des Basisprospekts ist der 24. November 2010. Er enthält Informationen zu verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten, die unter dem Programm begeben werden können. Dieses Dokument stellt, ausschließlich in Bezug auf die Wertpapiere, endgültige Bedingungen in Form einer vervollständigten Fassung des Basisprospekts dar und trägt das Datum 08. März 2011.

Eine Registrierung der Wertpapiere gemäß dem United States Securities Act von 1933 in der geltenden Fassung ist nicht erfolgt, wird nicht erfolgen und ist nicht erforderlich. Die Wertpapiere dürfen nur außerhalb der Vereinigten Staaten und nur an oder für Rechnung von solchen Personen, die keine US-Personen sind, angeboten oder an solche verkauft werden.

Deutsche Bank 

Inhaltsverzeichnis

I.	ZUSAMMENFASSUNG	4
A.	ZUSAMMENFASSUNG DER RISIKOFAKTOREN	5
1.	Risikofaktoren bezogen auf den Emittenten	5
2.	Risiken in Bezug auf die Wertpapiere	7
B.	ZUSAMMENFASSUNG DER ENDGÜLTIGEN ANGEBOTSBEDINGUNGEN	10
1.	Wesentliche Merkmale	10
2.	Weitere Informationen zu den Wertpapierbedingungen	14
C.	ZUSAMMENFASSUNG DER BESCHREIBUNG DER EMITTENTIN	20
II.	RISIKOFAKTOREN	22
A.	EMITTENTENBEZOGENE RISIKOFAKTOREN	23
B.	PRODUKTSPEZIFISCHE RISIKOFAKTOREN	26
C.	ALLGEMEINE RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE WERTPAPIERE	28
D.	MARKTFAKTOREN	31
E.	INTERESSENKONFLIKTE	34
III.	HINWEISE ZU DEM DOKUMENT	36
A.	VERANTWORTLICHE PERSONEN – WICHTIGER HINWEIS	37
B.	FORM DES DOKUMENTS - VERÖFFENTLICHUNG	38
C.	HINWEISE FÜR ANLEGER ZUR VERWENDUNG DES BASISPROSPEKTS	39
1.	Allgemeine Beschreibung des Angebotsprogramms	39
2.	Hinweise zu den Bedingungen der Wertpapiere	40
3.	Von dem Basisprospekt erfasste Wertpapierkategorie(n) und -typen sowie wirtschaftliche Bedingungen	41
D.	BESTANDTEIL(E) DES DOKUMENTS (REGISTRIERUNGSFORMULARE DER EMITTENTIN, FINANZINFORMATIONEN – STAND 30. SEPTEMBER 2010)	43
IV.	ANGEBOTSBEDINGUNGEN	45
V.	ALLGEMEINE INFORMATIONEN	46
A.	ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUR BESTEUERUNG	47
B.	ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZU VERKAUFS- UND ÜBERTRAGUNGSBE-SCHRÄNKUNGEN	50
C.	ERLÖSVERWENDUNG	52
VI.	INFORMATIONEN ZU DEN WERTPAPIEREN	53
A.	WIRTSCHAFTLICHE BESCHREIBUNG	54
B.	BEDINGUNGEN	61
1.	Produktbedingungen	62
	Produktbedingung 1 – Definitionen	63
	Produktbedingung 2 – Form	70
	Produktbedingung 3 – Ansprüche und Verfahren	71
	Produktbedingung 4 – Anpassungsvorschriften	77
	Produktbedingung 5 – Anwendbares Recht und Gerichtsstand	80
2.	Allgemeine Emissionsbedingungen	81
C.	ANGABEN ZU BEZUGSOBJEKTEN	86
VII.	LÄNDERSPEZIFISCHE ANGABEN	87
VIII.	WEITERE ANGABEN ZUR DEUTSCHEN BANK	96
IX.	BETEILIGTE PARTEIEN	97

I. ZUSAMMENFASSUNG

Die nachstehenden Informationen sind lediglich eine Zusammenfassung und sind in Verbindung mit dem Rest des Dokumentes zu lesen. Diese Zusammenfassung soll einen Überblick über die wesentlichen Merkmale in Bezug auf die Emittentin sowie auf die Wertpapiere geben. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist diesem Dokument entnommen, auf dem sie auch in vollem Umfang basiert. Daher ist diese Zusammenfassung als Einführung in das Dokument zu verstehen, und jede Entscheidung zur Anlage in die Wertpapiere sollte auf die Prüfung des gesamten Dokuments gestützt werden.

Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass ein Anleger, der Ansprüche in Bezug auf in diesem Dokument enthaltene Informationen vor Gericht geltend macht, gemäß den Rechtsvorschriften des jeweiligen Mitgliedsstaates des Europäischen Wirtschaftsraumes verpflichtet sein kann, die Kosten für die Übersetzung des Dokuments zu tragen, bevor ein Gerichtsverfahren eingeleitet wird.

Die zivilrechtliche Haftung liegt bei dem Emittenten, der die Zusammenfassung, einschließlich deren Übersetzung, vorgelegt und deren Veröffentlichung veranlasst hat. Dies gilt jedoch nur, wenn die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Dokuments gelesen wird.

Diese Zusammenfassung besteht aus:

Zusammenfassung der Risikofaktoren

Zusammenfassung der endgültigen Angebotsbedingungen

Zusammenfassung der Beschreibung der Emittentin

A. ZUSAMMENFASSUNG DER RISIKOFAKTOREN

1. Risikofaktoren bezogen auf den Emittenten

Im Folgenden sind wesentliche Risikofaktoren beschrieben, welche die Fähigkeit der Deutschen Bank zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten als Emittentin von Wertpapieren betreffen.

Eine Investition in Schuldverschreibungen, einschließlich Optionsscheine, und Geldmarktpapiere der Deutschen Bank birgt das Risiko, dass die Deutsche Bank ihre jeweils eingegangenen Verbindlichkeiten nicht, nicht in voller Höhe und/oder nicht fristgerecht erfüllt.

Um dieses Risiko zu beurteilen, sollten potentielle Anleger alle Informationen berücksichtigen, die in diesem Prospekt und im Registrierungsformular der Deutschen Bank enthalten sind und, soweit sie dies für erforderlich halten, ihre Anlageentscheidung mit ihrem Anlageberater abstimmen.

Rating

Das Risiko betreffend die Fähigkeit eines Emittenten zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen und Geldmarktpapieren wird durch das Rating unabhängiger Ratingagenturen beschrieben.

Zum Erstellungsdatum des Basisprospekts lauteten die von den Ratingagenturen erteilten Ratings für Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Deutschen Bank wie folgt:

Ratingagentur	langfristig	Kurzfristig	Ausblick
Standard & Poor's (S&P)	A+	A-1	stabil
Moody's	Aa3	P-1	stabil
Fitch	AA-	F1+	negativ

S&P, Moody's und Fitch haben jeweils ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft. Eine Beantragung der Registrierung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 • über Ratingagenturen ist von S&P, Moody's und Fitch erfolgt.

Rating nachrangiger Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten der Deutschen Bank können ein niedrigeres Rating erhalten, weil im Fall der Insolvenz oder der Liquidation der Bank die Forderungen und Zinsansprüche aus solchen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Bank nachgehen, die nicht ebenfalls nachrangig sind. Die Deutsche Bank wird etwaige Ratings zu nachrangigen Verbindlichkeiten veröffentlichen.

Die Finanzstärke der Deutschen Bank, die sich auch in ihren Ratings niederschlägt, ist insbesondere von der Profitabilität der Bank abhängig. Im Folgenden werden Faktoren beschrieben, die sich nachteilig auf die Profitabilität der Deutschen Bank auswirken können.

- Die Deutsche Bank ist von der andauernden weltweiten Finanzkrise und der wirtschaftlichen Rezession betroffen und erwartet, auch weiterhin davon betroffen zu sein.
- Die Verschlechterung der Marktverhältnisse und hohe Volatilität können Erträge und Gewinn der Deutschen Bank in erheblichem Maße beeinträchtigen.
- Die Deutsche Bank hat infolge von Marktschwankungen erhebliche Verluste aus ihrem Handels- und Investmentgeschäft erlitten, die auch weiterhin auftreten können.
- Der andauernde Verfall von Marktpreisen hat zu einem Rückgang der an den Märkten vorhandenen Liquidität geführt und kann diese weiter verringern. Angesichts der andauernd illiquiden Märkte ist es schwieriger, Vermögenswerte zu veräußern; Veräußerungen können zu erheblichen Verlusten führen.

- Infolge von Veränderungen des Fair Value ihrer Finanzinstrumente hat die Deutsche Bank Verluste erlitten und kann weitere Verluste erleiden.
- Auch wenn Verluste aus Geschäften für Rechnung von Kunden entstehen, werden diese der Deutschen Bank möglicherweise nicht erstattet, wodurch erhebliche Verluste entstehen können und die Reputation der Deutschen Bank beeinträchtigt werden kann.
- Die Einnahmen der Deutschen Bank aus dem Investmentbanking sind zurückgegangen und können bei gegenwärtig oder künftig ungünstigen Marktverhältnissen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter sinken.
- Die Deutsche Bank könnte geringere Einnahmen aus ihrer Tätigkeit als Makler und anderen provisionsbasierten Geschäften erzielen.
- Ungeachtet bestehender Grundsätze, Verfahren und Methoden zur Überwachung von Risiken ist die Deutsche Bank unerkannten und nicht vorhergesehenen Risiken ausgesetzt, die zu erheblichen Verlusten führen können.
- Die Deutsche Bank ist Kreditrisiken ausgesetzt, die erheblich über die Risiken aus dem traditionellen Bankkreditgeschäft hinausgehen.
- Die Deutsche Bank benötigt ständig Liquidität, um ihre Geschäftsaktivitäten zu refinanzieren. In Zeiten marktweiter oder unternehmensspezifischer Liquiditätsengpässe kann sie daher Beeinträchtigungen erleiden. Sie ist dabei auch dem Risiko ausgesetzt, dass ihr keine Liquidität zur Verfügung gestellt wird, auch wenn ihr zugrunde liegendes Geschäft weiterhin stabil ist.
- Die Deutsche Bank benötigt Kapital als Grundlage für ihre Geschäftsaktivitäten und zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Verluste in Folge der Finanzkrise könnten das Kapital der Deutschen Bank reduzieren. Marktverhältnisse könnten die Deutsche Bank an der Beschaffung weiteren Kapitals hindern oder ihre Kapitalkosten erhöhen.
- Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Bekämpfung der Finanzmarktkrise wirken sich erheblich auf das Wettbewerbsumfeld aus und können die rechtliche und wirtschaftliche Position der Aktionäre der Deutschen Bank und anderer Investoren sowie das aufsichtsrechtliche Umfeld erheblich beeinflussen.
- Operationelle Risiken können das Geschäft der Deutschen Bank beeinträchtigen.
- Der Umfang der Abwicklungsgeschäfte der Deutschen Bank setzt sie erhöhten Gefahren erheblicher Verluste aus, sollten ihre Systeme nicht ordnungsgemäß funktionieren.
- Sollte es der Deutschen Bank nicht gelingen, ihre strategischen Initiativen umzusetzen oder auf andere Weise auf die Finanzkrise zu reagieren, könnte dies weitere Verluste oder eine geringe Ertragskraft zur Folge haben. Dies könnte sich auch auf den Aktienkurs der Deutschen Bank negativ auswirken.
- Die Deutsche Bank könnte Schwierigkeiten haben, Akquisitionsmöglichkeiten zu identifizieren und durchzuführen. Sowohl Akquisitionen als auch das Absehen von Zukäufen können die Ertragslage und den Aktienkurs der Deutschen Bank erheblich beeinträchtigen.
- Der Deutschen Bank könnte es nur unter Schwierigkeiten gelingen, Vermögenswerte außerhalb ihres Kerngeschäfts zu günstigen Preisen oder überhaupt zu verkaufen.
- Ereignisse in Unternehmen, in denen die Deutsche Bank investiert ist, können den Verkauf dieser Beteiligungen erschweren und unabhängig von der Marktentwicklung zu erheblichen Verlusten führen.
- Intensiver Wettbewerb auf dem deutschen Heimatmarkt ebenso wie auf den internationalen Märkten könnte die Erträge und die Profitabilität der Deutschen Bank wesentlich beeinträchtigen.

- Die Deutsche Bank ist in einem in zunehmendem Maße regulierten und für Rechtsstreitigkeiten anfälligen Umfeld tätig, das sie Schadensersatzansprüchen und anderen Kosten aussetzt, deren Höhe schwierig abzuschätzen ist.
- Transaktionen mit Geschäftspartnern in Ländern, die vom U. S. State Department als Staaten eingeordnet werden, die den Terrorismus unterstützen, können mögliche Kunden und Investoren davon abhalten, mit der Deutschen Bank Geschäfte zu machen oder in ihre Wertpapiere zu investieren.

2. Risiken in Bezug auf die Wertpapiere

Einführung

Eine Anlage in die Wertpapiere unterliegt bestimmten Risiken. Diese Risiken können unter anderem aus Risiken aus dem Aktienmarkt, Rentenmarkt, Devisenmarkt, Zinssätzen, Marktvolatilität, wirtschaftlichen, politischen und regulatorischen Risikofaktoren bestehen, sowohl einzeln als auch als Kombination dieser und anderer Risikofaktoren. Potenzielle Erwerber sollten über Erfahrung mit Anlagen in Instrumente wie z.B. die Wertpapiere und das Bezugsobjekt oder eine andere Referenzgröße für die Wertpapiere verfügen. Sie sollten die Risiken, die mit der Anlage in die Wertpapiere verbunden sind, verstehen und vor einer Anlageentscheidung zusammen mit ihren Rechts-, Steuer-, Finanz- und sonstigen Beratern folgende Punkte eingehend prüfen: (i) die Eignung einer Anlage in die Wertpapiere in Anbetracht ihrer eigenen besonderen Finanz-, Steuer- und sonstigen Situation, (ii) die Angaben in diesem Dokument und (iii) das Bezugsobjekt.

Die Wertpapiere können Wertschwankungen unterliegen. Die Wertpapiere können an Wert verlieren, und Anleger sollten auch mit einem Teil- bzw. Totalverlust ihrer Anlage in die Wertpapiere rechnen. Je kürzer die Restlaufzeit eines Wertpapiers ist, desto höher ist das Risiko eines Wertverlustes des Wertpapiers. Es wird keine Zusicherung dahingehend gegeben, dass mit einer Anlage in Wertpapiere höhere Renditen erzielt werden als mit vergleichbaren oder alternativen Anlagen, die zum Zeitpunkt des Wertpapiererwerbs durch den Anleger zur Verfügung stehen.

Eine Anlage in die Wertpapiere sollte erst nach einer Abschätzung von Richtung, Zeitpunkt und Ausmaß potenzieller künftiger Wertänderungen des Bezugsobjekts bzw. seiner Bestandteile und/oder Änderungen der Zusammensetzung oder Berechnungsmethode des Bezugsobjekts erfolgen, da die Rendite aus der jeweiligen Anlage unter anderem von Schwankungen der genannten Art abhängt. Mehrere Risikofaktoren können den Wert der Wertpapiere gleichzeitig beeinflussen; daher lässt sich die Auswirkung eines einzelnen Risikofaktors nicht voraussagen. Zudem können mehrere Risikofaktoren auf bestimmte Art und Weise zusammenwirken, so dass sich deren gemeinsame Auswirkung auf die Wertpapiere ebenfalls nicht voraussagen lässt. Über die Auswirkungen einer Kombination von Risikofaktoren auf den Wert der Wertpapiere lassen sich keine verbindlichen Aussagen treffen.

Wertentwicklung der Wertpapiere

Der jeweilige Wert oder Stand eines Bezugsobjekts bzw. seiner Bestandteile wird fortlaufend während der Laufzeit der Wertpapiere, in bestimmten Zeiträumen oder an einem oder mehreren Bewertungstagen bestimmt. Zur Klarstellung: Der jeweilige Zeitpunkt der Bewertung kann jedoch im Falle einer maßgeblichen Marktstörung gemäß Produktbedingung 4 verschoben werden.

Die positive Wertentwicklung eines Bezugsobjekts bzw. seiner Bestandteile wirkt sich nicht auf die Wertpapiere aus, sollte diese Wertentwicklung zu einem entsprechenden Bewertungszeitpunkt nicht berücksichtigt werden. Umfasst das Bezugsobjekt mehr als einen Bestandteil, kann die positive Wertentwicklung eines oder mehrerer Bestandteile des Bezugsobjekts durch eine negative Entwicklung anderer Bestandteile des Bezugsobjekts beeinträchtigt werden.

Historische Werte bieten keine Gewähr für die zukünftige Wertentwicklung eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile. Veränderungen im Stand bzw. Wert eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile

beeinflussen den Handelspreis des Wertpapiers, und es ist nicht vorhersehbar, ob der Stand bzw. Wert eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile steigen oder fallen wird.

Die Berechnungsbasis für den Stand eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile unterliegt Veränderungen (wie in den „Angaben zu Bezugsobjekten“ beschrieben), die den Marktwert der Wertpapiere und damit die Höhe des bei der Abwicklung zahlbaren Barausgleichsbetrag bzw. Tilgungsbetrag beeinflussen können.

Anleger sollten die jeweiligen für die Bezugsobjekte bzw. deren Bestandteile verfügbaren Preise oder Werte einer Prüfung unterziehen. Diese können sich auf an einer Börse bzw. von einem Notierungssystem veröffentlichte Preise oder Werte bzw. auf andere Marktgrößen beziehen. Es ist zu beachten, dass Marktdaten nicht immer transparent oder korrekt sind und in hohem Umfang die Stimmung der Anleger zum jeweiligen Zeitpunkt widerspiegeln. Es kann keine Zusicherung oder Gewährleistung gegeben werden, dass diese Preise und Werte den inneren Wert des entsprechenden Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteils genau wiedergeben.

Marktstörung, Anpassung und Vorzeitige Beendigung der Wertpapiere

Die Berechnungsstelle kann feststellen, dass eine Marktstörung eingetreten ist oder zum fraglichen Zeitpunkt andauert. Eine solche Feststellung kann die Bewertung in Bezug auf das Bezugsobjekt bzw. dessen Bestandteile verzögern, was den Wert der Wertpapiere beeinflussen und/oder deren Abwicklung verzögern kann.

Zusätzlich kann die Berechnungsstelle, falls in den Produktbedingungen angegeben, Anpassungen der Produktbedingungen vornehmen, um relevanten Anpassungen oder Ereignissen in Bezug auf das Bezugsobjekt bzw. dessen Bestandteile Rechnung zu tragen, und so u.a. einen Nachfolger des Bezugsobjekts bzw. eines seiner Bestandteile oder dessen Emittenten bzw. Sponsor bestimmen.

Weiterhin kann die Emittentin unter bestimmten Voraussetzungen nach einem solchen Ereignis die Laufzeit der Wertpapiere vorzeitig beenden. In diesem Fall zahlt die Emittentin in Bezug auf jedes Wertpapier gegebenenfalls einen Betrag, der gemäß den Bestimmungen der Bedingungen festgelegt wird.

Ferner ist die Emittentin nach eigenem Ermessen berechtigt jedoch nicht verpflichtet, die Wertpapiere außerordentlich zu kündigen, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen, wie beispielsweise von der Emittentin nicht zu vertretende Rechtswidrigkeit oder vollständige oder teilweise Undurchführbarkeit der (i) Erfüllung der Verpflichtungen aufgrund der Wertpapiere durch die Emittentin oder (ii) Beibehaltung ihrer Absicherungsmaßnahmen im Hinblick auf die Wertpapiere. Werden die Wertpapiere durch die Emittentin außerordentlich gekündigt, zahlt die Emittentin, soweit nach anwendbarem Recht zulässig, jedem Gläubiger für jedes Wertpapier einen von der Berechnungsstelle bestimmten Betrag in Höhe des ungeachtet der Rechtswidrigkeit oder Undurchführbarkeit feststellbaren Marktpreises, abzüglich der Kosten der Emittentin für die Auflösung etwa zugrunde liegender Absicherungsmaßnahmen.

Keine Zahlung bis zur Abwicklung / potentielle Illiquidität

Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass während der Laufzeit des Wertpapiers keine regelmäßigen Zahlungen oder sonstige Ausschüttungen erfolgen. Vor der Abwicklung können Anleger lediglich durch eine Veräußerung am Sekundärmarkt potenzielle Erträge aus den Wertpapieren erzielen.

Es lässt sich nicht voraussagen, ob und inwieweit sich ein Sekundärmarkt für die Wertpapiere entwickelt, zu welchem Preis die Wertpapiere an diesem Sekundärmarkt gehandelt werden und ob dieser Sekundärmarkt liquide sein wird oder nicht. Soweit in diesem Dokument angegeben, wurden Anträge auf Notierung oder Zulassung zum Handel an den angegebenen Börsen oder Notierungssystemen gestellt. Sind die Wertpapiere an einer Börse notiert oder zum Handel zugelassen, kann nicht zugesichert werden, dass diese Notierung oder Zulassung zum Handel beibehalten werden wird. Aus der Tatsache, dass die Wertpapiere in der genannten Art notiert oder zum Handel zugelassen sind, folgt nicht zwangsläufig, dass höhere Liquidität vorliegt, als wenn dies nicht der Fall wäre.

Sind die Wertpapiere an keiner Börse oder keinem Notierungssystem notiert oder an keiner Börse oder keinem Notierungssystem zum Handel zugelassen, sind Informationen über die Preise unter Umständen schwieriger zu beziehen und kann die Liquidität der Wertpapiere negativ beeinflusst werden. Die Liquidität der Wertpapiere kann auch durch Beschränkung des Kaufs und Verkaufs der Wertpapiere in bestimmten Ländern beeinflusst werden.

Die Emittentin ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, jederzeit Wertpapiere zu einem beliebigen Kurs am offenen Markt oder aufgrund öffentlichen Gebots oder individuellen Vertrags zu erwerben.

Da die Emittentin unter Umständen der einzige Market-Maker für die Wertpapiere ist, kann der Sekundärmarkt eingeschränkt sein. Je eingeschränkter der Sekundärmarkt ist, desto schwieriger kann es für die Gläubiger sein, den Wert der Wertpapiere vor der Abwicklung zu realisieren.

Wechselkursrisiko

Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass mit der Anlage in die Wertpapiere Risiken aufgrund schwankender Wechselkurse verbunden sein können. Zum Beispiel kann sich die Abwicklungswährung der Wertpapiere von der Heimatwährung des Anlegers oder der Währung, in der ein Anleger Zahlungen zu erhalten wünscht, unterscheiden. Wechselkurse zwischen Währungen werden durch verschiedene Faktoren von Angebot und Nachfrage an den internationalen Devisenmärkten bestimmt, die durch volkswirtschaftliche Faktoren, Spekulationen und Eingriffe durch Zentralbanken und Regierungsstellen oder andere politische Faktoren (einschließlich Devisenkontrollen und -beschränkungen) beeinflusst werden. Wechselkursschwankungen können Auswirkungen auf den Wert der Wertpapiere und in Bezug auf diese zu zahlende Beträge haben.

Zinsrisiko

Eine Anlage in die Wertpapiere ist mit einem Zinsrisiko aufgrund von Schwankungen der auf Einlagen in der Währung der Wertpapiere zu zahlenden Zinsen verbunden. Dies kann Auswirkungen auf den Marktwert der Wertpapiere haben. Zinssätze werden durch verschiedene Faktoren von Angebot und Nachfrage an den internationalen Geldmärkten bestimmt, die durch volkswirtschaftliche Faktoren, Spekulationen und Eingriffe durch Zentralbanken und Regierungsstellen oder andere politische Faktoren beeinflusst werden. Schwankungen in kurzfristigen oder langfristigen Zinssätzen können den Wert der Wertpapiere beeinflussen.

Bonität der Emittentin

Der Wert der Wertpapiere wird voraussichtlich teilweise durch die allgemeine Beurteilung der Bonität der Emittentin durch die Anleger beeinflusst. Jede Minderung der Bonität der Emittentin kann zu einer Verringerung des Wertes der Wertpapiere führen. Wird in Bezug auf die Emittentin ein Insolvenzverfahren eingeleitet, kann dies zu Renditeeinbußen für die Gläubiger führen und ist in Bezug auf die Wiedergewinnung eingesetzten Kapitals mit erheblichen Verzögerungen zu rechnen. Im schlechtesten Fall kann es auch zu einem Verlust der gesamten Anlage kommen.

B. ZUSAMMENFASSUNG DER ENDGÜLTIGEN ANGEBOTSBEDINGUNGEN

Die in diesem Abschnitt enthaltenen Informationen bilden eine zusammenfassende Darstellung der Wertpapiere. Sie basieren auf den detaillierteren Erklärungen in den Abschnitten „Produktbedingungen“ und „Allgemeine Emissionsbedingungen“ dieses Dokuments, die die rechtsverbindlichen Bedingungen der Wertpapiere bilden und der Globalurkunde beigefügt sind. Potenzielle Anleger sollten die „Produktbedingungen“ und „Allgemeinen Emissionsbedingungen“ sorgfältig gelesen und verstanden haben, bevor sie eine Anlageentscheidung in Bezug auf die Wertpapiere treffen.

1. Wesentliche Merkmale

Emittentin: Deutsche Bank AG

WKN ISIN	Typ	Basispreis	Barrier- Betrag	Barrier- Betrag- Anpass- ungssatz	Zins- bereini- gungs- faktor	Multiplikator	Bestimmung des Referenzstandes
-------------	-----	------------	--------------------	--	---------------------------------------	---------------	--------------------------------

Art des Bezugsobjekts: Devisenkurse
 Bezugsobjekt: Umrechnungskurs EUR/USD
 Referenzwährung: USD
 Referenzstelle: Bildschirmseite "OPTREF" im Reuters Monitor Service-System
 Referenzzinssatz: Ist das von der Berechnungsstelle am Basispreis-Anpassungstag ermittelte Ergebnis von a) USD-Zinssatz minus b) EUR-Zinssatz. Der USD-Zinssatz und der EUR-Zinssatz sind die an diesem Tag von Reuters Monitor Services ("Reuters-System") oder dem Nachfolgesystem jeweils auf den Bildschirmseiten "FEDFUNDS1" und "EONIA=" oder deren Nachfolgeseiten veröffentlichten Zinssätze, wie sie von der Berechnungsstelle festgestellt werden.

Emissionsvolumen: Je Serie 100.000.000 Wertpapiere
 Rundung Barrier-Betrag: Unter Rundung auf ganze 0,001 Einheiten, wobei im Fall von Optionsscheinen des Typs Call auf- und im Fall von Optionsscheinen des Typs Put abgerundet wird.

DE5HSG DE000DE5HSG3	Call	1,3366 USD	1,35 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSH DE000DE5HSH1	Call	1,3416 USD	1,355 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSJ DE000DE5HSJ7	Call	1,3465 USD	1,36 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSK DE000DE5HSK5	Call	1,3515 USD	1,365 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSL DE000DE5HSL3	Call	1,3564 USD	1,37 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSM DE000DE5HSM1	Call	1,3614 USD	1,375 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSN DE000DE5HSN9	Call	1,3663 USD	1,38 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSP DE000DE5HSP4	Call	1,3713 USD	1,385 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSQ DE000DE5HSQ2	Call	1,3762 USD	1,39 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSR DE000DE5HSR0	Put	1,4343 USD	1,42 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSS DE000DE5HSS8	Put	1,4747 USD	1,46 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HST DE000DE5HST6	Put	1,5152 USD	1,50 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSU DE000DE5HSU4	Put	1,5657 USD	1,55 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSV DE000DE5HSV2	Put	1,6162 USD	1,60 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle

Anzahl der Optionsscheine:	100.000.000 je Serie. Die tatsächliche Anzahl der Wertpapiere entspricht je Serie der Summe aller von gültigen Zeichnungsanträgen oder Aufträgen umfassten Wertpapiere, die bei der Emittentin eingehen
Typ:	Vergleiche Tabelle
Bezugsobjekt:	Der in der Tabelle angegebenen Devisenkurs des jeweiligen Wertpapiers.
Ausgabepreis:	Der anfängliche Ausgabepreis je Serie wird bei der Ausgabe der Wertpapiere festgelegt und nach Ausgabe der Wertpapiere kontinuierlich angepasst.
Ausgabetag:	09. März 2011
Valutatag:	11. März 2011
Schlussreferenzstand:	ist ein Betrag in Höhe des von der Berechnungsstelle festgestellten Referenzstandes am Bewertungstag.
Basispreis:	Vergleiche Tabelle
Multiplikator:	Vergleiche Tabelle
Ausübungstag:	Ist der auf den 7. Kalendertag folgende Geschäftstag im April eines jeden Jahres innerhalb der Ausübungsfrist.
Ausübungsfrist:	Ist, in Bezug auf jede Serie, der am Valutatag beginnende (und diesen Tag einschließende) Zeitraum
Abwicklung:	Bar
Automatische Ausübung:	Vorgesehen
Abwicklungstag:	ist, in Bezug auf ein Wertpapier, der dritte, (a) wenn ein Barrier-Ereignis eingetreten ist, dem entsprechenden Beendigungstag unmittelbar folgende Geschäftstag, oder (b) wenn kein Barrier-Ereignis eingetreten ist, dem entsprechenden Bewertungstag unmittelbar folgende Geschäftstag.
Referenzwährung:	Vergleiche Tabelle
Abwicklungswährung:	EUR
Barausgleichsbetrag:	Ein von der Berechnungsstelle, in Bezug auf jede Serie und ein Wertpapier, wie folgt bestimmter Betrag: 1. wenn nach Feststellung der Berechnungsstelle der Barrier-Bestimmungsstand während der Barrier-Bestimmungsperiode Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Call“: kleiner oder gleich dem Barrier-Betrag gewesen ist Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Put“: größer oder gleich dem Barrier-Betrag gewesen ist; (ein solches Ereignis wird nachfolgend als „ Barrier-Ereignis “ bezeichnet), Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Call“: (Stop Loss - Referenzstand – Basispreis) x Multiplikator Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Put“:

(Basispreis – Stop Loss - Referenzstand) x Multiplikator;

2. ansonsten:

Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Call“:

(Schlussreferenzstand – Basispreis) x Multiplikator

Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Put“:

(Basispreis – Schlussreferenzstand) x Multiplikator.

wobei der Barausgleichsbetrag nicht weniger als der Mindestbetrag beträgt.

Übt die Emittentin ihr Kündigungsrecht aus, hat jeder Gläubiger gegenüber der Emittentin Anspruch auf Zahlung des Barausgleichsbetrags abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen zur Wertstellung bis spätestens am Abwicklungstag.

Der Barausgleichsbetrag wird zum Wechselkurs an dem Bewertungstag oder, wenn dieser Tag kein Geschäftstag ist, dem unmittelbar folgenden Tag, der ein Geschäftstag ist, in die Abwicklungswährung umgerechnet. Der Barausgleichsbetrag wird auf zwei Dezimalstellen in der Abwicklungswährung gerundet, wobei 0,005 abgerundet wird.

Mindestbetrag:	ist in Bezug auf jede Serie und ein Wertpapier EUR 0,001
Mindestausübungsbetrag:	Ein Wertpapier
Mindesthandelsvolumen:	Ein Wertpapier
Börsennotierung:	Es ist beantragt worden, die Wertpapiere zum Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse zuzulassen, der kein geregelter Markt im Sinne der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Richtlinie 2004/39/EG) ist. Es ist beantragt worden, die Wertpapiere zum Regulierten Markt an der Stuttgarter Wertpapierbörse zuzulassen, der ein geregelter Markt im Sinne der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Richtlinie 2004/39/EG) ist.
Berechnungsstelle	Die Emittentin fungiert als Berechnungsstelle
Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle:	Deutsche Bank AG
Der Angebotszeitraum:	Das Angebot der Wertpapiere beginnt am 09. März 2011 (08:00 Uhr, Ortszeit Frankfurt am Main).
Fortlaufende Informationen nach Begebung:	Die Emittentin beabsichtigt nach der Begebung keine fortlaufenden Informationen im Hinblick auf Bezugsobjekte von unter diesem Programm begebenen Wertpapieren zur Verfügung zu stellen..
Vertriebsfolgeprovision¹	nicht anwendbar ²
Platzierungsprovision³	nicht anwendbar ⁴

¹ Die Emittentin zahlt Platzierungs- und Vertriebsfolgeprovisionen als umsatzabhängige Vertriebsvergütungen an die jeweilige Vertriebsstelle. Die Vertriebsstelle handelt selbständig und ist kein Vertreter der Emittentin. Platzierungsprovisionen werden aus dem Emissionserlös als einmalige Zahlung geleistet; alternativ gewährt die Emittentin der jeweiligen Vertriebsstelle einen entsprechenden Abschlag auf den Ausgabepreis (ohne Ausgabeaufschlag). Vertriebsfolgeprovisionen werden bestandsabhängig wiederkehrend gezahlt. Ist die Deutsche Bank AG beim Vertrieb eigener Wertpapiere sowohl Emittentin als auch Vertriebsstelle, werden der vertreibenden Stelle der Deutsche Bank AG entsprechende Beträge bankintern gutgeschrieben. – Weitere Informationen zu Preisen und Preisbestandteilen enthält der Abschnitt „Interessenkonflikte“, Nr. 5 und 6.

² Die oben genannten Beträge beziehen sich auf den Zeitpunkt der Erstellung dieses Dokumentes; Änderungen während des Angebotszeitraums und der Laufzeit der Wertpapiere sind möglich.

³ Die Emittentin zahlt Platzierungs- und Vertriebsfolgeprovisionen als umsatzabhängige Vertriebsvergütungen an die jeweilige Vertriebsstelle. Die Vertriebsstelle handelt selbständig und ist kein Vertreter der Emittentin. Platzierungsprovisionen werden aus dem Emissionserlös als einmalige Zahlung geleistet; alternativ gewährt die Emittentin der jeweiligen Vertriebsstelle einen entsprechenden Abschlag auf den Ausgabepreis (ohne Ausgabeaufschlag). Vertriebsfolgeprovisionen werden bestandsabhängig wiederkehrend gezahlt. Ist die Deutsche Bank AG beim Vertrieb eigener Wertpapiere sowohl Emittentin als auch Vertriebsstelle, werden der vertreibenden Stelle der Deutsche Bank AG entsprechende Beträge bankintern gutgeschrieben. – Weitere Informationen zu Preisen und Preisbestandteilen enthält der Abschnitt „Interessenkonflikte“, Nr. 5 und 6.

⁴ Die oben genannten Beträge beziehen sich auf den Zeitpunkt der Erstellung dieses Dokumentes; Änderungen während des Angebotszeitraums und der Laufzeit der Wertpapiere sind möglich.

2. Weitere Informationen zu den Wertpapierbedingungen

An ein einzelnes Bezugsobjekt gebundene WAVE XXL Knock-Out-Optionsscheine in mehreren Serien

- a. Die Emittentin kann im Rahmen ihres X-markets-Programms Wertpapiere begeben, die sich auf Aktien und/oder Indizes und/oder American Depositary Receipts (ADR) und/oder Global Depositary Receipts (GDR) und/oder Genussscheine nach Schweizer Recht und/oder Andere Wertpapiere und/oder Fondsanteile und/oder Waren und/oder Devisenkurse und/oder Futures beziehen.

Die Emittentin hat beschlossen, je Serie eine bestimmte Anzahl von WAVE XXL Knock-Out-Optionsscheinen bezogen auf Devisenkurse zu den in diesem Dokument beschriebenen Produktbedingungen und den in diesem Dokument beschriebenen allgemeinen Emissionsbedingungen (zusammen mit den Produktbedingungen die Bedingungen genannt) zu begeben. Verweise auf den Begriff Bezugsobjekt (bzw. Bezugsobjekte) sind als Verweise auf die Devisenkurse zu verstehen.

- b. Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Call“, gelten folgende drei Absätze:

Sofern kein Barrier-Ereignis (wie nachstehend definiert) eintritt, sind Anleger in die Wertpapiere bei deren Ausübung wirtschaftlich in einer ähnlichen Position wie Inhaber einer Option, die zum Kauf des Bezugsobjekts am Bewertungstag nach dem jeweiligen Ausübungstag zum Basispreis berechtigt.

Wenn der Schlussreferenzstand, d.h. der Wert des Bezugsobjekts am Bewertungstag, über dem Basispreis liegt, erhalten Anleger einen Barausgleichsbetrag, der eine überproportionale Partizipation in dem Umfang darstellt, in dem der Schlussreferenzstand über den Wert des Bezugsobjekts zum oder um den Zeitpunkt der Ausgabe der Wertpapiere (jedoch unter Berücksichtigung anfallender Finanzierungskosten) gestiegen ist. Der Barausgleichsbetrag spiegelt das Produkt aus dem Betrag, um den der Schlussreferenzstand den Basispreis übersteigt, und dem Multiplikator, wider.

Ist der Schlussreferenzstand niedriger als der Basispreis bzw. entspricht er diesem, erhalten Anleger den festgelegten Mindestbetrag.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Put“, gelten folgende drei Absätze:

Sofern kein Barrier-Ereignis (wie nachstehend definiert) eintritt, sind Anleger in die Wertpapiere bei deren Ausübung wirtschaftlich in einer ähnlichen Position wie Inhaber einer Option, die zum Verkauf des Bezugsobjekts am Bewertungstag nach dem jeweiligen Ausübungstag zum Basispreis berechtigt.

Wenn der Schlussreferenzstand, d.h. der Wert des Bezugsobjekts am Bewertungstag, unter dem Basispreis liegt, erhalten Anleger einen Barausgleichsbetrag, der eine überproportionale Partizipation in dem Umfang darstellt, in dem der Schlussreferenzstand unter den Wert des Bezugsobjekts zum oder um den Zeitpunkt der Ausgabe der Wertpapiere (jedoch unter Berücksichtigung anfallender Finanzierungskosten) gesunken ist. Der Barausgleichsbetrag spiegelt das Produkt aus dem Betrag, um den der Schlussreferenzstand den Basispreis unterschreitet und dem Multiplikator, wider.

Ist der Schlussreferenzstand höher als der Basispreis bzw. entspricht er diesem, erhalten Anleger den festgelegten Mindestbetrag.

- c. Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Call“, gelten folgende vier Absätze:

Wenn der Barrier-Bestimmungsstand, d.h. der Wert des Bezugsobjekts, während der Barrier-Bestimmungsperiode niedriger ist als der Barrier-Betrag in Bezug auf diesen Tag bzw. diesem entspricht (wobei ein solches Ereignis als „Barrier-Ereignis“ bezeichnet wird), werden die Wertpapiere durch Zahlung des Barausgleichsbetrags getilgt, der den Betrag widerspiegelt, um den der Stop Loss-

Referenzstand, d.h. der Wert des Bezugsobjekts zu einem von der Emittentin nach billigem Ermessen bestimmten Zeitpunkt während des Stop Loss-Referenzstand-Bewertungszeitraums, d.h. während eines festgelegten Zeitraums ab Eintritt des Barrier-Ereignisses, über dem Basispreis liegt, multipliziert mit dem Multiplikator. Ist der Stop Loss-Referenzstand niedriger als der Basispreis oder entspricht er diesem, verfallen die Wertpapiere, und kein Barausgleichsbetrag oder sonstiger Betrag wird gezahlt.

Für die Wertpapiere ist kein fester Fälligkeitstermin vorgesehen, so dass der Basispreis, der vorstehend für den Ausgabetag aufgeführt ist, fortlaufend angepasst wird, und an jedem Tag der Summe aus dem am unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabetag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag am Ausgabetag geltenden Basispreis und den Finanzierungskosten für diesen Tag entspricht. Die Finanzierungskosten werden auf Grundlage des am unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabetag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag am Ausgabetag geltenden Basispreises berechnet. Die Basispreis-Anpassungstage sind bei Emission der Wertpapiere feststehende, sich in regelmäßigen Abständen wiederholende Geschäftstage .

Neben der Anpassung des Basispreises wird der Barrier-Betrag, der für den Ausgabetag festgelegt ist, nachfolgend fortlaufend am Ende eines Basispreis-Anpassungstags auf einen Betrag angepasst, der die Summe aus dem an diesem Basispreis-Anpassungstag geltenden Basispreis und dem an diesem Tag geltenden Barrier-Betrag-Anpassungsbetrag widerspiegelt.

Der Barrier-Betrag-Anpassungsbetrag spiegelt das Produkt aus dem an dem jeweiligen Basispreis-Anpassungstag geltenden Barrier-Betrag-Anpassungssatz und dem Basispreis an diesem Tag wider. Der Barrier-Betrag-Anpassungssatz ist ein von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen unter Berücksichtigung von ihr als angemessen erachteter Faktoren bestimmter Prozentsatz, durch den eine gleich hohe Wahrscheinlichkeit, wie am Ausgabetag angestrebt wird, dass der Barausgleichsbetrag bei Eintritt eines Barrier-Ereignisses null beträgt. Hierbei kann die Emittentin Faktoren wie die Volatilität und/oder Liquidität des Bezugsobjekts berücksichtigen. Voraussichtlich erhöht ein Anstieg der Volatilität und/oder ein Rückgang der Liquidität des Bezugsobjekts die Wahrscheinlichkeit, dass der Barausgleichsbetrag im Fall eines Barrier-Ereignisses null ist.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Put“, gelten folgende fünf Absätze:

Wenn der Barrier-Bestimmungsstand, d.h. der Wert des Bezugsobjekts, während der Barrier-Bestimmungsperiode höher ist als der Barrier-Betrag in Bezug auf diesen Tag bzw. diesem entspricht (wobei ein solches Ereignis als „Barrier-Ereignis“ bezeichnet wird), werden die Wertpapiere durch Zahlung des Barausgleichsbetrags getilgt, der den Betrag widerspiegelt, um den der Stop Loss-Referenzstand, d.h. der Wert des Bezugsobjekts zu einem von der Emittentin nach billigem Ermessen bestimmten Zeitpunkt während des Stop Loss-Referenzstand-Bewertungszeitraums, d.h. während eines festgelegten Zeitraums ab Eintritt des Barrier-Ereignisses, unter dem Basispreis liegt, multipliziert mit dem Multiplikator. Ist der Stop Loss-Referenzstand höher als der Basispreis oder entspricht er diesem, verfallen die Wertpapiere, und kein Barausgleichsbetrag oder sonstiger Betrag wird gezahlt.

Für die Wertpapiere ist kein fester Fälligkeitstermin vorgesehen, so dass der Basispreis, der vorstehend für den Ausgabetag aufgeführt ist, fortlaufend angepasst wird, und an jedem Tag der Summe aus dem am unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabetag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag am Ausgabetag geltenden Basispreis und den Finanzierungskosten für diesen Tag entspricht. Die Finanzierungskosten werden auf Grundlage des am unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabetag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag am Ausgabetag geltenden Basispreises berechnet. Die Basispreis-

Anpassungstage sind bei Emission der Wertpapiere feststehend sich in regelmäßigen Abständen wiederholende Geschäftstage.

Neben der Anpassung des Basispreises wird der Barrier-Betrag, der für den Ausgabebetrag festgelegt ist, nachfolgend fortlaufend am Ende eines Basispreis-Anpassungstags auf einen Betrag angepasst, der den Basispreis an diesem Basispreis-Anpassungstag abzüglich des an diesem Tag geltenden Barrier-Betrag-Anpassungsbetrags widerspiegelt.

Der Barrier-Betrag-Anpassungsbetrag spiegelt das Produkt aus dem an dem jeweiligen Basispreis-Anpassungstag geltenden Barrier-Betrag-Anpassungssatz und dem Basispreis an diesem Tag wider. Der Barrier-Betrag-Anpassungssatz ist ein von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen unter Berücksichtigung von ihr als angemessen erachteter Faktoren bestimmter Prozentsatz, durch den eine gleich hohe Wahrscheinlichkeit, wie am Ausgabebetrag angestrebt wird, dass der Barausgleichsbetrag bei Eintritt eines Barrier-Ereignisses null beträgt. Hierbei kann die Emittentin Faktoren wie die Volatilität und/oder Liquidität des Bezugsobjekts berücksichtigen. Voraussichtlich erhöht ein Anstieg der Volatilität und/oder ein Rückgang der Liquidität des Bezugsobjekts die Wahrscheinlichkeit, dass der Barausgleichsbetrag im Fall eines Barrier-Ereignisses null ist.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Call“, gilt folgender Absatz:

Sofern kein Barrier-Ereignis eingetreten ist erhalten Anleger bei Fälligkeit einen Barausgleichsbetrag, der eine überproportionale Partizipation in dem Umfang darstellt, in dem der Schlussreferenzstand über den Wert des Bezugsobjekts zum oder um den Zeitpunkt der Ausgabe der Wertpapiere (jedoch unter Berücksichtigung anfallender Finanzierungskosten) gestiegen ist. Der Barausgleichsbetrag entspricht dem Produkt aus der Differenz zwischen Schlussreferenzstand und Basispreis und dem Multiplikator. Ist der Schlussreferenzstand niedriger als der Basispreis bzw. entspricht er diesem, wird der festgelegte Mindestbetrag gezahlt.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Put“, gilt folgender Absatz:

Sofern kein Barrier-Ereignis eingetreten ist erhalten Anleger bei Fälligkeit einen Barausgleichsbetrag, der eine überproportionale Partizipation in dem Umfang darstellt, in dem der Schlussreferenzstand unter den Wert des Bezugsobjekts zum oder um den Zeitpunkt der Ausgabe der Wertpapiere (jedoch unter Berücksichtigung anfallender Finanzierungskosten) gesunken ist. Der Barausgleichsbetrag entspricht dem Produkt aus der Differenz zwischen Basispreis und Schlussreferenzstand und dem Multiplikator. Ist der Schlussreferenzstand höher als der Basispreis bzw. entspricht er diesem, wird der festgelegte Mindestbetrag gezahlt.

Der Barausgleichsbetrag wird zum geltenden Wechselkurs in die Abwicklungswährung umgerechnet.

Zudem hat die Emittentin das Recht, die Wertpapiere während der Kündigungsperiode zu kündigen. In diesem Fall wird der Barausgleichsbetrag auf Basis des Werts des Bezugsobjekts an dem Bewertungstag bestimmt.

Ein weiterer Unterschied zu einer Direktanlage in das Bezugsobjekt liegt darin, dass sich Anleger der Möglichkeit begeben, Dividenden, Zinsen oder ähnliche, in Bezug auf das Bezugsobjekt zahlbare Beträge zu erhalten.

Die Zahlung des Barausgleichsbetrags unterliegt dem Abzug bestimmter Steuern, Abgaben und/oder Kosten.

- d. Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Rendite ihrer Anlage in die Wertpapiere von der Wertentwicklung des Bezugsobjekts abhängt. Anleger, die Wertpapiere am Ausgabebetrag kaufen und diese über die gesamte Laufzeit halten, erzielen daher eine positive Rendite, wenn ein Barausgleichsbetrag gezahlt wird, der den für die Wertpapiere gezahlten Preis übersteigt.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Call“, gelten folgende drei Absätze:

Tritt ein Barrier-Ereignis ein, werden die Wertpapiere durch Zahlung eines Barausgleichsbetrags getilgt, der den Betrag widerspiegelt, um den der Stop Loss-Referenzstand höher ist als der Basispreis, multipliziert mit dem Multiplikator.

Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass der Stop Loss- Referenzstand deutlich unter dem jeweiligen Barrier-Betrag liegen kann. Er spiegelt die Erlöse wider, die die Emittentin in Verbindung mit dem Verkauf ihrer Absicherungspositionen in Bezug auf die Wertpapiere während des Stop Loss-Referenzstand-Bewertungszeitraums erhält. Die Differenz zwischen dem jeweiligen Barrier-Betrag und dem Stop Loss-Referenzstand hängt vorrangig vom Ausmaß einer Abwärts- oder Aufwärtsbewegung des Bezugsobjekts sowie seiner Liquidität und Volatilität zu diesem Zeitpunkt ab. Üblicherweise sinken mit abnehmender Liquidität des Bezugsobjekts die Erlöse und damit auch der Barausgleichsbetrag. Ist der Stop Loss-Referenzstand niedriger als der Basispreis oder entspricht er diesem, wird kein Barausgleichsbetrag gezahlt.

Wenn kein Barrier-Ereignis eintritt, der Schlussreferenzstand aber kleiner oder gleich dem Basispreis ist, entsteht Anlegern, die die Wertpapiere am Ausgabebetrag gekauft haben und diese über die gesamte Laufzeit hinweg halten, ein Verlust, der sich nahezu auf ihre gesamte Anlage erstreckt.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Put“, gelten folgende drei Absätze:

Tritt ein Barrier-Ereignis ein, werden die Wertpapiere durch Zahlung eines Barausgleichsbetrags getilgt, der den Betrag widerspiegelt, um den der Stop Loss-Referenzstand niedriger ist als der Basispreis, multipliziert mit dem Multiplikator.

Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass der Stop Loss-Referenzstand deutlich über dem jeweiligen Barrier-Betrag liegen kann. Er spiegelt die Erlöse wider, die die Emittentin in Verbindung mit dem Verkauf ihrer Absicherungspositionen in Bezug auf die Wertpapiere während des Stop Loss-Referenzstand-Bewertungszeitraums erhält. Die Differenz zwischen dem jeweiligen Barrier-Betrag und dem Stop Loss-Referenzstand hängt vorrangig vom Ausmaß einer Abwärts- oder Aufwärtsbewegung des Bezugsobjekts sowie seiner Liquidität und Volatilität zu diesem Zeitpunkt ab. Üblicherweise sinken mit abnehmender Liquidität des Bezugsobjekts die Erlöse und damit auch der Barausgleichsbetrag. Ist der Stop Loss-Referenzstand höher als der Basispreis oder entspricht er diesem, wird kein Barausgleichsbetrag gezahlt.

Wenn kein Barrier-Ereignis eintritt, der Schlussreferenzstand aber größer oder gleich dem Basispreis ist, entsteht Anlegern, die die Wertpapiere am Ausgabebetrag gekauft haben und diese über die gesamte Laufzeit hinweg halten, ein Verlust, der sich nahezu auf ihre gesamte Anlage erstreckt.

Dementsprechend unterliegt eine Anlage in die Wertpapiere einer Anzahl von Risiken, zu denen, u.a., ein ähnliches Marktrisiko wie eine Direktanlage in das Bezugsobjekt zählt. Anleger sollten sich entsprechend beraten lassen.

Die Wertpapiere garantieren nicht das Recht auf Zahlung eines festgelegten Betrags oder Rückzahlung des Ausgabepreises. Mit Ausnahme der potenziellen Zahlung des Barausgleichsbetrags bei Fälligkeit nach Ausübung oder Eintritt eines Barrier-Ereignisses oder vorzeitiger Kündigung, wenn die Emittentin entscheidet, die Wertpapiere zu kündigen fällt für die Wertpapiere keine Rendite an. Dementsprechend können Anleger nur dann eine positive Rendite auf ihren anfänglichen Anlagebetrag erzielen, wenn der bei Abwicklung erhaltene Barausgleichsbetrag oder aber der Erlös aus dem Verkauf der Wertpapiere am Sekundärmarkt während der Laufzeit den ursprünglich für die Wertpapiere gezahlten Betrag übersteigt.

Anleger erhalten keine periodischen Zahlungen in Bezug auf die Wertpapiere sowie keine von Zeit zu Zeit gezahlten Beträge in Form von Zinsen oder sonstigen Ausschüttungen (z.B. Dividenden), die auf oder in Bezug auf das Bezugsobjekt gezahlt werden, und haben keine Ansprüche gegen den Emittenten des Bezugsobjekts, in Bezug auf Bestandteile des Bezugsobjekts oder gegen den Emittenten dieser Bestandteile.

e. Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Call“, gelten folgende vier Absätze:

Der Marktwert der Wertpapiere während ihrer Laufzeit hängt vorwiegend von dem Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere ab. Im Allgemeinen gilt: Steigt der Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere bei im Übrigen gleichen Bedingungen, wird der Marktwert der Wertpapiere unter normalen Umständen ebenfalls steigen. Ebenso gilt: Sinkt der Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere bei im Übrigen gleichen Bedingungen, wird der Marktwert der Wertpapiere unter normalen Umständen ebenfalls sinken. Ein Anstieg oder Rückgang des Wertes des Bezugsobjekts hat in der Regel einen überproportional höheren Effekt auf den Marktwert der Wertpapiere.

Der Marktwert der Wertpapiere wird vermutlich auf nahezu null sinken, wenn der Schlussreferenzstand den Markterwartungen zufolge unter dem Basispreis liegen oder diesem entsprechen wird.

Der Marktwert der Wertpapiere wird vermutlich sinken wenn der Basispreis steigt und steigen, wenn der Basispreis sinkt.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Put“, gelten folgende vier Absätze:

Der Marktwert der Wertpapiere während ihrer Laufzeit hängt vorwiegend von dem Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere ab. Im Allgemeinen gilt: Sinkt der Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere bei im Übrigen gleichen Bedingungen, wird der Marktwert der Wertpapiere unter normalen Umständen steigen. Ebenso gilt: Steigt der Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere bei im Übrigen gleichen Bedingungen, wird der Marktwert der Wertpapiere unter normalen Umständen sinken. Ein Anstieg oder Rückgang des Wertes des Bezugsobjekts hat in der Regel einen überproportional höheren Effekt auf den Marktwert der Wertpapiere.

Der Marktwert der Wertpapiere wird vermutlich auf nahezu null sinken, wenn der Schlussreferenzstand den Markterwartungen zufolge über dem Basispreis liegen oder diesem entsprechen wird.

Der Marktwert der Wertpapiere wird vermutlich steigen wenn der Basispreis steigt und sinken, wenn der Basispreis sinkt.

Der Marktwert der Wertpapiere wird zudem durch die Verwendung des Multiplikators bei der Berechnung des etwaigen Barausgleichsbetrags beeinflusst.

Darüber hinaus wird der Marktwert der Wertpapiere unter anderem durch Zinssätze, potenzielle Dividenden- oder (etwaige) Zinszahlungen in Bezug auf das Bezugsobjekt, Änderungen in der Methode zur Berechnung des Stands des Bezugsobjekts und Markterwartungen in Bezug auf die zukünftige Wertentwicklung des Bezugsobjekts, seine Zusammensetzung und die Wertpapiere beeinflusst.

Die Referenzwährung zur Bestimmung des Barausgleichsbetrags entspricht nicht der Abwicklungswährung. Dementsprechend beinhaltet eine Anlage in die Wertpapiere Wechselkursrisiken.

Darüber hinaus unterliegen Anleger Wechselkursrisiken, wenn sich die Abwicklungswährung von der Heimatwährung des Anlegers oder der Währung, in der ein Anleger Zahlungen zu erhalten wünscht, unterscheidet.

Der Marktwert der Wertpapiere während ihrer Laufzeit kann auch unter dem Kaufpreis für diese Wertpapiere liegen. Sinkt der Marktwert der Wertpapiere nach dem Erwerb unter den Kaufpreis für diese Wertpapiere, sollten Anleger nicht darauf vertrauen, dass der Marktwert der Wertpapiere während der Restlaufzeit wieder auf oder über den Kaufpreis steigt.

C. ZUSAMMENFASSUNG DER BESCHREIBUNG DER EMITTENTIN

Geschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („**Deutsche Bank**“ oder „**Bank**“) ist durch die Wiedervereinigung der Norddeutsche Bank Aktiengesellschaft, Hamburg, der Rheinisch-Westfälische Bank Aktiengesellschaft, Düsseldorf und der Süddeutsche Bank Aktiengesellschaft, München entstanden. Diese Banken waren 1952 aufgrund des Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten aus der 1870 gegründeten Deutschen Bank ausgegründet worden. Die Verschmelzung und die Firma der Gesellschaft wurden am 2. Mai 1957 in das Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingetragen. Die Deutsche Bank AG ist ein Kreditinstitut und eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht, die im Handelsregister unter der Registernummer HRB 30 000 eingetragen ist. Die Bank hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, Deutschland. Sie unterhält ihre Hauptniederlassung unter der Anschrift Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt am Main, Deutschland und Zweigniederlassungen im In- und Ausland, unter anderem in London, New York, Sydney, Tokio sowie ein Asia-Pacific Head Office in Singapur, die als Kopfstellen für den Geschäftsbetrieb in den jeweiligen Regionen dienen.

Die Deutsche Bank ist die Muttergesellschaft eines Konzerns aus Banken, Kapitalmarktunternehmen, Fondsgesellschaften, einer Gesellschaft zur Immobilienfinanzierung, Teilzahlungsunternehmen, Research- und Beratungsunternehmen und anderen in- und ausländischen Unternehmen (der „**Deutsche Bank-Konzern**“).

Gegenstand der Deutschen Bank ist gemäß ihrer Satzung der Betrieb von Bankgeschäften jeder Art, die Erbringung von Finanz- und sonstigen Dienstleistungen und die Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Bank kann diesen Unternehmensgegenstand selbst oder durch Tochter- und Beteiligungsunternehmen verwirklichen. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Bank zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gesellschaftszweck zu fördern, insbesondere zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken, zur Errichtung von Zweigniederlassungen im In- und Ausland, zum Erwerb, zur Verwaltung und zur Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie zum Abschluss von Unternehmensverträgen.

Die Deutsche Bank operiert durch drei Konzernbereiche:

Corporate and Investment Bank (CIB) umfasst die folgenden Unternehmensbereiche:

Global Markets vereint sämtliche Verkaufs-, Handels-, Strukturierungs- und Analyseaktivitäten im Geschäft mit einer Vielzahl von Finanzprodukten.

Corporate Finance umfasst die Beratung bei Fusionen und Übernahmen (M&A), das Finanzierungsgeschäft mit gewerblichen Immobilien (CRE: Commercial Real Estate), mit Fremdkapital (LDCM: Leveraged Debt Capital Markets) sowie mit Eigenkapital (ECM: Equity Capital Markets), Asset Finance & Leasing (AFL) und die globale Kreditvergabe an Unternehmen.

Global Transaction Banking (GTB) richtet sich an Firmen und Finanzdienstleister. Die Produkte und Leistungen dienen unter anderem der Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen sowie der professionellen Risikosteuerung und Finanzierung von internationalen Handelsgeschäften. Außerdem werden Serviceleistungen im Treuhand-, Vermittlungs- sowie Wertpapierverwahrungs- und -verwaltungsgeschäft bereitgestellt.

Private Clients and Asset Management (PCAM) umfasst die folgenden Unternehmensbereiche:

Private & BusinessClients (PBC) betreibt das Wertpapier- und Fondsgeschäft, die Vermögensanlageberatung, das Geschäft mit Krediten und Einlagen, Zahlungsverkehr und Kontoführung sowie das Firmenkundengeschäft.

Asset and Wealth Management (AWM) gliedert sich in die Geschäftsbereiche:

Asset Management umfasst vier Geschäftssparten: das Publikumsfondsgeschäft unter der Marke DWS bzw. DWS Scudder und das Management von alternativen Anlagen einschließlich Immobilien unter der Marke RREEF sowie die Vermögensverwaltung für Versicherungsgesellschaften und für institutionelle Investoren.

Private Wealth Management wendet sich mit seinem ganzheitlichen Ansatz im Vermögensanlagegeschäft an vermögende Privatkunden und Familien weltweit.

Corporate Investments (CI).

Ausgewählte Finanzinformationen

Am 6. Oktober 2010 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank 2.379.519.078,40 Euro eingeteilt in 929.499.640 Stammaktien ohne Nennwert¹. Die Aktien sind voll eingezahlt und in der Form von Namensaktien begeben. Sie sind zum amtlichen Handel an allen Aktienbörsen in Deutschland sowie an der Aktienbörse von New York (New York Stock Exchange) zugelassen.

¹ Am 6. Oktober 2010 schloss die Deutsche Bank AG eine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen ab. Die Kapitalerhöhung wurde vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 20. September 2010 beschlossen und am 5. Oktober 2010 ins Handelsregister eingetragen. Das Grundkapital der Deutschen Bank AG erhöhte sich damit von 1.589,4 Mio Euro um 790,1 Mio Euro auf 2.379,5 Mio Euro.

II. RISIKOFAKTOREN

In den nachfolgenden Abschnitten A bis E sind alle wesentlichen Risikofaktoren sowie Interessenkonflikte der Emittentin beschrieben, die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbunden sind.

A. EMITTENTENBEZOGENE RISIKOFAKTOREN

Im Folgenden sind wesentliche Risikofaktoren beschrieben, welche die Fähigkeit der Deutschen Bank zur Erfüllung Ihrer Verbindlichkeiten als Emittentin von Wertpapieren betreffen.

Eine Investition in Schuldverschreibungen, einschließlich Optionsscheine, und Geldmarktpapiere der Deutschen Bank birgt das Risiko, dass die Deutsche Bank ihre jeweils eingegangenen Verbindlichkeiten nicht, nicht in voller Höhe und/oder nicht fristgerecht erfüllt.

Um dieses Risiko zu beurteilen, sollten potentielle Anleger alle Informationen berücksichtigen, die in diesem Dokument und im Registrierungsformular der Deutschen Bank enthalten sind und, soweit sie dies für erforderlich halten, ihre Anlageentscheidung mit ihrem Anlageberater abstimmen.

Rating

Das Risiko betreffend die Fähigkeit eines Emittenten zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen und Geldmarktpapieren wird durch das Rating unabhängiger Ratingagenturen beschrieben. Das Rating ist eine nach einem einheitlichen Verfahren vorgenommene Einstufung der Bonität von Kreditnehmern bzw. Anleiheschuldnern. Es handelt sich um eine standardisierte Bonitätsbeurteilung von Schuldverschreibungen und Geldmarktpapieren. Mit dem Rating werden Anhaltspunkte über die Wahrscheinlichkeit der termin- und betragsgerechten Zahlung von Zinsen und Tilgung gegeben. Je niedriger das erteilte Rating auf der anwendbaren Skala ist, desto höher schätzt die jeweilige Ratingagentur das Risiko ein, dass die Verbindlichkeiten nicht, nicht in voller Höhe und/oder nicht rechtzeitig erfüllt werden. Ein Rating ist keine Empfehlung, Wertpapiere zu kaufen, zu verkaufen oder zu halten und kann durch die jeweilige Ratingagentur ausgesetzt, herabgestuft oder zurückgezogen werden. Eine solche Aussetzung, Herabstufung oder Rücknahme kann den Marktpreis der Wertpapiere negativ beeinflussen.

Die Deutsche Bank hat ein Rating von Standard & Poor's Ratings Services, a Division of The McGraw-Hill Companies, Inc. („S&P“), Moody's Investors Service, Inc. („Moody's“) und von Fitch Ratings Limited („Fitch“, zusammen mit S&P and Moody's, die „Ratingagenturen“) erhalten. S&P, Moody's und Fitch haben jeweils ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft. Eine Beantragung der Registrierung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 • über Ratingagenturen ist von S&P, Moody's und Fitch erfolgt.

Zum Erstellungsdatum des Basisprospekts lauteten die von den Ratingagenturen erteilten Ratings für Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Deutschen Bank wie folgt:

Von S&P:	Rating für langfristige Verbindlichkeiten (long-term rating):	A+
	Rating für kurzfristige Verbindlichkeiten (short-term rating):	A-1
	Ausblick:	stabil

S&P Definitionen:

A+: Verbindlichkeiten mit einem „A“ Rating sind ein wenig anfälliger gegenüber den negativen Auswirkungen von Veränderungen der Umstände und wirtschaftlichen Bedingungen als höher eingestufte Verbindlichkeiten. Die Fähigkeit des Schuldners zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten ist immer noch gut.

Die von S&P verwendete Ratingskala für langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „AAA“, welche die Kategorie höchster Bonität bezeichnet, über die Kategorien „AA“, „A“, „BBB“, „BB“, „B“, „CCC“, „CC“, „C“ bis zur Kategorie „D“, welche kennzeichnet, dass Zahlungsstörungen eingetreten sind. Den Kategorien „AA“ bis „CCC“ kann jeweils ein Plus- („+“) oder Minuszeichen („-“) hinzugefügt werden, um die relative Stellung innerhalb der Kategorie zu verdeutlichen.

A-1: Eine kurzfristige Verbindlichkeit mit einem „A-1“-Rating ist mit der höchsten Rating-Kategorie von S&P bewertet. Die Fähigkeit des Schuldners zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten ist gut. Innerhalb dieser Kategorie können bestimmte Verbindlichkeiten mit einem Pluszeichen („+“)

versehen werden. Dies verdeutlicht, dass die Fähigkeit des Schuldners zur Erfüllung dieser Verbindlichkeiten extrem gut ist.

Die von S&P verwendete Ratingskala für kurzfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „A-1“, welche die Kategorie höchster Bonität bezeichnet, über die Kategorien „A-2“, „A-3“, „B“, „C“ bis zur Kategorie „D“, welche kennzeichnet, dass Zahlungsstörungen eingetreten sind.

Von Moody's: Rating für langfristige Verbindlichkeiten (long-term rating): Aa3
Rating für kurzfristige Verbindlichkeiten (short-term rating): P-1
Ausblick: stabil

Moody's Definitionen:

Aa3: Verbindlichkeiten, die mit „Aa“ eingestuft sind, werden als Verbindlichkeiten hoher Qualität mit sehr niedrigem Kreditrisiko eingeschätzt.

Die von Moody's verwendete Ratingskala für langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „Aaa“, welche die Kategorie höchster Qualität mit minimalen Kreditrisiken bezeichnet, über die Kategorien „Aa“, „A“, „Baa“, „Ba“, „B“, „Caa“, „Ca“ bis zur untersten Kategorie „C“, welche Verbindlichkeiten bezeichnet, bei denen Zahlungsstörungen typischerweise eingetreten sind und eine geringe Aussicht auf Rückzahlung von Kapital und Zinsen besteht. Moody's verwendet innerhalb der Kategorien „Aa“ bis „Caa“ numerische Zusätze (1, 2 und 3). Der Zusatz 1 weist darauf hin, dass die jeweiligen Verbindlichkeiten zum oberen Bereich der jeweiligen Rating-Kategorie gehört, während der Zusatz 2 auf eine Klassifizierung im mittleren Bereich und der Zusatz 3 auf eine solche im unteren Bereich hinweist.

P-1: Emittenten mit der Einstufung Prime-1 haben eine sehr starke Fähigkeit zur fristgerechten Rückzahlung von kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die von Moody's verwendete Ratingskala in Bezug auf kurzfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „P-1“, welche die sehr starke Fähigkeit eines Schuldners zur Rückzahlung seiner kurzfristigen Verbindlichkeiten bezeichnet, über die Kategorien „P-2“ und „P-3“ bis zur niedrigsten Kategorie „NP“, die verdeutlicht, dass ein Schuldner zu keiner der „Prime“ Kategorien gehört.

Von Fitch: Rating für langfristige Verbindlichkeiten (long-term rating): AA-
Rating für kurzfristige Verbindlichkeiten (short-term rating): F1+
Ausblick: negativ

Fitch Definitionen:

AA-: Ein „AA“ Rating steht für eine sehr geringe Einschätzung des Kreditrisikos. Es indiziert eine sehr gute Fähigkeit zur fristgerechten Zahlung der Verbindlichkeiten. Diese Fähigkeit ist durch vorhersehbare Ereignisse nicht gefährdet.

Die von Fitch verwendete Ratingskala für langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „AAA“, welche für die höchste Kreditqualität steht, über die Kategorien „AA“, „A“, „BBB“, „BB“, „B“, „CCC“, „CC“, „C“ bis zur Kategorie „DDD“, „DD“, „D“, welche kennzeichnet, dass ein Schuldner einige oder alle seiner Verbindlichkeiten nicht fristgerecht bedient hat. Den Kategorien kann jeweils ein Plus- („+“) oder Minuszeichen („-“) beigefügt werden, um eine relative Einordnung innerhalb einer Rating-Kategorie auszudrücken. Solche Zusätze werden nicht der Rating-Kategorie „AAA“ oder den Kategorien unter „CCC“ beigefügt.

F1+: Ein „F1“ Rating bezeichnet die beste Fähigkeit für eine fristgerechte Zahlung der

Verbindlichkeiten. Soweit dem ein Pluszeichen („+“) hinzugefügt wird, hebt dies die außergewöhnlich gute Bonität hervor.

Die von Fitch verwendete Ratingskala für kurzfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „F1“, welche für die höchste Kreditqualität steht, über die Kategorien „F2“, „F3“, „B“, „C“ bis zur Kategorie „D“, welche kennzeichnet, dass Zahlungsstörungen gegenwärtig sind oder unmittelbar bevorstehen.

Rating nachrangiger Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten der Deutschen Bank können ein niedrigeres Rating erhalten, weil im Fall der Insolvenz oder der Liquidation der Deutschen Bank die Forderungen und Zinsansprüche aus solchen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank nachgehen, die nicht ebenfalls nachrangig sind. Die Deutsche Bank wird etwaige Ratings zu nachrangigen Verbindlichkeiten veröffentlichen.

B. PRODUKTSPEZIFISCHE RISIKOFAKTOREN

Die nachstehenden Erläuterungen beschreiben alle wesentlichen Risikofaktoren, die mit einer Anlage in WAVE XXL Knock-Out-Optionsscheine (die „Wertpapiere“) verbunden sind. Eine Anlage in die Wertpapiere sollte erst nach sorgfältiger Prüfung unter Berücksichtigung aller für die jeweiligen Wertpapiere relevanter Faktoren erfolgen. Die Emittentin ist der Auffassung, dass die nachstehend beschriebenen Faktoren die wichtigsten mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken darstellen. Sie gibt jedoch keine Zusicherung, dass die nachfolgenden Ausführungen zu den mit den Wertpapieren verbundenen Risiken erschöpfend sind. Potenzielle Anleger sollten auch die ausführlichen Informationen an anderen Stellen in diesem Dokument lesen und sich vor einer Anlageentscheidung ihre eigene Meinung bilden.

Ferner sollten potenzielle Anleger die Beschreibung des Bezugsobjekts (wie nachstehend definiert) in den Abschnitten „Produktbedingungen“ und „Angaben zu Bezugsobjekten“ sowie weitere Angaben, die zu dem Bezugsobjekt verfügbar sind (einschließlich eventueller zusätzlicher Risikofaktoren) sorgfältig prüfen.

1. Einführung

Eine Anlage in die Wertpapiere unterliegt bestimmten Risiken. Diese Risiken können unter anderem aus Risiken aus dem Aktienmarkt, Rentenmarkt, Devisenmarkt, Zinssätzen, Marktvolatilität, wirtschaftlichen, politischen und regulatorischen Risikofaktoren bestehen, sowohl einzeln als auch als Kombination dieser und anderer Risikofaktoren. Potenzielle Erwerber sollten über Erfahrung mit Anlagen in Instrumente wie z.B. die Wertpapiere und das Bezugsobjekt oder eine andere Referenzgröße für die Wertpapiere verfügen. Sie sollten die Risiken, die mit der Anlage in die Wertpapiere verbunden sind, verstehen und vor einer Anlageentscheidung zusammen mit ihren Rechts-, Steuer-, Finanz- und sonstigen Beratern folgende Punkte eingehend prüfen: (i) die Eignung einer Anlage in die Wertpapiere in Anbetracht ihrer eigenen besonderen Finanz-, Steuer- und sonstigen Situation, (ii) die Angaben in diesem Dokument und (iii) das Bezugsobjekt.

Die Wertpapiere können Wertschwankungen unterliegen. Die Wertpapiere können an Wert verlieren, und Anleger sollten auch mit einem Totalverlust ihrer Anlage in die Wertpapiere rechnen. Je kürzer die Restlaufzeit eines Wertpapiers ist, desto höher ist das Risiko eines Wertverlustes des Wertpapiers.

Eine Anlage in die Wertpapiere sollte erst nach einer Abschätzung von Richtung, Zeitpunkt und Ausmaß potenzieller künftiger Wertänderungen des Bezugsobjekts bzw. seiner Bestandteile und/oder Änderungen der Zusammensetzung oder Berechnungsmethode des Bezugsobjekts erfolgen, da die Rendite aus der jeweiligen Anlage unter anderem von Schwankungen der genannten Art abhängt. Mehrere Risikofaktoren können den Wert der Wertpapiere gleichzeitig beeinflussen; daher lässt sich die Auswirkung eines einzelnen Risikofaktors nicht voraussagen. Zudem können mehrere Risikofaktoren auf bestimmte Art und Weise zusammenwirken, so dass sich deren gemeinsame Auswirkung auf die Wertpapiere ebenfalls nicht voraussagen lässt. Über die Auswirkungen einer Kombination von Risikofaktoren auf den Wert der Wertpapiere lassen sich keine verbindlichen Aussagen treffen.

Weitere Risikofaktoren sind unter den Überschriften 2. Rechte aus den Wertpapieren, C. Allgemeine Risikofaktoren in Bezug auf die Wertpapiere und D. Marktfaktoren aufgeführt. Zusätzlich sollten potenzielle Anleger den Abschnitt E. Interessenkonflikte beachten.

2. Rechte aus den Wertpapieren

Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Rendite ihrer Anlage in die Wertpapiere von der Wertentwicklung des Bezugsobjekts abhängt.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Call“ gelten folgende drei Absätze:

Tritt ein Barrier-Ereignis ein, werden die Wertpapiere durch Zahlung eines Barausgleichsbetrags getilgt, der den Betrag widerspiegelt, um den der Stop Loss-Referenzstand höher ist als der Basispreis, multipliziert mit dem Multiplikator.

Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass der Stop Loss-Referenzstand deutlich unter dem jeweiligen Barrier-Betrag liegen kann. Er spiegelt die Erlöse wider, die die Emittentin in Verbindung mit dem Verkauf ihrer Absicherungspositionen in Bezug auf die Wertpapiere während des Stop Loss-Referenzstand-Bewertungszeitraums erhält. Die Differenz zwischen dem jeweiligen Barrier-Betrag und dem Stop Loss-Referenzstand hängt vorrangig vom Ausmaß einer Abwärts- oder Aufwärtsbewegung des Bezugsobjekts sowie seiner Liquidität und Volatilität zu diesem Zeitpunkt ab. Üblicherweise sinken mit abnehmender Liquidität des Bezugsobjekts die Erlöse und damit auch der Barausgleichsbetrag. Ist der Stop Loss-Referenzstand niedriger als der Basispreis oder entspricht er diesem, wird kein Barausgleichsbetrag gezahlt.

Wenn kein Barrier-Ereignis eintritt, der Schlussreferenzstand aber kleiner oder gleich dem Basispreis ist, entsteht Anlegern, die die Wertpapiere am Ausgabetag gekauft haben und diese über die gesamte Laufzeit hinweg halten, ein Verlust, der sich nahezu auf ihre gesamte Anlage erstreckt.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Put“ gelten folgende drei Absätze:

Tritt ein Barrier-Ereignis ein, werden die Wertpapiere durch Zahlung eines Barausgleichsbetrags getilgt, der den Betrag widerspiegelt, um den der Stop Loss-Referenzstand niedriger ist als der Basispreis, multipliziert mit dem Multiplikator.

Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass der Stop Loss-Referenzstand deutlich über dem jeweiligen Barrier-Betrag liegen kann. Er spiegelt die Erlöse wider, die die Emittentin in Verbindung mit dem Verkauf ihrer Absicherungspositionen in Bezug auf die Wertpapiere während des Stop Loss-Referenzstand-Bewertungszeitraums erhält. Die Differenz zwischen dem jeweiligen Barrier-Betrag und dem Stop Loss-Referenzstand hängt vorrangig vom Ausmaß einer Abwärts- oder Aufwärtsbewegung des Bezugsobjekts sowie seiner Liquidität und Volatilität zu diesem Zeitpunkt ab. Üblicherweise sinken mit abnehmender Liquidität des Bezugsobjekts die Erlöse und damit auch der Barausgleichsbetrag. Ist der Stop Loss-Referenzstand höher als der Basispreis oder entspricht er diesem, wird kein Barausgleichsbetrag gezahlt.

Wenn kein Barrier-Ereignis eintritt, der Schlussreferenzstand aber größer oder gleich dem Basispreis ist, entsteht Anlegern, die die Wertpapiere am Ausgabetag gekauft haben und diese über die gesamte Laufzeit hinweg halten, ein Verlust, der sich nahezu auf ihre gesamte Anlage erstreckt.

Dementsprechend unterliegt eine Anlage in die Wertpapiere einer Anzahl von Risiken, zu denen, u.a., ein ähnliches Marktrisiko wie eine Direktanlage in das Bezugsobjekt zählt. Anleger sollten sich entsprechend beraten lassen.

C. ALLGEMEINE RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE WERTPAPIERE

1. Keine Zahlungen bis zur Abwicklung

Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass während der Laufzeit des Wertpapiers keine regelmäßigen Zinszahlungen oder sonstige Ausschüttungen erfolgen. Vor der Abwicklung können Anleger lediglich durch eine Veräußerung am Sekundärmarkt potenzielle Erträge aus den Wertpapieren erzielen. Anleger sollten jedoch die Risikofaktoren unter „Marktwert“ und „Potenzielle Illiquidität der Wertpapiere“ beachten.

2. Außerordentliche Kündigung, Rechtswidrigkeit und höhere Gewalt

Stellt die Emittentin fest, dass aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufgrund der Wertpapiere ganz oder teilweise aus gleich welchem Grund rechtswidrig oder undurchführbar geworden ist oder dass aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Beibehaltung ihrer Absicherungsmaßnahmen im Hinblick auf die Wertpapiere aus gleich welchem Grund rechtswidrig oder undurchführbar ist, ist die Emittentin berechtigt, die Wertpapiere nach eigenem Ermessen ohne diesbezügliche Verpflichtung außerordentlich zu kündigen. Werden die Wertpapiere durch die Emittentin außerordentlich gekündigt, zahlt die Emittentin, soweit nach anwendbarem Recht zulässig, jedem Gläubiger für jedes Wertpapier einen von der Berechnungsstelle bestimmten Betrag in Höhe des ungeachtet der Rechtswidrigkeit oder Undurchführbarkeit feststellbaren Marktpreises, abzüglich der Kosten der Emittentin für die Auflösung etwa zugrunde liegender Absicherungsmaßnahmen.

3. Marktstörungen, Anpassungen und vorzeitige Beendigung der Wertpapiere

Falls in den Bedingungen angegeben, kann die Berechnungsstelle feststellen, dass eine Marktstörung eingetreten ist oder zum fraglichen Zeitpunkt andauert. Eine solche Feststellung kann die Bewertung in Bezug auf das Bezugsobjekt verzögern, was den Wert der Wertpapiere beeinflussen und/oder deren Abwicklung verzögern kann.

Zusätzlich kann die Berechnungsstelle, falls in den Bedingungen angegeben, Anpassungen der Bedingungen vornehmen, um relevanten Anpassungen oder Ereignissen in Bezug auf das Bezugsobjekt bzw. dessen Bestandteile Rechnung zu tragen, und so u.a. einen Nachfolger des Bezugsobjekts bzw. eines seiner Bestandteile oder dessen Emittenten bzw. Sponsor bestimmen. Weiterhin kann die Emittentin unter bestimmten Bedingungen nach einem solchen Ereignis die Laufzeit der Wertpapiere vorzeitig beenden. In diesem Fall zahlt die Emittentin in Bezug auf jedes Wertpapier gegebenenfalls einen Betrag, der gemäß den Bestimmungen der Bedingungen festgelegt wird.

Potenzielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten und was als Marktstörung oder relevantes Anpassungsereignis gilt.

4. Besteuerung

Potenzielle Erwerber und Verkäufer der Wertpapiere sollten sich darüber im Klaren sein, dass je nach den gesetzlichen Vorschriften und Gepflogenheiten des Landes, in dem die Wertpapiere übertragen werden, Stempelsteuern oder sonstige Gebühren in Zusammenhang mit den Urkunden entrichtet werden müssen. Gläubiger unterliegen den Bestimmungen von Ziffer. 6 der Allgemeinen Emissionsbedingungen, und die Zahlung oder Lieferung der jeweiligen Beträge aus den Wertpapieren hängt von der Zahlung bestimmter Steuern, Abgaben und/oder Kosten im Sinne der Produktbedingungen ab.

Potenzielle Erwerber sollten bei Unklarheiten hinsichtlich der steuerlichen Voraussetzungen ihre eigenen unabhängigen Steuerberater zu Rate ziehen. Zusätzlich sollten sie sich bewusst sein, dass

steuerrechtliche Bestimmungen und deren Anwendung durch die jeweiligen Finanzbehörden Änderungen unterworfen sind. Dementsprechend lassen sich keine Vorhersagen über die zu gegebener Zeit geltende genaue steuerliche Behandlung machen.

5. Ausübungs- oder Liefermitteilungen und Nachweise

Unterliegen die Wertpapiere Bestimmungen hinsichtlich des Zugangs einer Ausübungs- oder Liefermitteilung und geht eine solche Mitteilung mit Kopie an die Clearingstelle bei der jeweiligen Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle nach der letzten in den Bedingungen angegebenen Frist ein, gilt sie als erst am nächsten Geschäftstag zugestellt. Eine solche verspätete Zustellung kann bei Wertpapieren mit Barausgleich zur Erhöhung oder Verringerung der ursprünglichen Höhe des Barausgleichsbetrags bei einer solchen Lieferung führen. Bei Wertpapieren, die nur an einem Tag oder nur während einer Ausübungsfrist ausgeübt werden können, ist jede Ausübungsmitteilung, die nicht spätestens bis zum in den Bedingungen angegebenen spätesten Zeitpunkt eingegangen ist, unwirksam.

Werden die gemäß den Bedingungen erforderlichen Nachweise nicht erbracht, kann dies den Verlust der aufgrund der Wertpapiere andernfalls fälligen Beträge oder Lieferungen oder des Anspruchs auf diese zur Folge haben. Potenzielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

Wertpapiere, die nicht gemäß den Bedingungen ausgeübt werden, verfallen. Potenzielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob für die Wertpapiere eine automatische Ausübung vorgesehen ist und wann und wie eine Ausübungsmitteilung als gültig zugegangen betrachtet wird.

6. Zeitliche Verzögerung nach der Ausübung

Erfolgt die Abwicklung der Wertpapiere durch Barausgleich, kann es bei ihrer Ausübung insofern zu einer zeitlichen Verzögerung kommen, als der Zeitpunkt der Ausübung und der Zeitpunkt der Bestimmung des jeweiligen Barausgleichsbetrags in Bezug auf eine solche Ausübung nicht zusammenfallen. Jede derartige Verzögerung zwischen Ausübung und Bestimmung des Barausgleichsbetrags wird in den Bedingungen angegeben. Eine solche Verzögerung könnte sich allerdings deutlich verlängern, insbesondere im Falle einer Verzögerung bei der Ausübung solcher Wertpapiere mit Barausgleich, die durch eine Tageshöchstbegrenzung für die Ausübung, wie nachstehend beschrieben, oder durch Feststellung einer Marktstörung zum jeweiligen Zeitpunkt durch die Berechnungsstelle, wie nachstehend beschrieben, entsteht. Der jeweilige Barausgleichsbetrag könnte sich durch diese Verzögerung erhöhen oder verringern.

Potenzielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

7. Reoffer-Preis

Die Emittentin kann mit verschiedenen Finanzinstituten und anderen Intermediären, die von der Emittentin bestimmt werden (zusammen die „**Vertriebsstellen**“), Vertriebsvereinbarungen treffen. Die Vertriebsstellen verpflichten sich, vorbehaltlich der Erfüllung bestimmter Bedingungen, die Wertpapiere zu einem Preis zu zeichnen, der dem Ausgabepreis entspricht oder unter diesem liegt. Die Vertriebsstellen haben zugesichert, bestimmte Kosten im Zusammenhang mit der Emission der Wertpapiere zu tragen. In Bezug auf alle im Umlauf befindlichen Wertpapiere kann bis einschließlich zum Fälligkeitstag eine regelmäßig an die Vertriebsstellen zahlbare Gebühr zu entrichten sein, deren Höhe von der Emittentin bestimmt wird. Die Höhe der Gebühr kann sich ändern. Die Vertriebsstellen verpflichten sich, die Verkaufsbeschränkungen einzuhalten, die im Basisprospekt in der geltenden Fassung aufgeführt sind und durch die in den jeweiligen Vertriebsvereinbarungen aufgeführten

zusätzlichen Verkaufsbeschränkungen und die endgültigen Bedingungen zum Basisprospekts ergänzt werden.

Die Emittentin hat das Recht, das Angebot zur Zeichnung der Wertpapiere vor Ende der Zeichnungsfrist zu beenden, wenn die Emittentin nach billigem Ermessen feststellt, dass ein nachteiliges Marktumfeld, wie unter anderem erhöhte Aktienmarkt- und Wechselkursvolatilität, besteht.

D. MARKTFAKTOREN

1. Marktfaktoren

1.1 *Bewertung eines Bezugsobjekts*

Eine Anlage in die Wertpapiere ist mit Risiken in Bezug auf den Stand bzw. Wert eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile verbunden. Der Stand bzw. Wert eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile kann im Zeitablauf Schwankungen unterworfen sein; diese Wertschwankungen sind von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, wie z.B. kapitalmarktrelevante Ereignisse, volkswirtschaftliche Faktoren und Spekulation.

1.2 *Die historische Wertentwicklung eines Bezugsobjekts bietet keine Gewähr für die zukünftige Wertentwicklung*

Historische Werte bieten keine Gewähr für die zukünftige Wertentwicklung eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile. Veränderungen im Stand bzw. Wert eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile beeinflussen den Handelspreis des Wertpapiers, und es ist nicht vorhersehbar, ob der Stand bzw. Wert eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile steigen oder fallen wird.

1.3 *Die Berechnungsbasis für den Stand eines Bezugsobjekts kann sich im Zeitablauf ändern*

Die Berechnungsbasis für den Stand eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile unterliegt Veränderungen (wie in den Angaben zu Bezugsobjekten beschrieben), die den Marktwert der Wertpapiere und damit die Höhe des bei der Abwicklung zahlbaren Barausgleichsbetrags beeinflussen können.

1.4 *Wechselkursrisiko*

Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass mit der Anlage in die Wertpapiere Risiken aufgrund schwankender Wechselkurse verbunden sein können. Zum Beispiel kann sich die Abwicklungswährung der Wertpapiere von der Heimatwährung des Anlegers oder der Währung, in der ein Anleger Zahlungen zu erhalten wünscht, unterscheiden.

Wechselkurse zwischen Währungen werden durch verschiedene Faktoren von Angebot und Nachfrage an den internationalen Devisenmärkten bestimmt, die durch volkswirtschaftliche Faktoren, Spekulationen und Eingriffe durch Zentralbanken und Regierungsstellen oder andere politische Faktoren (einschließlich Devisenkontrollen und -beschränkungen) beeinflusst werden. Wechselkursschwankungen können Auswirkungen auf den Wert der Wertpapiere und in Bezug auf diese zu zahlende Beträge haben.

1.5 *Zinsrisiko*

Eine Anlage in die Wertpapiere ist mit einem Zinsrisiko aufgrund von Schwankungen der auf Einlagen in der Währung der Wertpapiere zu zahlenden Zinsen verbunden. Dies kann Auswirkungen auf den Marktwert der Wertpapiere haben.

Zinssätze werden durch verschiedene Faktoren von Angebot und Nachfrage an den internationalen Geldmärkten bestimmt, die durch volkswirtschaftliche Faktoren, Spekulationen und Eingriffe durch Zentralbanken und Regierungsstellen oder andere politische Faktoren beeinflusst werden. Schwankungen in kurzfristigen oder langfristigen Zinssätzen können den Wert der Wertpapiere beeinflussen.

2. Marktwert

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Call“ gelten folgende vier Absätze:

Der Marktwert der Wertpapiere während ihrer Laufzeit hängt vorwiegend von dem Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere ab. Im Allgemeinen gilt: Steigt der Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere bei im Übrigen gleichen Bedingungen, wird der Marktwert der Wertpapiere unter normalen Umständen ebenfalls steigen. Ebenso gilt: Sinkt der Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere bei im Übrigen gleichen Bedingungen, wird der Marktwert der Wertpapiere unter normalen Umständen ebenfalls sinken. Ein Anstieg oder Rückgang des Wertes des Bezugsobjekts hat in der Regel einen überproportional höheren Effekt auf den Marktwert der Wertpapiere.

Der Marktwert der Wertpapiere wird vermutlich auf nahezu null sinken, wenn der Schlussreferenzstand den Markterwartungen zufolge unter dem Basispreis liegen oder diesem entsprechen wird.

Der Marktwert der Wertpapiere wird vermutlich sinken wenn der Basispreis steigt und steigen, wenn der Basispreis sinkt.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Put“ gelten folgende vier Absätze:

Der Marktwert der Wertpapiere während ihrer Laufzeit hängt vorwiegend von dem Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere ab. Im Allgemeinen gilt: Sinkt der Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere bei im Übrigen gleichen Bedingungen, wird der Marktwert der Wertpapiere unter normalen Umständen steigen. Ebenso gilt: Steigt der Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere bei im Übrigen gleichen Bedingungen, wird der Marktwert der Wertpapiere unter normalen Umständen sinken. Ein Anstieg oder Rückgang des Wertes des Bezugsobjekts hat in der Regel einen überproportional höheren Effekt auf den Marktwert der Wertpapiere.

Der Marktwert der Wertpapiere wird vermutlich auf nahezu null sinken, wenn der Schlussreferenzstand den Markterwartungen zufolge über dem Basispreis liegen oder diesem entsprechen wird.

Der Marktwert der Wertpapiere wird vermutlich steigen wenn der Basispreis steigt und sinken, wenn der Basispreis sinkt.

Der Marktwert der Wertpapiere wird zudem durch die Verwendung des Multiplikators bei der Berechnung des etwaigen Barausgleichsbetrags beeinflusst.

Darüber hinaus wird der Marktwert der Wertpapiere u.a. durch Marktzinssätze, potenzielle Dividenden- oder Zinszahlungen in Bezug auf das Bezugsobjekt, Änderungen der Methode zur Berechnung des Wertes des Bezugsobjekts und Markterwartungen in Bezug auf die zukünftige Wertentwicklung des Bezugsobjekts, seiner Zusammensetzung und der Wertpapiere beeinflusst.

Der Marktwert der Wertpapiere während ihrer Laufzeit kann auch unter dem Kaufpreis für diese Wertpapiere liegen. Sinkt der Marktwert der Wertpapiere nach dem Erwerb unter den Kaufpreis für diese Wertpapiere, sollten Anleger nicht darauf vertrauen, dass der Marktwert der Wertpapiere während der Restlaufzeit wieder auf oder über den Kaufpreis steigt.

3. Absicherungsbezogene Aspekte

Erwerber, die die Wertpapiere zu Absicherungszwecken kaufen, gehen bestimmte Risiken ein.

Potenzielle Erwerber, welche die Wertpapiere zu dem Zweck kaufen möchten, ihr Risiko in Bezug ein Bezugsobjekt bzw. dessen Bestandteile abzusichern, sollten sich der Risiken einer solchen Nutzung

der Wertpapiere bewusst sein. Über die Korrelation zwischen Wertentwicklung der Wertpapiere und Wertentwicklung des Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile können keine verbindlichen Aussagen getroffen werden, und die Zusammensetzung des Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile kann sich ändern. Zudem kann es sich als unmöglich erweisen, die Wertpapiere zu einem Preis zu erwerben, der direkt dem Stand bzw. Wert des Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile entspricht. Daher können in Bezug auf den Korrelationsgrad zwischen der Rendite einer Anlage in die Wertpapiere und der Rendite einer Direktanlage in das Bezugsobjekt bzw. dessen Bestandteile keine verbindlichen Aussagen getroffen werden.

Absicherungsmaßnahmen zum Zwecke der Risikobegrenzung in Bezug auf die Wertpapiere haben eventuell nicht den gewünschten Erfolg.

4. Potenzielle Illiquidität der Wertpapiere

Es lässt sich nicht voraussagen, ob und inwieweit sich ein Sekundärmarkt für die Wertpapiere entwickelt, zu welchem Preis die Wertpapiere an diesem Sekundärmarkt gehandelt werden und ob dieser Sekundärmarkt liquide sein wird oder nicht. Soweit in diesem Dokument angegeben, wurden Anträge auf Notierung oder Zulassung zum Handel an den angegebenen Börsen oder Notierungssystemen gestellt. Sind die Wertpapiere an einer Börse notiert oder zum Handel zugelassen, kann nicht zugesichert werden, dass diese Notierung oder Zulassung zum Handel beibehalten werden wird. Aus der Tatsache, dass die Wertpapiere in der genannten Art notiert oder zum Handel zugelassen sind, folgt nicht zwangsläufig, dass höhere Liquidität vorliegt, als wenn dies nicht der Fall wäre.

Sind die Wertpapiere an keiner Börse oder keinem Notierungssystem notiert oder an keiner Börse oder keinem Notierungssystem zum Handel zugelassen, sind Informationen über die Preise unter Umständen schwieriger zu beziehen und kann die Liquidität der Wertpapiere negativ beeinflusst werden. Die Liquidität der Wertpapiere kann auch durch Beschränkung des Kaufs und Verkaufs der Wertpapiere in bestimmten Ländern beeinflusst werden.

Die Emittentin ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, jederzeit Wertpapiere zu einem beliebigen Kurs am offenen Markt oder aufgrund öffentlichen Gebots oder individuellen Vertrags zu erwerben. Alle derart erworbenen Wertpapiere können gehalten, wiederverkauft oder zur Vernichtung eingereicht werden. Da die Emittentin unter Umständen der einzige Market-Maker für die Wertpapiere ist, kann der Sekundärmarkt eingeschränkt sein. Je eingeschränkter der Sekundärmarkt ist, desto schwieriger kann es für die Gläubiger sein, den Wert der Wertpapiere vor der Abwicklung zu realisieren.

5. Bonität der Emittentin

Der Wert der Wertpapiere wird voraussichtlich teilweise durch die allgemeine Beurteilung der Bonität der Emittentin durch die Anleger beeinflusst. Jede Minderung der Bonität der Emittentin kann zu einer Verringerung des Wertes der Wertpapiere führen. Wird in Bezug auf die Emittentin ein Insolvenzverfahren eingeleitet, kann dies zu Renditeeinbußen für die Gläubiger führen und ist in Bezug auf die Wiedergewinnung eingesetzten Kapitals mit erheblichen Verzögerungen zu rechnen. Im schlechtesten Fall kann es auch zu einem Verlust der gesamten Anlage kommen.

E. INTERESSENKONFLIKTE

1. Geschäfte über Bezugsobjekte: Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können gegebenenfalls an Geschäften über ein Bezugsobjekt bzw. dessen Bestandteile beteiligt sein, sowohl für eigene Rechnung als auch für Rechnung von durch sie verwaltetem Vermögen. Diese Geschäfte können positive oder negative Auswirkungen auf den Stand bzw. Wert des Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile haben und sich damit auch negativ auf den Wert der Wertpapiere auswirken.
2. Ausübung anderer Funktionen: Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können in Bezug auf die Wertpapiere auch eine andere Funktion ausüben, z.B. als Berechnungsstelle, Zahl- und Verwaltungsstelle und/oder als Index-Sponsor oder Referenzbank. Eine solche Funktion kann die Emittentin in die Lage versetzen, über die Zusammensetzung eines Bezugsobjekts zu bestimmen oder dessen Stand bzw. Wert zu berechnen, was zu Interessenkonflikten führen könnte, etwa wenn von der Emittentin selbst oder einer Konzerngesellschaft emittierte Wertpapiere oder andere Vermögenswerte für das Bezugsobjekt bzw. dessen Bestandteile ausgewählt werden können, oder wenn die Emittentin zu dem Emittenten in Frage kommender Wertpapiere oder Vermögenswerte in Geschäftsbeziehungen steht.
3. Emission weiterer derivativer Instrumente auf Bezugsobjekte: Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können weitere derivative Instrumente auf ein Bezugsobjekt bzw. dessen Bestandteile ausgeben; die Einführung solcher mit den Wertpapieren im Wettbewerb stehender Produkte kann sich auf den Wert der Wertpapiere auswirken.
4. Vornahme von Absicherungsgeschäften: Die Emittentin kann einen Teil der oder die gesamten Erlöse aus dem Verkauf der Wertpapiere für Absicherungsgeschäfte verwenden. Die Emittentin ist der Ansicht, dass solche Absicherungsmaßnahmen unter normalen Umständen keinen wesentlichen Einfluss auf den Wert der Wertpapiere haben werden. Es kann jedoch keine Zusicherung dahingehend abgegeben werden, dass die Absicherungsgeschäfte der Emittentin keine Auswirkungen auf den Wert der Wertpapiere haben werden. Der Wert der Wertpapiere kann insbesondere durch die Auflösung eines Teils der oder aller Hedging-Positionen (i) zum oder um den Zeitpunkt der Fälligkeit oder des Verfalls der Wertpapiere, oder (ii) wenn die Wertpapiere mit einem Knock-Out-, Knock-In- oder einem ähnlichen Merkmal ausgestattet sind, zu dem Zeitpunkt, zu dem der Kurs, Stand oder Wert eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile sich dem jeweiligen für das Knock-Out-, Knock-In- oder sonstige Merkmal relevanten Kurs, Stand oder Wert nähert, beeinflusst werden.
5. Ausgabepreis: Im Ausgabepreis für die Wertpapiere kann, gegebenenfalls zusätzlich zu festgesetzten Ausgabeaufschlägen, Verwaltungs- oder anderen Entgelten, ein für den Anleger nicht erkennbarer Aufschlag auf den ursprünglichen mathematischen („fairen“) Wert der Wertpapiere enthalten sein. Diese Marge wird von der Emittentin nach ihrem freien Ermessen festgesetzt und kann sich von den Aufschlägen unterscheiden, die andere Emittenten für vergleichbare Wertpapiere erheben.
6. Handeln als Market-Maker für die Wertpapiere: Die Emittentin, oder eine von ihr beauftragte Stelle, kann für die Wertpapiere als Market-Maker auftreten. Durch ein solches „Market-Making“ wird die Emittentin oder die beauftragte Stelle den Preis der Wertpapiere maßgeblich selbst bestimmen. Dabei werden die von dem Market-Maker gestellten Kurse normalerweise nicht den Kursen entsprechen, die sich ohne solches Market-Making und in einem liquiden Markt gebildet hätten.

Zu den Umständen, auf deren Grundlage der Market-Maker im Sekundärmarkt die gestellten Geld- und Briefkurse festlegt, gehören insbesondere der faire Wert der Wertpapiere, der unter anderem von dem Stand bzw. Wert eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile abhängt, sowie die vom Market-Maker angestrebte Spanne zwischen Geld- und Briefkursen. Berücksichtigt werden darüber hinaus regelmäßig ein für die Wertpapiere ursprünglich erhobener Ausgabeaufschlag und etwaige bei Fälligkeit der Wertpapiere vom Zahlungsbetrag abzuziehende Entgelte oder Kosten (u.a. Verwaltungs-, Transaktions- oder vergleichbare Gebühren nach Maßgabe der Produktbedingungen).

Einfluss auf die Preisstellung im Sekundärmarkt haben des Weiteren beispielsweise eine im Ausgabepreis für die Wertpapiere enthaltene Marge (vgl. oben unter 5.) und die für ein Bezugsobjekt oder dessen Bestandteile gezahlten oder erwarteten Dividenden oder sonstigen Erträge, wenn diese nach der Ausgestaltung der Wertpapiere wirtschaftlich der Emittentin zustehen.

Die Spanne zwischen Geld- und Briefkursen setzt der Market-Maker abhängig von Angebot und Nachfrage für die Wertpapiere und bestimmten Ertragsgesichtspunkten fest.

Bestimmte Kosten wie beispielsweise nach Maßgabe der Produktbedingungen erhobene Verwaltungsentgelte werden bei der Preisstellung vielfach nicht gleichmäßig verteilt über die Laufzeit der Wertpapiere (pro rata temporis) preismindernd in Abzug gebracht, sondern bereits zu einem im Ermessen des Market-Maker stehenden früheren Zeitpunkt vollständig vom fairen Wert der Wertpapiere abgezogen. Entsprechendes gilt für eine im Ausgabepreis für die Wertpapiere gegebenenfalls enthaltene Marge sowie für Dividenden und sonstige Erträge eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile, die nach der Ausgestaltung des Wertpapiers wirtschaftlich der Emittentin zustehen. Diese werden oft nicht erst dann preismindernd in Abzug gebracht, wenn das Bezugsobjekt oder dessen Bestandteile „ex-Dividende“ gehandelt werden, sondern bereits zu einem früheren Zeitpunkt der Laufzeit, und zwar auf Grundlage der für die gesamte Laufzeit oder einen bestimmten Zeitabschnitt erwarteten Dividenden. Die Geschwindigkeit dieses Abzugs hängt dabei unter anderem von der Höhe etwaiger Netto-Rückflüsse der Wertpapiere an den Market-Maker ab.

Die von dem Market-Maker gestellten Kurse können dementsprechend erheblich von dem fairen bzw. dem aufgrund der oben genannten Faktoren wirtschaftlich zu erwartenden Wert der Wertpapiere zum jeweiligen Zeitpunkt abweichen. Darüber hinaus kann der Market-Maker die Methodik, nach der er die gestellten Kurse festsetzt, jederzeit abändern, z.B. die Spanne zwischen Geld- und Briefkursen vergrößern oder verringern.

7. Handeln als Market-Maker oder Referenzbank für Bezugsobjekte: Die Emittentin kann in bestimmten Fällen als Referenzbank oder als Market-Maker für ein Bezugsobjekt bzw. dessen Bestandteile auftreten, letzteres insbesondere dann, wenn die Emittentin auch das Bezugsobjekt bzw. dessen Bestandteile begeben hat. Durch eine solche Tätigkeit als Referenzbank bzw. durch ein solches Market-Making wird die Emittentin den Preis bzw. Stand des Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile maßgeblich selbst (mit)bestimmen und damit den Wert der Wertpapiere beeinflussen. Die von der Emittentin in ihrer Funktion als Market-Maker gestellten Kurse werden nicht immer den Kursen entsprechen, die sich ohne solches Market-Making und in einem liquiden Markt gebildet hätten.
8. Emittentin als Konsortialmitglied für Emittenten, Sponsor oder Publikationsstelle eines Bezugsobjekts oder in ähnlicher Funktion: Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können in Verbindung mit künftigen Angeboten eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile auch als Konsortialmitglieder fungieren oder als Finanzberater des Emittenten, Sponsor oder der Publikationsstelle eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile oder als Geschäftsbank für den Emittenten, Sponsor oder die Publikationsstelle eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile fungieren. Tätigkeiten der genannten Art können bestimmte Interessenkonflikte mit sich bringen und sich auf den Wert der Wertpapiere auswirken.
9. Erhalt von nicht-öffentlichen Informationen: Die Emittentin und/oder mit ihr verbundene Unternehmen können nicht-öffentliche Informationen über Bezugsobjekte bzw. deren Bestandteile erhalten, zu deren Offenlegung gegenüber den Gläubigern die Emittentin oder deren verbundene Unternehmen nicht verpflichtet sind. Weiterhin können ein oder mehrere verbundene Unternehmen der Emittentin Research zu dem Bezugsobjekt bzw. dessen Bestandteile veröffentlichen. Derartige Tätigkeiten können Interessenkonflikte mit sich bringen und sich auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

III. HINWEISE ZU DEM DOKUMENT

A. VERANTWORTLICHE PERSONEN – WICHTIGER HINWEIS

Die Deutsche Bank AG mit Sitz in Frankfurt am Main, trägt die Verantwortung für die in diesem Dokument enthaltenen Angaben und erklärt, dass diese ihres Wissens richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen wurden.

Händler, Vertriebspersonal oder andere Personen sind nicht befugt, im Zusammenhang mit dem Angebot oder Verkauf der Wertpapiere andere als die in diesem Dokument enthaltenen Angaben zu machen oder Zusicherungen abzugeben. Falls solche Angaben gemacht oder Zusicherungen abgegeben wurden, können sie nicht als von der Emittentin oder einer Zahl- und Verwaltungsstelle genehmigt angesehen werden. Dieses Dokument und etwaige sonstige Angaben über die Wertpapiere sind nicht als Grundlage einer Bonitätsprüfung oder sonstigen Bewertung gedacht und sollten nicht als Empfehlung der Emittentin an den jeweiligen Empfänger angesehen werden, die angebotenen Wertpapiere zu erwerben. Anleger, die den Kauf der Wertpapiere beabsichtigen, sollten eine eigene unabhängige Prüfung der mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken vornehmen. Weder dieses Dokument noch andere Angaben über die Wertpapiere stellen ein Angebot (im zivilrechtlichen Sinne) seitens oder im Namen der Emittentin oder anderer Personen zur Zeichnung oder zum Kauf der Wertpapiere dar, d.h. ein Zeichnungs- oder Kaufvertrag über die Wertpapiere wird nicht durch eine einseitige Erklärung seitens oder im Namen des Zeichnenden oder Käufers wirksam abgeschlossen.

Die Aushändigung dieses Dokuments und das Angebot der Wertpapiere können in bestimmten Ländern durch Rechtsvorschriften eingeschränkt sein. Die Emittentin gibt keine Zusicherung über die Rechtmäßigkeit der Verbreitung dieses Dokuments oder des Angebots der Wertpapiere in irgendeinem Land nach den dort geltenden Registrierungs- und sonstigen Bestimmungen oder geltenden Ausnahmeregelungen und übernimmt keine Verantwortung dafür, dass eine Verbreitung des Dokuments oder ein Angebot ermöglicht werden. In keinem Land dürfen demgemäß die Wertpapiere direkt oder indirekt angeboten oder verkauft oder dieses Dokument, irgendwelche Werbung oder sonstige Verkaufsunterlagen verbreitet oder veröffentlicht werden, es sei denn in Übereinstimmung mit den jeweils geltenden rechtlichen Vorschriften. Personen, die im Besitz dieses Dokuments sind, müssen sich über die geltenden Beschränkungen informieren und diese einhalten. Ergänzend wird auf die „Allgemeinen Verkaufs- und Übertragungsbeschränkungen“ in Abschnitt „Allgemeine Emissionsbedingungen“ und die Zusatzinformationen in Abschnitt „Länderspezifische Angaben“ dieses Dokuments verwiesen.

Eine Registrierung der Wertpapiere gemäß dem United States Securities Act von 1933 in der geltenden Fassung ist nicht erfolgt, wird nicht erfolgen und ist nicht erforderlich. Die Wertpapiere dürfen nur außerhalb der Vereinigten Staaten und nur an oder für Rechnung von solchen Personen, die keine US-Personen sind, angeboten oder an solche verkauft werden. Eine Beschreibung bestimmter Verkaufs- und Übertragungsbeschränkungen findet sich unter „Allgemeine Verkaufs- und Übertragungsbeschränkungen“ in Abschnitt „Allgemeine Informationen“ dieses Dokuments.

Dieses Dokument enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, bei denen es sich nicht um historisch belegte Tatsachen handelt, so u.a. subjektive Einschätzungen und Erwartungen. Alle Aussagen in diesem Dokument, bei denen es sich um Absichtsbekundungen, Einschätzungen, Erwartungen oder Vorhersagen handelt (einschließlich der zugrunde liegenden Annahmen) sind zukunftsgerichtete Aussagen. Diese Aussagen basieren auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank zum aktuellen Zeitpunkt vorliegen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten daher nur für den Zeitpunkt, an dem sie abgegeben werden, und die Emittentin übernimmt keine Verpflichtung, solche Aussagen auf der Grundlage neuer Informationen oder zukünftiger Ereignisse öffentlich zu aktualisieren. Zukunftsgerichtete Aussagen sind grundsätzlich mit Risiken und Unsicherheiten behaftet. Eine Vielzahl von Faktoren kann daher dazu führen, dass die von der Emittentin oder mit Wertpapieren erzielten Ergebnisse erheblich von den in zukunftsgerichteten Aussagen vorhergesagten abweichen.

B. FORM DES DOKUMENTS - VERÖFFENTLICHUNG

Dieses Dokument stellt eine vervollständigte Fassung eines Basisprospekts (der „**Basisprospekt**“) gemäß Art. 5 (IV) der Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EG) dar, wie sie durch die jeweiligen Bestimmungen der EU-Mitgliedsstaaten in Verbindung mit Verordnung Nr. 809/2004 der Europäischen Kommission implementiert worden ist (in Deutschland § 6 Wertpapierprospektgesetz vom 22. Juli 2005). Der Basisprospekt enthält als solcher keine Informationen, die zum Zeitpunkt der Billigung des Basisprospektes noch nicht bekannt waren und die ausschließlich zum Zeitpunkt der jeweiligen Emission der Wertpapiere im Rahmen des Basisprospekts bestimmt werden können („**Endgültige Bedingungen**“).

Bei jeder Emission von Wertpapieren im Rahmen des Basisprospekts werden die Endgültigen Bedingungen in der Weise veröffentlicht, dass die in diesem Dokument enthaltenen Informationen nochmals wiedergegeben und durch die jeweiligen Endgültigen Bedingungen ergänzt werden. Das Dokument wurde in einer deutschen Fassung veröffentlicht. Des Weiteren können der Basisprospekt und die Endgültigen Bedingungen, oder die Zusammenfassung und möglicherweise andere Teile beider Dokumente, auch in anderen Sprachen veröffentlicht worden sein. Anleger, die Informationen in anderen Sprachen als Englisch und Deutsch wünschen, sollten nicht nur das Dokument sorgfältig lesen, das eine Übersetzung der Zusammenfassung in der Fassung des Basisprospekts (und möglicherweise anderer Teile des Basisprospekts) enthält, sondern auch jenes, das eine Übersetzung der Zusammenfassung in der Version der Endgültigen Bedingungen (und möglicherweise anderer Teile der Endgültigen Bedingungen) enthält.

Der Basisprospekt ist zusammen mit seinen Übersetzungen, oder Übersetzungen der Zusammenfassung sowie allen Dokumenten, die durch Verweis Bestandteil dieses Prospekts sind, auf der frei zugänglichen Internetseite der Emittentin (www.x-markets.db.com) veröffentlicht. Zusätzlich sind der Basisprospekt und alle Dokumente, die durch Verweis einbezogen wurden, am eingetragenen Sitz der Emittentin, Deutsche Bank AG, CIB, GME X-markets, Große Gallusstr. 10-14, 60311 Frankfurt am Main kostenlos erhältlich.

Sämtliche Endgültigen Bedingungen werden zusammen mit ihren Übersetzungen oder den Übersetzungen der Zusammenfassung in der Fassung der jeweiligen Endgültigen Bedingungen auf der frei zugänglichen Internetseite der Emittentin (www.x-markets.db.com) veröffentlicht. Diese Dokumente sind darüber hinaus am oben genannten eingetragenen Sitz der Emittentin erhältlich.

Die Jahresabschlüsse für die Jahre 2008 und 2009 sowie die Zwischenberichte sind auf der frei zugänglichen Internetseite der Emittentin (www.db.com) erhältlich. Die Jahresabschlüsse für die Jahre 2008 und 2009 sind darüber hinaus in den Registrierungsformularen der Deutsche Bank AG enthalten, welche (i) durch Bezugnahme Bestandteile dieses Dokuments sind und (ii) auf der Internetseite der Emittentin erhältlich sind.

C. HINWEISE FÜR ANLEGER ZUR VERWENDUNG DES BASISPROSPEKTS

1. Allgemeine Beschreibung des Angebotsprogramms

Der von der Emittentin veröffentlichte Basisprospekt enthält Informationen zu Wertpapieren der Produktkategorie Optionsscheine sowie einer Vielzahl von Produkttypen innerhalb dieser Kategorie mit im Einzelnen unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen, die unter dem Basisprospekt emittiert werden können (eine Übersicht über die erfassten Wertpapiere wird nachfolgend unter 3. gegeben).

Ein Basisprospekt enthält grundsätzlich noch nicht alle Informationen, die für eine Anlageentscheidung notwendig sind, da die Ausgestaltung des jeweiligen Wertpapiers zeitnah unmittelbar vor dem Beginn seines Angebots und nicht bereits bei der Veröffentlichung des Basisprospektes erfolgt. Der Basisprospekt stellt daher eine Zusammenstellung der Ausgestaltungsmöglichkeiten der Wertpapiere dar, die unter diesem Basisprospekt emittiert werden können.

Anleger, die sich an Hand des Basisprospekts über Wertpapiere eines bestimmten Typs mit bestimmten wirtschaftlichen Bedingungen informieren wollen, finden die dafür maßgeblichen Angaben in dem Basisprospekt, wenn sie zum einen diejenigen Teile des Dokuments studieren, die nicht zwischen bestimmten Wertpapiertypen und wirtschaftlichen Bedingungen unterscheiden, und zum anderen in den Abschnitten, die Informationen speziell zu einzelnen Wertpapiertypen und wirtschaftlichen Bedingungen enthalten, nur die Teile lesen, die gerade für den bestimmten Wertpapiertyp mit den zugrunde liegenden wirtschaftlichen Bedingungen gelten. In den zuletzt bezeichneten Abschnitten des Dokuments zeigen eckige Klammern die Teile an, die nur für bestimmte Typen und wirtschaftliche Bedingungen gelten. Zu Beginn dieser Teile legt eine in Kursivschrift gedruckte Anweisung ihren Anwendungsbereich fest.

In der Folge sollten Anleger, bevor sie den Basisprospekt lesen, erst das Inhaltsverzeichnis zu diesem studieren. Dieses zeigt an, welche Abschnitte allgemeine Informationen und welche spezielle Angaben zu bestimmten Wertpapiertypen und wirtschaftlichen Bedingungen enthalten, und informiert Anleger jeweils über die Anfangsseiten zu den einzelnen Abschnitten.

Eine Anlageentscheidung sollte aber in jedem Fall erst nach Studium der für die betreffenden Wertpapiere veröffentlichten Endgültigen Bedingungen getroffen werden.

2. Hinweise zu den Bedingungen der Wertpapiere

Die für Wertpapiere, die unter dem Basisprospekt emittiert werden, maßgeblichen Rechte und Pflichten folgen aus den jeweiligen **Bedingungen** der Wertpapiere. Diese gliedern sich auf in **Produktbedingungen**, die für jedes Wertpapier individuell ausgestaltet werden, sowie **Allgemeine Emissionsbedingungen**, die Regelungen allgemeiner Art zu den von diesem Basisprospekt abgedeckten Wertpapieren enthalten und in der in dem Basisprospekt festgelegten Fassung für alle Wertpapiere Anwendung finden.

Innerhalb der **Produktbedingungen** enthält **Produktbedingung 1 - Definitionen** - für das jeweilige Wertpapier die für die gesamten Produktbedingungen geltenden Definitionen einzelner Begriffe. Als Definitionsteil sollte dieser Teil nur in Verbindung mit den übrigen Produktbedingungen gelesen werden, das heißt, soweit in diesen definierte Begriffe verwendet werden, sind diese jeweils in Produktbedingung 1 nachzuschlagen. Dabei sollten Anleger nur das für den Wertpapierotyp, für den sie sich interessieren, geltende Muster und dort nur die Teile studieren, die für die von ihnen für interessant gehaltenen wirtschaftlichen Bedingungen wiedergeben (die, wie oben dargestellt, jeweils durch die Verwendung eckiger Klammern mit entsprechenden Anweisungen angezeigt werden).

Produktbedingung 2 - Form - enthält die für Form und Übertragbarkeit der Wertpapiere relevanten Bestimmungen.

In **Produktbedingung 3 - Ansprüche und Verfahren** - ist der Wertpapierinhabern unter den Papieren zustehende Anspruch auf Zahlung eines Geldbetrages festgelegt. Darüber hinaus enthält Produktbedingung 3 gegebenenfalls Vorschriften zur Erforderlichkeit einer Ausübung der Wertpapiere und gegebenenfalls zum Ausübungsverfahren sowie weitere Bestimmungen, die damit oder dem Anspruch auf Zahlung in Zusammenhang stehen. Der Basisprospekt enthält verschiedene Muster für Produktbedingung 3, die je nach Wertpapierotyp (siehe dazu die Liste unter 3a)) und wirtschaftlichen Bedingungen des einzelnen Wertpapiers (d. h. gegebenenfalls Ausübungserfordernis, Ausgestaltung, siehe dazu die Liste unter 3b)) anwendbar sind. Anleger sollten nur das für den Produkttyp und die wirtschaftlichen Bedingungen, für die sie sich interessieren, geltende Muster studieren.

Produktbedingung 4 - Anpassungsvorschriften - enthält Vorschriften für den Fall des Eintritts einer Marktstörung und über Anpassungen der Wertpapiere im Fall des Eintritts bestimmter anderer Ereignisse. Der Basisprospekt enthält verschiedene Muster für Produktbedingung 4, je nach Art des Bezugsobjekts, an das die Wertpapiere gebunden sind; Anleger sollten nur das Muster zu der Art des Bezugsobjekts studieren, für das sie sich interessieren.

In **Produktbedingung 5 - Anwendbares Recht und Gerichtsstand** - sind das jeweils anwendbare Recht, bei dem es sich entweder um deutsches oder um englisches Recht handeln kann, sowie der Gerichtsstand festgelegt.

3. Von dem Basisprospekt erfasste Wertpapierkategorie(n) und -typen sowie wirtschaftliche Bedingungen

Die Kategorie und Typ von Wertpapieren, die unter dem Basisprospekt begeben werden können, sowie die dabei jeweils möglichen wirtschaftlichen Bedingungen können wie folgt zusammengefasst werden:

a) Wertpapierarten und -typen:

Von dem Basisprospekt erfasst werden:

- Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße)
- Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße) in mehreren Serien
- Optionsscheine gebunden an einen Basket als Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus mehreren Vermögenswerten oder anderen Referenzgrößen)
- WAVE[s] Knock-Out-Optionsscheine gebunden an ein Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße)
- WAVE[s] Knock-Out-Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße) in mehreren Serien
- WAVE-Return Knock-Out-Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße)
- WAVE-Return Knock-Out-Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße) in mehreren Serien
- WAVE XXL Knock-Out-Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße)
- WAVE XXL Knock-Out-Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße) in mehreren Serien
- WAVE XXL Term Limited Knock-Out-Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße)
- WAVE XXL Term Limited Knock-Out-Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße) in mehreren Serien
- WAVE Unlimited Knock-Out-Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße)
- WAVE Unlimited Knock-Out-Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße) in mehreren Serien
- IMKO-Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße)
- IMKO-Optionsscheine gebunden an ein einzelnes Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus einem Vermögenswert oder einer anderen Referenzgröße) in mehreren Serien
- IMKO-Optionsscheine gebunden an einen Basket als Bezugsobjekt (d. h. das Bezugsobjekt besteht aus mehreren Vermögenswerten oder anderen Referenzgrößen)

b) Wirtschaftliche Bedingungen:

Das Basisprospekt erlaubt Varianten abhängig von:

- Ausübungstyp (Europäisch, Amerikanisch oder Bermuda - je nachdem, ob die Wertpapiere nur am Ende ihrer Laufzeit, zu jeder Zeit während der Laufzeit oder zu bestimmten Zeitpunkten während der Laufzeit ausgeübt werden können),
- Ausübungserfordlichkeitstyp (automatische Ausübung oder nicht - je nachdem, ob die Wertpapierinhaber eine Ausübungserklärung abgeben müssen, um Zahlung oder Lieferung unter den Wertpapieren zu erhalten),
- Emittentenkündigungstyp (Recht des Emittenten zur Kündigung oder nicht - je nachdem, ob die Emittentin die Wertpapiere vorzeitig kündigen darf oder nicht),
- Art des zugrunde liegenden Bezugsobjekts (einzelnes Bezugsobjekt bestehend aus einer/einem Aktie, Index, American Depositary Receipt (ADR), Global Depositary Receipt (GDR), Genussschein nach Schweizer Recht, Anderen Wertpapier, Fondsanteil, Ware, Devisenkurs oder Future.
- Ausgestaltung der Wertpapiere im Hinblick auf die Art der Berechnung des Barausgleichsbetrags, Bewertungstage, Knock-Out oder Knock-In Bestimmungen und andere wirtschaftliche Merkmale.

D. BESTANDTEIL(E) DES DOKUMENTS (REGISTRIERUNGSFORMULARE DER EMITTENTIN, FINANZINFORMATIONEN – STAND 30. SEPTEMBER 2010)

Folgende Dokumente ist Bestandteil dieses Dokuments:

a) Registrierungsformular der Deutsche Bank AG vom 07. Mai 2010

Dokument:	Gebilligt durch:
<p>Registrierungsformular der Deutsche Bank AG vom 7. Mai 2010</p> <p>Enthält alle gemäß EU-Richtlinie 2003/71/EG erforderlichen Angaben zur Emittentin:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verantwortliche Personen. - Abschlussprüfer - Risikofaktoren - Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Deutsche Bank AG - Geschäftsüberblick (einschließlich Haupttätigkeitsbereiche und Märkte) - Organisationsstruktur - Trendinformationen - Erklärung über das Nichtvorliegen negativer Veränderungen in den Aussichten der Deutsche Bank AG - Verwaltungs-, Geschäftsführungs-, und Aufsichtsorgane - Angaben zu Hauptaktionären - Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG <ul style="list-style-type: none"> - Konzernjahresabschluss der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2009 - Prüfung der Finanzinformationen - Zwischenbericht der Deutsche Bank AG zum 31. März 2010 - Gerichts- und Schiedsverfahren - Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Deutsche Bank AG bzw. Erklärung über Nichtvorliegen - Wesentliche Verträge - Einsehbare Dokumente (einschließlich Satzung) 	<p>Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)</p> <p>Von der BaFin am 7. Mai 2010 nach § 13 WpPG gebilligt</p>

b) Registrierungsformular der Deutsche Bank AG vom 09. April 2009

Dokument:	Gebilligt durch:
<p>Registrierungsformular der Deutsche Bank AG vom 9. April 2009</p> <p>Enthält alle gemäß EU-Richtlinie 2003/71/EG erforderlichen Angaben zur Emittentin:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG - Konzernjahresabschluss der Deutsche Bank AG zum 	<p>Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)</p> <p>Von der BaFin am 9. April 2009 nach § 13 WpPG gebilligt</p>

31. Dezember 2008	
-------------------	--

c) Zwischenbericht der Deutsche Bank AG zum 30. September 2010

Dokument:	Gebilligt durch:
Basisprospekt für [Andante] [[●] % kapitalgeschützte] [Rainbow] [•] Schuldverschreibungen vom 16. November 2010 Enthält auf den Seiten 231 ff. den Zwischenbericht der Deutsche Bank AG zum 30. September 2010	Bundesanstalt für Finanz- dienstleistungsaufsicht (BaFin) Von der BaFin am 19. November 2010 nach § 13 WpPG gebilligt

Die oben genannten und durch Verweis einbezogenen Dokumente sind kostenlos am eingetragenen Sitz der Emittentin erhältlich.

IV. ANGEBOTSBEDINGUNGEN

Anzahl der Wertpapiere

Es werden je Serie 100.000.000 Wertpapiere ausgegeben.

Der Angebotszeitraum

Das Angebot der Wertpapiere beginnt am 09. März 2011 (08:00 Uhr, Ortszeit Frankfurt am Main).

Lieferung der Wertpapiere

Die Wertpapiere werden nach dem jeweils anwendbaren Recht und gegebenenfalls den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearingstelle, in deren Unterlagen die Übertragung vermerkt wird, gegen Zahlung des Ausgabepreises geliefert. Anleger, die Wertpapiere erwerben, erhalten deren Lieferung am Valutatag über ein Konto bei einem Finanzinstitut, das Mitglied einer der entsprechenden Clearingstellen ist.

Börsennotierung

Es ist beantragt worden, die Wertpapiere zum Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse zuzulassen, der kein geregelter Markt im Sinne der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Richtlinie 2004/39/EG) ist.

Es ist beantragt worden, die Wertpapiere zum Regulierten Markt an der Stuttgarter Wertpapierbörse zuzulassen, der ein geregelter Markt im Sinne der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Richtlinie 2004/39/EG) ist.

Fortlaufende Informationen nach Begebung

Die Emittentin beabsichtigt nach der Begebung keine fortlaufenden Informationen im Hinblick auf Bezugsobjekte von unter diesem Programm begebenen Wertpapieren zur Verfügung zu stellen.

V. ALLGEMEINE INFORMATIONEN

A. ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUR BESTEUERUNG

1. Allgemeines

Erwerber und/oder Verkäufer der Wertpapiere müssen nach Maßgabe des geltenden Rechts und der Anwendungspraxis des Landes, in dem die Wertpapiere übertragen werden, möglicherweise zusätzlich zum Ausgabepreis oder Kaufpreis der Wertpapiere Stempelsteuer sowie sonstige Abgaben zahlen.

Geschäfte über die Wertpapiere (einschließlich deren Erwerb, Übertragung, Ausübung, Nichtausübung oder Kündigung), das Auflaufen oder der Zufluss von Zinsen auf die Wertpapiere und das Ableben eines Gläubigers der Wertpapiere können steuerliche Rechtsfolgen für Gläubiger und potenzielle Erwerber haben, die u.a. von deren Steuerstatus abhängen und u.a. Stempelsteuer, Wertpapierumsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Kapitalertragsteuer, Abzugsteuer, Solidaritätszuschlag und Erbschaftsteuer auslösen können.

Weitere Informationen zu steuerlichen Konsequenzen sind den entsprechenden Länderspezifischen Angaben zu entnehmen.

Allen potenziellen Erwerbern von Wertpapieren wird darüber hinaus empfohlen, Ziffer. 6 der Allgemeinen Emissionsbedingungen (Besteuerung) zu beachten.

Potenziellen Erwerbern der Wertpapiere wird geraten, ihre eigenen Steuerberater hinsichtlich der steuerlichen Folgen von Geschäften über die Wertpapiere zu Rate zu ziehen.

2. Besteuerung in Luxemburg

Die folgende Zusammenfassung ist allgemeiner Art und lediglich zu Informationszwecken in diesem Dokument enthalten. Sie basiert auf den in Luxemburg geltenden Gesetzen, ist jedoch nicht als Rechts- oder Steuerberatung zu verstehen. Potenzielle Anleger in die Wertpapiere sollten daher in Bezug auf die Auswirkungen von in ihrem Land, auf lokaler Ebene oder im Ausland für sie geltenden Gesetzen, wie Luxemburger Steuergesetze, ihre eigenen unabhängigen Berater konsultieren.

(i) Nicht gebietsansässige Gläubiger der Wertpapiere

Nach geltendem allgemeinem Luxemburger Steuerrecht wird weder auf Kapital- und Zinszahlungen oder Prämien an nicht gebietsansässige Gläubiger der Wertpapiere noch auf aufgelaufene, aber nicht gezahlte Zinsen aus den Wertpapieren noch bei Tilgung oder Rückkauf der von nicht gebietsansässigen Gläubigern gehaltenen Wertpapiere eine Quellensteuer erhoben.

Gemäß den Luxemburger Gesetzen vom 21. Juni 2005 (für die „Zwecke dieses Abschnitts die „**Gesetze**“) zur Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 zur Besteuerung von Zinserträgen und zur Ratifizierung der von Luxemburg und bestimmten abhängigen und assoziierten Gebieten bestimmter EU-Mitgliedstaaten (die „**Gebiete**“) unterzeichneten Verträge unterliegen Zinszahlungen oder ähnliche Erträge, die von einer in Luxemburg errichteten Zahlstelle unmittelbar zugunsten eines wirtschaftlichen Eigentümers, bei dem es sich um eine natürliche Person handelt, oder einer in einem EU-Mitgliedstaat (außer Luxemburg) oder einem der Gebiete ansässigen bzw. errichteten Einrichtung (residual entity) im Sinne der Gesetze vorgenommen bzw. gezahlt werden, der Quellensteuer, es sei denn, der jeweilige Empfänger hat die jeweilige Zahlstelle ordnungsgemäß angewiesen, den Steuerbehörden seines Wohnsitz- bzw. Gründungslandes Informationen zu den jeweiligen Zinszahlungen oder ähnlichen Erträgen zur Verfügung zu stellen, oder der wirtschaftliche Eigentümer, bei dem es sich um eine natürliche Person handelt, hat eine von den Steuerbehörden seines Wohnsitzlandes ausgestellte Steuerbescheinigung im vorgeschriebenen Format an die jeweilige Zahlstelle übermittelt. Bei Anwendung der Quellensteuer wird diese im ersten Dreijahreszeitraum ab dem 1. Juli 2005 zu einem Satz von 15%, im folgenden Dreijahreszeitraum zu einem Satz von 20% und danach zu einem Satz von 35% erhoben. Die Verantwortung für die Einbehaltung der Quellensteuer obliegt der luxemburgischen Zahlstelle. Zinszahlungen in Bezug auf die Wertpapiere, die den Gesetzen unterliegen, werden derzeit mit einem Quellensteuersatz von 20% besteuert.

(ii) Gebietsansässige Gläubiger der Wertpapiere

Nach geltendem allgemeinem Luxemburger Steuerrecht wird weder auf Kapital- und Zinszahlungen oder Prämien an in Luxemburg ansässige Gläubiger der Wertpapiere noch auf aufgelaufene, aber nicht gezahlte Zinsen aus den Wertpapieren, noch bei Tilgung oder Rückkauf der von in Luxemburg ansässigen Gläubigern gehaltenen Wertpapiere eine Quellensteuer erhoben.

Nach dem Luxemburger Gesetz vom 23. Dezember 2005 (für die Zwecke dieses Abschnitts das „Gesetz“) unterliegen Zinszahlungen oder ähnliche Erträge, die von einer in Luxemburg errichteten Zahlstelle unmittelbar zugunsten eines wirtschaftlichen Eigentümers, bei dem es sich um eine natürliche Person handelt und der in Luxemburg ansässig ist, vorgenommen bzw. gezahlt werden, einer Quellensteuer von 10%. Diese Quellensteuer wird vollständig auf die Einkommensteuer angerechnet, wenn der wirtschaftliche Eigentümer eine natürliche Person ist, die im Rahmen der Verwaltung seines privaten Vermögens handelt. Die Verantwortung für die Einbehaltung der Quellensteuer obliegt der luxemburgischen Zahlstelle. Zinszahlungen in Bezug auf die Wertpapiere, die dem Gesetz unterliegen, werden mit einem Quellensteuersatz von 10% besteuert.

3. Stempel- und Abzugsteuer in Deutschland

Die folgenden Absätze, die lediglich einen allgemeinen Überblick über Stempel- und Abzugsteuer geben sollen, beruhen auf der derzeitigen Gesetzgebung und der Praxis der Steuerverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie enthalten zusammenfassende Hinweise auf nur bestimmte steuerrechtliche Gesichtspunkte, die für die Wertpapiere von Bedeutung sein können, sollen aber keine umfassende Darstellung sämtlicher steuerlicher Aspekte sein, die für die Entscheidung, die Wertpapiere zu erwerben, zu halten, zu veräußern oder einzulösen, relevant sein könnten. Insbesondere behandelt diese Zusammenfassung keine besonders gelagerten Sachverhalte oder Begleitumstände, die in Bezug auf einen bestimmten Erwerber vorliegen mögen. Potenzielle Erwerber sollten im Zweifel ihre eigenen Steuerberater hinsichtlich der steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens, der Veräußerung, der Ausübung, Nichtausübung oder Einlösung der Wertpapiere zu Rate ziehen.

Der Erwerb oder Verkauf eines Wertpapiers unterliegt keiner Stempel-, Umsatz- oder ähnlichen Steuer oder Abgabe in Deutschland, und zwar ohne Rücksicht auf den Ort der Begebung, Ausfertigung oder Aushändigung des Wertpapiers.

Etwaige Zinszahlungen, die von einer Zahl- und Verwaltungsstelle mit Geschäftsstelle in Deutschland, einem Finanzinstitut in Deutschland, oder der Emittentin in Deutschland auf ein Wertpapier an dessen Inhaber geleistet werden, können einer Abzugsteuer unterliegen. Nähere Ausführungen zu den steuerlichen Folgen der Abzugssteuer in Deutschland sind den entsprechenden Länderspezifischen Angaben zu entnehmen, die sorgfältig gelesen werden sollten.

4. Stempel- und Abzugsteuer im Vereinigten Königreich

Die folgenden Absätze, die lediglich einen allgemeinen Überblick über Stempel- und Abzugsteuer geben sollen, beruhen auf der derzeitigen Gesetzgebung und der Praxis der Steuerverwaltung im Vereinigten Königreich. Sie enthalten lediglich zusammenfassende Hinweise auf bestimmte für das Vereinigte Königreich geltende steuerrechtliche Gesichtspunkte, die für die Wertpapiere von Bedeutung sein können, sollen aber keine umfassende Darstellung sämtlicher steuerlicher Aspekte sein, die für die Entscheidung, die Wertpapiere zu erwerben, zu halten, zu veräußern oder einzulösen, relevant sein könnten. Insbesondere behandelt diese Zusammenfassung keine besonders gelagerten Sachverhalte oder Begleitumstände, die in Bezug auf einen bestimmten Erwerber vorliegen mögen. Potenzielle Erwerber sollten im Zweifel ihre eigenen Steuerberater hinsichtlich der steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens, der Veräußerung, der Ausübung, Nichtausübung oder Einlösung der Wertpapiere zu Rate ziehen.

Zusätzlich zu dem Kaufpreis für das Wertpapier können für den Erwerber eines Wertpapiers Stempelsteuer oder andere Abgaben nach den Gesetzen und der Anwendungspraxis des Erwerbslandes anfallen.

Potenzielle Erwerber der Wertpapiere sollten beachten, dass jedes Wertpapier der Stempelsteuer im Vereinigten Königreich unterliegen kann, die bei der Emission auf den Kaufpreis oder den Wert des Wertpapiers erhoben wird. Die Globalurkunde wird jedoch außerhalb des Vereinigten Königreiches ausgefertigt und ausgehändigt und sollte, außer zum Zwecke der Rechtsverfolgung, nicht in das Vereinigte Königreich eingeführt werden. Während die Globalurkunde außerhalb des Vereinigten Königreiches gehalten wird, fallen keine Stempelsteuer des Vereinigten Königreiches und keine damit verbundenen Zinsen oder Steuerzuschläge an. Wenn jedoch die Globalurkunde in das Vereinigte Königreich eingeführt wird (zum Beispiel zum Zwecke der Rechtsverfolgung), unterliegt sie der Stempelsteuer im Vereinigten Königreich (vorbehaltlich der Möglichkeit von Ausnahmen und Befreiungen). Wenn die Globalurkunde außerhalb des Vereinigten Königreiches ausgefertigt wurde und dann in das Vereinigte Königreich eingeführt und gestempelt wurde, fallen außerdem zusätzlich zu der Stempelsteuer für einen Zeitraum von 30 Tagen beginnend mit Ablauf des 30. Tages nach dem Tag der Ausfertigung der Globalurkunde bis zum Tag des Stempels Zinsen auf den Betrag in Höhe der nicht gezahlten Stempelsteuer an. Wenn die Globalurkunde jedoch innerhalb dieses Zeitraumes von 30 Tagen ab Ausfertigung gestempelt wurde, fallen keine Zinsen an. Es fallen auch keine Steuerzuschläge an, wenn die Globalurkunde außerhalb des Vereinigten Königreiches ausgefertigt und dann in das Vereinigte Königreich eingeführt und gestempelt wurde, wenn diese Globalurkunde innerhalb von 30 Tagen nach Einfuhr in das Vereinigte Königreich gestempelt wird. Wenn eine Globalurkunde der Stempelsteuer im Vereinigten Königreich unterliegt, stellt sie nur dann ein zulässiges Beweismittel in Zivilverfahren (im Gegensatz zu Strafverfahren) dar, wenn sie ordnungsgemäß gestempelt wurde.

Die vorstehenden Anmerkungen beziehen sich lediglich auf die Stempelsteuer des Vereinigten Königreiches, die bei der Emission anfällt.

Alle Zinszahlungen auf die Wertpapiere sowie ein Emissionsdisagio sowie Tilgungsbeträge und Ausübungserlöse, die auf die Wertpapiere gezahlt werden, unterliegen im Vereinigten Königreich keiner Abzugsteuer.

B. ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZU VERKAUFS- UND ÜBERTRAGUNGSBE- SCHRÄNKUNGEN

1. Allgemeines

Die Aushändigung dieses Dokuments und das Angebot der Wertpapiere in bestimmten Ländern können durch Rechtsvorschriften eingeschränkt sein. Personen, denen dieses Dokuments ausgehändigt wurde, werden von der Emittentin hiermit aufgefordert, die jeweils geltenden Einschränkungen zu überprüfen und einzuhalten.

2. Vereinigte Staaten von Amerika

Die Wertpapiere wurden nicht und werden nicht unter dem United States Securities Act (der „**Securities Act**“) von 1933 in der geltenden Fassung registriert, und der Handel mit den Wertpapieren wurde und wird nicht von der United States Commodity Futures Trading Commission (die „**CFTC**“) unter dem United States Commodity Exchange Act (der „**Commodity Exchange Act**“) genehmigt. Die Wertpapiere oder Anteile an diesen Wertpapieren dürfen weder mittelbar noch unmittelbar zu irgendeinem Zeitpunkt in den Vereinigten Staaten oder an oder für Rechnung von US-Personen angeboten, verkauft, weiterverkauft, geliefert oder gehandelt werden. Wertpapiere dürfen nicht von oder zugunsten einer US-Person oder einer Person in den Vereinigten Staaten ausgeübt oder zurückgezahlt werden. In diesem Zusammenhang sind unter „**Vereinigte Staaten**“ die Vereinigten Staaten (die Staaten und District of Columbia), ihre Territorien, Besitzungen und sonstigen Hoheitsgebiete zu verstehen und unter „**US-Personen**“ (i) natürliche Personen mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten, (ii) Körperschaften, Personengesellschaften und sonstige rechtliche Einheiten, die in den oder nach dem Recht der Vereinigten Staaten oder deren Gebietskörperschaften errichtet sind bzw. ihre Hauptniederlassung in den Vereinigten Staaten haben, (iii) Nachlässe oder Treuhandvermögen, die unabhängig von ihrer Einkommensquelle der US-Bundeseinkommensteuer unterliegen, (iv) Treuhandvermögen, soweit ein Gericht in den Vereinigten Staaten die oberste Aufsicht über die Verwaltung des Treuhandvermögens ausüben kann und soweit ein oder mehrere US-Treuhänder zur maßgeblichen Gestaltung aller wichtigen Beschlüsse des Treuhandvermögens befugt sind, (v) Pensionspläne für Arbeitnehmer, Geschäftsführer oder Inhaber einer Körperschaft, Personengesellschaft oder sonstigen rechtlichen Einheit im Sinne von (ii), (vi) zum Zweck der Erzielung hauptsächlich passiver Einkünfte existierende Rechtsträger, deren Anteile zu 10 Prozent oder mehr von Personen im Sinne von (i) bis (v) gehalten werden, falls der Rechtsträger hauptsächlich zur Anlage durch diese Personen in einen Warenpool errichtet wurde, deren Betreiber von bestimmten Auflagen nach Teil 4 der CFTC-Vorschriften befreit ist, weil dessen Teilnehmer keine US-Personen sind, oder (vii) sonstige „US-Personen“ im Sinne der Regulation S aufgrund des Securities Act oder der aufgrund des Commodity Exchange Act geltenden Vorschriften.

3. Europäischer Wirtschaftsraum

In Bezug auf jeden Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums, der die Prospektrichtlinie umgesetzt hat (jeweils ein „**Betreffender Mitgliedstaat**“), wurde bzw. wird für die Wertpapiere ab einschließlich dem Tag der Umsetzung der Prospektrichtlinie in diesem Betreffenden Mitgliedstaat (der „**Betreffende Durchführungstag**“) kein öffentliches Angebot unterbreitet. Unter folgenden Bedingungen können die Wertpapiere jedoch ab einschließlich dem Betreffenden Durchführungstag in dem Betreffenden Mitgliedstaat öffentlich angeboten werden:

- (a) in dem Zeitraum ab einem Tag, der einen Werktag nach der Veröffentlichung dieses Basisprospekts in Bezug auf diese Wertpapiere liegt, der von den zuständigen Behörden dieses Betreffenden Mitgliedstaats gebilligt wurde bzw. in einem anderen Betreffenden Mitgliedstaat gebilligt und die zuständige Behörde in diesem Betreffenden Mitgliedstaat unterrichtet wurde, jeweils in Übereinstimmung mit der Prospektrichtlinie, bis zu dem Tag, der zwölf Monate nach dem Tag der Veröffentlichung liegt, sofern spätestens am Tag des öffentlichen Angebots Endgültige Angebotsbedingungen in Bezug auf diese Wertpapiere veröffentlicht und diese Endgültigen

Angebotsbedingungen bei der zuständigen Behörde des Betreffenden Mitgliedstaats hinterlegt wurden;

- (b) an juristische Personen, die in Bezug auf ihre Tätigkeit auf den Finanzmärkten zugelassen sind bzw. beaufsichtigt werden, oder, falls sie nicht zugelassen sind oder beaufsichtigt werden, deren einziger Geschäftszweck in der Wertpapieranlage besteht;
- (c) an juristische Personen, die laut ihrem letzten Jahresabschluss bzw. konsolidierten Abschluss mindestens zwei der nachfolgenden Kriterien erfüllen: (1) eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl im letzten Geschäftsjahr von mindestens 250, (2) eine Gesamtbilanzsumme von über EUR 43.000.000 und (3) ein Jahresnettoumsatz von über EUR 50.000.000; oder
- (d) unter anderen Umständen, die eine Veröffentlichung eines Prospekts durch den Emittenten gemäß Artikel 3 der Prospektrichtlinie nicht erfordern.

Für die Zwecke dieser Vorschrift bezeichnet der Ausdruck „öffentliches Angebot von Wertpapieren“ in Bezug auf Wertpapiere in einem Betreffenden Mitgliedstaat eine Mitteilung in jedweder Form und auf jedwede Art und Weise, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Wertpapiere enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung dieser Wertpapiere zu entscheiden, soweit eine Maßnahme zur Durchführung der Prospektrichtlinie in diesem Mitgliedstaat zu einer Abweichung führt, und „**Prospektrichtlinie**“ bezeichnet die Richtlinie 2003/71/EG und umfasst die jeweiligen Umsetzungsmaßnahmen in dem Betreffenden Mitgliedstaat.

4. Vereinigtes Königreich

- (a) In Bezug auf Wertpapiere mit einer Laufzeit von unter einem Jahr gilt Folgendes: (i) die Wertpapiere dürfen nur an Personen verkauft werden, deren gewöhnliche Geschäftstätigkeit darin besteht, im Rahmen ihres Geschäftszwecks Anlagen zu erwerben, zu halten, zu verwalten oder zu veräußern (als Auftraggeber oder Beauftragter), und (ii) diese Personen haben keine Wertpapiere angeboten oder verkauft und werden keine Wertpapiere anbieten oder verkaufen, außer an Personen, deren gewöhnliche Geschäftstätigkeit darin besteht, im Rahmen ihres Geschäftszwecks Anlagen zu erwerben, zu halten, zu verwalten oder zu veräußern (als Auftraggeber oder Beauftragter), da die Begebung der Wertpapiere andernfalls einen Verstoß der Emittentin gegen Section 19 des FSMA darstellen würde;
- (b) Eine Aufforderung zur Beteiligung an Anlageaktivitäten (im Sinne von Section 21 des FSMA) wurde bzw. wird nur in Verbindung mit der Begebung oder dem Verkauf von Wertpapieren unter Bedingungen, unter denen Section 21(1) des FSMA nicht auf die Emittentin oder den Garantiegeber Anwendung findet, kommuniziert oder veranlasst; und
- (c) Alle anwendbaren Bestimmungen des FSMA in Bezug auf alle Aktivitäten in Verbindung mit Wertpapieren, die im oder vom Vereinigten Königreich aus durchgeführt werden oder in die dieses anderweitig involviert ist, wurden bzw. werden eingehalten.

C. ERLÖSVERWENDUNG

Der Nettoerlös aus der Begebung von Wertpapieren, die in diesem Dokument dargestellt werden, wird von der Emittentin für ihre allgemeinen Unternehmenszwecke verwendet. Ein erheblicher Teil des Erlöses aus der Ausgabe bestimmter Schuldverschreibungen kann für die Absicherung gegen Marktrisiken, die im Hinblick auf diese Schuldverschreibungen bestehen, verwendet werden. Sofern die Erlöse aus einer bestimmten Emission zu einem besonderen Zweck verwendet werden, wird dies in den geltenden Endgültigen Bedingungen angegeben.

VI. INFORMATIONEN ZU DEN WERTPAPIEREN

A. WIRTSCHAFTLICHE BESCHREIBUNG

Die in diesem Abschnitt enthaltenen Informationen stellen eine allgemeine Beschreibung der Wertpapiere dar. Eine genauere Erklärung enthalten die Abschnitte „Produktbedingungen“ und „Allgemeine Emissionsbedingungen“ dieses Prospekts, die die rechtsverbindlichen Bedingungen der Wertpapiere bilden und der Globalurkunde beigefügt sind. Potenzielle Anleger sollten die „Produktbedingungen“ und „Allgemeinen Emissionsbedingungen“ sorgfältig gelesen und verstanden haben, bevor sie in Bezug auf die Wertpapiere eine Anlageentscheidung treffen. Die Produktbedingungen enthalten u.a. Angaben zu folgenden Punkten:

- *wie und wann der Stand bzw. Wert eines Bezugsobjekts bzw. dessen Bestandteile zum Zweck der Bewertung der Wertpapiere bestimmt wird; und*
- *wie der bei Fälligkeit zu zahlende Barausgleichsbetrag bzw. die zu liefernden festgelegten Vermögensgegenstände bestimmt werden (und, unter anderem, ob ein Multiplikator Anwendung findet).*

Ausführlichere Definitionen der in dieser Wirtschaftlichen Beschreibung verwendeten definierten Begriffe enthalten die „Produktbedingungen“ dieses Dokuments.

An ein einzelnes Bezugsobjekt gebundene WAVE XXL Knock-Out-Optionsscheine in mehreren Serien

- a. Die Emittentin kann im Rahmen ihres X-markets-Programms Wertpapiere begeben, die sich auf Aktien und/oder Indizes und/oder American Depositary Receipts (ADR) und/oder Global Depositary Receipts (GDR) und/oder Genussscheine nach Schweizer Recht und/oder Andere Wertpapiere und/oder Fondsanteile und/oder Waren und/oder Devisenkurse und/oder Futures beziehen.

Die Emittentin hat beschlossen, je Serie eine bestimmte Anzahl von WAVE XXL Knock-Out-Optionsscheinen bezogen auf Devisenkurse zu den in diesem Dokument beschriebenen Produktbedingungen und den in diesem Dokument beschriebenen allgemeinen Emissionsbedingungen (zusammen mit den Produktbedingungen die Bedingungen genannt) zu begeben. Verweise auf den Begriff Bezugsobjekt (bzw. Bezugsobjekte) sind als Verweise auf die Devisenkurse zu verstehen.

- b. Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Call“, gelten folgende drei Absätze:

Sofern kein Barrier-Ereignis (wie nachstehend definiert) eintritt, sind Anleger in die Wertpapiere bei deren Ausübung wirtschaftlich in einer ähnlichen Position wie Inhaber einer Option, die zum Kauf des Bezugsobjekts am Bewertungstag nach dem jeweiligen Ausübungstag zum Basispreis berechtigt.

Wenn der Schlussreferenzstand, d.h. der Wert des Bezugsobjekts am Bewertungstag, über dem Basispreis liegt, erhalten Anleger einen Barausgleichsbetrag, der eine überproportionale Partizipation in dem Umfang darstellt, in dem der Schlussreferenzstand über den Wert des Bezugsobjekts zum oder um den Zeitpunkt der Ausgabe der Wertpapiere (jedoch unter Berücksichtigung anfallender Finanzierungskosten) gestiegen ist. Der Barausgleichsbetrag spiegelt das Produkt aus dem Betrag, um den der Schlussreferenzstand den Basispreis übersteigt, und dem Multiplikator, wider.

Ist der Schlussreferenzstand niedriger als der Basispreis bzw. entspricht er diesem, erhalten Anleger den festgelegten Mindestbetrag.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Put“, gelten folgende drei Absätze:

Sofern kein Barrier-Ereignis (wie nachstehend definiert) eintritt, sind Anleger in die Wertpapiere bei deren Ausübung wirtschaftlich in einer ähnlichen Position wie Inhaber einer Option, die zum Verkauf des Bezugsobjekts am Bewertungstag nach dem jeweiligen Ausübungstag zum Basispreis berechtigt.

Wenn der Schlussreferenzstand, d.h. der Wert des Bezugsobjekts am Bewertungstag, unter dem Basispreis liegt, erhalten Anleger einen Barausgleichsbetrag, der eine überproportionale Partizipation in dem Umfang darstellt, in dem der Schlussreferenzstand unter den Wert des Bezugsobjekts zum oder um den Zeitpunkt der Ausgabe der Wertpapiere (jedoch unter Berücksichtigung anfallender Finanzierungskosten) gesunken ist. Der Barausgleichsbetrag spiegelt das Produkt aus dem Betrag, um den der Schlussreferenzstand den Basispreis unterschreitet und dem Multiplikator, wider.

Ist der Schlussreferenzstand höher als der Basispreis bzw. entspricht er diesem, erhalten Anleger den festgelegten Mindestbetrag.

- c. Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Call“, gelten folgende vier Absätze:

Wenn der Barrier-Bestimmungsstand, d.h. der Wert des Bezugsobjekts, während der Barrier-Bestimmungsperiode niedriger ist als der Barrier-Betrag in Bezug auf diesen Tag bzw. diesem entspricht (wobei ein solches Ereignis als „Barrier-Ereignis“ bezeichnet wird), werden die Wertpapiere durch Zahlung des Barausgleichsbetrags getilgt, der den Betrag widerspiegelt, um den der Stop Loss-Referenzstand, d.h. der Wert des Bezugsobjekts zu einem von der Emittentin nach billigem Ermessen

bestimmten Zeitpunkt während des Stop Loss-Referenzstand-Bewertungszeitraums, d.h. während eines festgelegten Zeitraums ab Eintritt des Barrier-Ereignisses, über dem Basispreis liegt, multipliziert mit dem Multiplikator. Ist der Stop Loss-Referenzstand niedriger als der Basispreis oder entspricht er diesem, verfallen die Wertpapiere, und kein Barausgleichsbetrag oder sonstiger Betrag wird gezahlt.

Für die Wertpapiere ist kein fester Fälligkeitstermin vorgesehen, so dass der Basispreis, der vorstehend für den Ausgabebetrag aufgeführt ist, fortlaufend angepasst wird, und an jedem Tag der Summe aus dem am unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabebetrag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag am Ausgabebetrag geltenden Basispreis und den Finanzierungskosten für diesen Tag entspricht. Die Finanzierungskosten werden auf Grundlage des am unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabebetrag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag am Ausgabebetrag geltenden Basispreises berechnet. Die Basispreis-Anpassungstage sind bei Emission der Wertpapiere feststehende, sich in regelmäßigen Abständen wiederholende Geschäftstage .

Neben der Anpassung des Basispreises wird der Barrier-Betrag, der für den Ausgabebetrag festgelegt ist, nachfolgend fortlaufend am Ende eines Basispreis-Anpassungstags auf einen Betrag angepasst, der die Summe aus dem an diesem Basispreis-Anpassungstag geltenden Basispreis und dem an diesem Tag geltenden Barrier-Betrag-Anpassungsbetrag widerspiegelt.

Der Barrier-Betrag-Anpassungsbetrag spiegelt das Produkt aus dem an dem jeweiligen Basispreis-Anpassungstag geltenden Barrier-Betrag-Anpassungssatz und dem Basispreis an diesem Tag wider. Der Barrier-Betrag-Anpassungssatz ist ein von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen unter Berücksichtigung von ihr als angemessen erachteter Faktoren bestimmter Prozentsatz, durch den eine gleich hohe Wahrscheinlichkeit, wie am Ausgabebetrag angestrebt wird, dass der Barausgleichsbetrag bei Eintritt eines Barrier-Ereignisses null beträgt. Hierbei kann die Emittentin Faktoren wie die Volatilität und/oder Liquidität des Bezugsobjekts berücksichtigen. Voraussichtlich erhöht ein Anstieg der Volatilität und/oder ein Rückgang der Liquidität des Bezugsobjekts die Wahrscheinlichkeit, dass der Barausgleichsbetrag im Fall eines Barrier-Ereignisses null ist.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Put“, gelten folgende fünf Absätze:

Wenn der Barrier-Bestimmungsstand, d.h. der Wert des Bezugsobjekts, während der Barrier-Bestimmungsperiode höher ist als der Barrier-Betrag in Bezug auf diesen Tag bzw. diesem entspricht (wobei ein solches Ereignis als „Barrier-Ereignis“ bezeichnet wird), werden die Wertpapiere durch Zahlung des Barausgleichsbetrags getilgt, der den Betrag widerspiegelt, um den der Stop Loss-Referenzstand, d.h. der Wert des Bezugsobjekts zu einem von der Emittentin nach billigem Ermessen bestimmten Zeitpunkt während des Stop Loss-Referenzstand-Bewertungszeitraums, d.h. während eines festgelegten Zeitraums ab Eintritt des Barrier-Ereignisses, über dem Basispreis liegt, multipliziert mit dem Multiplikator. Ist der Stop Loss-Referenzstand höher als der Basispreis oder entspricht er diesem, verfallen die Wertpapiere, und kein Barausgleichsbetrag oder sonstiger Betrag wird gezahlt.

Für die Wertpapiere ist kein fester Fälligkeitstermin vorgesehen, so dass der Basispreis, der vorstehend für den Ausgabebetrag aufgeführt ist, fortlaufend angepasst wird, und an jedem Tag der Summe aus dem am unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabebetrag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag am Ausgabebetrag geltenden Basispreise und den Finanzierungskosten für diesen Tag entspricht. Die Finanzierungskosten werden auf Grundlage des am unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabebetrag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag am Ausgabebetrag geltenden Basispreises berechnet. Die Basispreis-Anpassungstage sind bei Emission der Wertpapiere feststehende sich in regelmäßigen Abständen wiederholende Geschäftstage.

Neben der Anpassung des Basispreises wird der Barrier-Betrag, der für den Ausgabebetrag festgelegt ist, nachfolgend fortlaufend am Ende eines Basispreis-Anpassungstags auf einen Betrag angepasst, der den Basispreis an diesem Basispreis-Anpassungstag abzüglich des an diesem Tag geltenden Barrier-Betrag-Anpassungsbetrags widerspiegelt.

Der Barrier-Betrag-Anpassungsbetrag spiegelt das Produkt aus dem an dem jeweiligen Basispreis-Anpassungstag geltenden Barrier-Betrag-Anpassungssatz und dem Basispreis an diesem Tag wider. Der Barrier-Betrag-Anpassungssatz ist ein von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen unter Berücksichtigung von ihr als angemessen erachteter Faktoren bestimmter Prozentsatz, durch den eine gleich hohe Wahrscheinlichkeit, wie am Ausgabebetrag angestrebt wird, dass der Barausgleichsbetrag bei Eintritt eines Barrier-Ereignisses null beträgt. Hierbei kann die Emittentin Faktoren wie die Volatilität und/oder Liquidität des Bezugsobjekts berücksichtigen. Voraussichtlich erhöht ein Anstieg der Volatilität und/oder ein Rückgang der Liquidität des Bezugsobjekts die Wahrscheinlichkeit, dass der Barausgleichsbetrag im Fall eines Barrier-Ereignisses null ist.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Call“, gilt folgender Absatz:

Sofern kein Barrier-Ereignis eingetreten ist erhalten Anleger bei Fälligkeit einen Barausgleichsbetrag, der eine überproportionale Partizipation in dem Umfang darstellt, in dem der Schlussreferenzstand über den Wert des Bezugsobjekts zum oder um den Zeitpunkt der Ausgabe der Wertpapiere (jedoch unter Berücksichtigung anfallender Finanzierungskosten) gestiegen ist. Der Barausgleichsbetrag entspricht dem Produkt aus der Differenz zwischen Schlussreferenzstand und Basispreis und dem Multiplikator. Ist der Schlussreferenzstand niedriger als der Basispreis bzw. entspricht er diesem, wird der festgelegte Mindestbetrag gezahlt.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Put“, gilt folgender Absatz:

Sofern kein Barrier-Ereignis eingetreten ist erhalten Anleger bei Fälligkeit einen Barausgleichsbetrag, der eine überproportionale Partizipation in dem Umfang darstellt, in dem der Schlussreferenzstand unter den Wert des Bezugsobjekts zum oder um den Zeitpunkt der Ausgabe der Wertpapiere (jedoch unter Berücksichtigung anfallender Finanzierungskosten) gesunken ist. Der Barausgleichsbetrag entspricht dem Produkt aus der Differenz zwischen Basispreis und Schlussreferenzstand und dem Multiplikator. Ist der Schlussreferenzstand höher als der Basispreis bzw. entspricht er diesem, wird der festgelegte Mindestbetrag gezahlt.

Der Barausgleichsbetrag wird zum geltenden Wechselkurs in die Abwicklungswährung umgerechnet.

Zudem hat die Emittentin das Recht, die Wertpapiere während der Kündigungsperiode zu kündigen. In diesem Fall wird der Barausgleichsbetrag auf Basis des Werts des Bezugsobjekts an dem Bewertungstag bestimmt.

Ein weiterer Unterschied zu einer Direktanlage in das Bezugsobjekt liegt darin, dass sich Anleger der Möglichkeit begeben, Dividenden, Zinsen oder ähnliche, in Bezug auf das Bezugsobjekt zahlbare Beträge zu erhalten.

Die Zahlung des Barausgleichsbetrags unterliegt dem Abzug bestimmter Steuern, Abgaben und/oder Kosten.

- d. Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Rendite ihrer Anlage in die Wertpapiere von der Wertentwicklung des Bezugsobjekts abhängt. Anleger, die Wertpapiere am Ausgabebetrag kaufen und diese über die gesamte Laufzeit halten, erzielen daher eine positive Rendite, wenn ein Barausgleichsbetrag gezahlt wird, der den für die Wertpapiere gezahlten Preis übersteigt.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Call“, gelten folgende drei Absätze:

Tritt ein Barrier-Ereignis ein, werden die Wertpapiere durch Zahlung eines Barausgleichsbetrags getilgt, der den Betrag widerspiegelt, um den der Stop Loss-Referenzstand höher ist als der Basispreis, multipliziert mit dem Multiplikator.

Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass der Stop Loss- Referenzstand deutlich unter dem jeweiligen Barrier-Betrag liegen kann. Er spiegelt die Erlöse wider, die die Emittentin in Verbindung mit dem Verkauf ihrer Absicherungspositionen in Bezug auf die Wertpapiere während des Stop Loss-Referenzstand-Bewertungszeitraums erhält. Die Differenz zwischen dem jeweiligen Barrier-Betrag und dem Stop Loss-Referenzstand hängt vorrangig vom Ausmaß einer Abwärts- oder Aufwärtsbewegung des Bezugsobjekts sowie seiner Liquidität und Volatilität zu diesem Zeitpunkt ab. Üblicherweise sinken mit abnehmender Liquidität des Bezugsobjekts die Erlöse und damit auch der Barausgleichsbetrag. Ist der Stop Loss-Referenzstand niedriger als der Basispreis oder entspricht er diesem, wird kein Barausgleichsbetrag gezahlt.

Wenn kein Barrier-Ereignis eintritt, der Schlussreferenzstand aber kleiner oder gleich dem Basispreis ist, entsteht Anlegern, die die Wertpapiere am Ausgabebetrag gekauft haben und diese über die gesamte Laufzeit hinweg halten, ein Verlust, der sich nahezu auf ihre gesamte Anlage erstreckt.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Put“, gelten folgende drei Absätze:

Tritt ein Barrier-Ereignis ein, werden die Wertpapiere durch Zahlung eines Barausgleichsbetrags getilgt, der den Betrag widerspiegelt, um den der Stop Loss-Referenzstand niedriger ist als der Basispreis, multipliziert mit dem Multiplikator.

Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass der Stop Loss-Referenzstand deutlich über dem jeweiligen Barrier-Betrag liegen kann. Er spiegelt die Erlöse wider, die die Emittentin in Verbindung mit dem Verkauf ihrer Absicherungspositionen in Bezug auf die Wertpapiere während des Stop Loss-Referenzstand-Bewertungszeitraums erhält. Die Differenz zwischen dem jeweiligen Barrier-Betrag und dem Stop Loss-Referenzstand hängt vorrangig vom Ausmaß einer Abwärts- oder Aufwärtsbewegung des Bezugsobjekts sowie seiner Liquidität und Volatilität zu diesem Zeitpunkt ab. Üblicherweise sinken mit abnehmender Liquidität des Bezugsobjekts die Erlöse und damit auch der Stop Loss-Referenzstand und der Barausgleichsbetrag. Ist der Stop Loss-Referenzstand höher als der Basispreis oder entspricht er diesem, wird kein Barausgleichsbetrag gezahlt.

Wenn kein Barrier-Ereignis eintritt, der Schlussreferenzstand aber größer oder gleich dem Basispreis ist, entsteht Anlegern, die die Wertpapiere am Ausgabebetrag gekauft haben und diese über die gesamte Laufzeit hinweg halten, ein Verlust, der sich nahezu auf ihre gesamte Anlage erstreckt.

Dementsprechend unterliegt eine Anlage in die Wertpapiere einer Anzahl von Risiken, zu denen, u.a., ein ähnliches Marktrisiko wie eine Direktanlage in das Bezugsobjekt zählt. Anleger sollten sich entsprechend beraten lassen.

Die Wertpapiere garantieren nicht das Recht auf Zahlung eines festgelegten Betrags oder Rückzahlung des Ausgabepreises. Mit Ausnahme der potenziellen Zahlung des Barausgleichsbetrags bei Fälligkeit nach Ausübung oder Eintritt eines Barrier-Ereignisses oder vorzeitiger Kündigung, wenn die Emittentin entscheidet, die Wertpapiere zu kündigen fällt für die Wertpapiere keine Rendite an. Dementsprechend können Anleger nur dann eine positive Rendite auf ihren anfänglichen Anlagebetrag erzielen, wenn der bei Abwicklung erhaltene Barausgleichsbetrag oder aber der Erlös aus dem Verkauf der Wertpapiere am Sekundärmarkt während der Laufzeit den ursprünglich für die Wertpapiere gezahlten Betrag übersteigt.

Anleger erhalten keine periodischen Zahlungen in Bezug auf die Wertpapiere sowie keine von Zeit zu Zeit gezahlten Beträge in Form von Zinsen oder sonstigen Ausschüttungen (z.B. Dividenden), die auf oder in Bezug auf das Bezugsobjekt gezahlt werden, und haben keine Ansprüche gegen den

Emittenten des Bezugsobjekts, in Bezug auf Bestandteile des Bezugsobjekts oder gegen den Emittenten dieser Bestandteile.

e. Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Call“, gelten folgende vier Absätze:

Der Marktwert der Wertpapiere während ihrer Laufzeit hängt vorwiegend von dem Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere ab. Im Allgemeinen gilt: Steigt der Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere bei im Übrigen gleichen Bedingungen, wird der Marktwert der Wertpapiere unter normalen Umständen ebenfalls steigen. Ebenso gilt: Sinkt der Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere bei im Übrigen gleichen Bedingungen, wird der Marktwert der Wertpapiere unter normalen Umständen ebenfalls sinken. Ein Anstieg oder Rückgang des Wertes des Bezugsobjekts hat in der Regel einen überproportional höheren Effekt auf den Marktwert der Wertpapiere.

Der Marktwert der Wertpapiere wird vermutlich auf nahezu null sinken, wenn der Schlussreferenzstand den Markterwartungen zufolge unter dem Basispreis liegen oder diesem entsprechen wird.

Der Marktwert der Wertpapiere wird vermutlich sinken wenn der Basispreis steigt und steigen, wenn der Basispreis sinkt.

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Knock-Out-Optionsscheine des Typs „Put“, gelten folgende vier Absätze:

Der Marktwert der Wertpapiere während ihrer Laufzeit hängt vorwiegend von dem Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere ab. Im Allgemeinen gilt: Sinkt der Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere bei im Übrigen gleichen Bedingungen, wird der Marktwert der Wertpapiere unter normalen Umständen steigen. Ebenso gilt: Steigt der Wert des Bezugsobjekts während der Laufzeit der Wertpapiere bei im Übrigen gleichen Bedingungen, wird der Marktwert der Wertpapiere unter normalen Umständen sinken. Ein Anstieg oder Rückgang des Wertes des Bezugsobjekts hat in der Regel einen überproportional höheren Effekt auf den Marktwert der Wertpapiere.

Der Marktwert der Wertpapiere wird vermutlich auf nahezu null sinken, wenn der Schlussreferenzstand den Markterwartungen zufolge über dem Basispreis liegen oder diesem entsprechen wird.

Der Marktwert der Wertpapiere wird vermutlich steigen wenn der Basispreis steigt und sinken, wenn der Basispreis sinkt.

Der Marktwert der Wertpapiere wird zudem durch die Verwendung des Multiplikators bei der Berechnung des etwaigen Barausgleichsbetrags beeinflusst.

Darüber hinaus wird der Marktwert der Wertpapiere unter anderem durch Zinssätze, potenzielle Dividenden- oder (etwaige) Zinszahlungen in Bezug auf das Bezugsobjekt, Änderungen in der Methode zur Berechnung des Stands des Bezugsobjekts und Markterwartungen in Bezug auf die zukünftige Wertentwicklung des Bezugsobjekts, seine Zusammensetzung und die Wertpapiere beeinflusst.

Die Referenzwährung zur Bestimmung des Barausgleichsbetrags entspricht nicht der Abwicklungswährung. Dementsprechend beinhaltet eine Anlage in die Wertpapiere Wechselkursrisiken.

Darüber hinaus unterliegen Anleger Wechselkursrisiken, wenn sich die Abwicklungswährung von der Heimatwährung des Anlegers oder der Währung, in der ein Anleger Zahlungen zu erhalten wünscht, unterscheidet.

Der Marktwert der Wertpapiere während ihrer Laufzeit kann auch unter dem Kaufpreis für diese Wertpapiere liegen. Sinkt der Marktwert der Wertpapiere nach dem Erwerb unter den Kaufpreis für diese Wertpapiere, sollten Anleger nicht darauf vertrauen, dass der Marktwert der Wertpapiere während der Restlaufzeit wieder auf oder über den Kaufpreis steigt.

B. BEDINGUNGEN

1. Produktbedingungen

Diese Produktbedingungen beziehen sich auf die Wertpapiere und sind im Zusammenhang mit sowie vorbehaltlich der weiteren in diesem Dokument dargelegten Allgemeinen Emissionsbedingungen zu verstehen. Die Produktbedingungen und die Allgemeinen Emissionsbedingungen bilden zusammen die Bedingungen der Wertpapiere und sind der Globalurkunde, die die Wertpapiere verbrieft, beigelegt.

Produktbedingung 1 – Definitionen

„**Abwicklung**“ ist Barausgleich („**Barausgleich**“).

„**Abwicklungstag**“ ist, in Bezug auf ein Wertpapier, der dritte,

- (a) wenn ein Barrier-Ereignis eingetreten ist, dem entsprechenden Beendigungstag unmittelbar folgende Geschäftstag, oder
- (b) wenn kein Barrier-Ereignis eingetreten ist, dem entsprechenden Bewertungstag unmittelbar folgende Geschäftstag.

„**Abwicklungswährung**“ ist EUR.

„**Ausgabetag**“ ist der 09. März 2011.

„**Ausübungsfrist**“ ist, in Bezug auf jede Serie, der am Valutatag beginnende (und diesen Tag einschließende) Zeitraum.

„**Ausübungsmitteilung**“ ist die in Produktbedingung 3 beschriebene Mitteilung.

„**Ausübungstag**“ ist der auf den 7. Kalendertag folgende Geschäftstag im April eines jeden Jahres innerhalb der Ausübungsfrist.

„**Barausgleichsbetrag**“ ist, in Bezug auf jede Serie und ein Wertpapier, ein von der Berechnungsstelle wie folgt bestimmter Betrag:

1. wenn nach Feststellung der Berechnungsstelle der Barrier-Bestimmungsstand während der Barrier-Bestimmungsperiode

Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Call“:

kleiner oder gleich dem Barrier-Betrag gewesen ist

Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Put“:

größer oder gleich dem Barrier-Betrag gewesen ist;

(ein solches Ereignis wird nachfolgend als „**Barrier-Ereignis**“ bezeichnet),

Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Call“:

$(\text{Stop Loss - Referenzstand} - \text{Basispreis}) \times \text{Multiplikator}$

Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Put“:

$(\text{Basispreis} - \text{Stop Loss - Referenzstand}) \times \text{Multiplikator};$

2. ansonsten:

Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Call“:

$(\text{Schlussreferenzstand} - \text{Basispreis}) \times \text{Multiplikator}$

Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Put“:

$(\text{Basispreis} - \text{Schlussreferenzstand}) \times \text{Multiplikator}.$

wobei der Barausgleichsbetrag nicht weniger als der Mindestbetrag beträgt.

Übt die Emittentin ihr Kündigungsrecht aus, hat jeder Gläubiger gegenüber der Emittentin Anspruch auf Zahlung des Barausgleichsbetrags abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen zur Wertstellung bis spätestens am Abwicklungstag.

Der Barausgleichsbetrag wird zum Wechselkurs an dem Bewertungstag oder, wenn dieser Tag kein Geschäftstag ist, dem unmittelbar folgenden Tag, der ein Geschäftstag ist, in die Abwicklungswährung umgerechnet. Der Barausgleichsbetrag wird auf zwei Dezimalstellen in der Abwicklungswährung gerundet, wobei 0,005 abgerundet wird.

„**Barrier-Bestimmungsperiode**“ ist der Zeitraum ab einschließlich 09. März 2011 (08:00 Uhr, Ortszeit Frankfurt am Main) bis einschließlich zum maßgeblichen Zeitpunkt für die Festlegung des

Schlussreferenzstandes am letzten eingetretenen Bewertungstag, wie in der Definition zu „Referenzstand“ angegeben.

„**Barrier-Bestimmungsstand**“ ist, zu jedem Zeitpunkt an einem Barrier-Bestimmungstag, ein Betrag, der dem von Reuterssystem auf der Seite „EUR=EBS“ veröffentlichten Preis oder Stand des Bezugsobjekts zur betreffenden Zeit an diesem Tag entspricht, wie von der Berechnungsstelle festgestellt. Ist eine Marktstörung eingetreten, die zu diesem Zeitpunkt an dem betreffenden Tag noch andauert, so wird für diesen Zeitpunkt kein Barrier-Bestimmungsstand berechnet.

„**Barrier-Bestimmungstag**“ ist jeder Handelstag während der Barrier-Bestimmungsperiode.

„**Barrier-Betrag**“ ist, in Bezug auf jede Serie und vorbehaltlich eventueller Anpassungen gemäß Produktbedingung 4,

- während des Zeitraums vom Ausgabetag (einschließlich desselben) bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag (einschließlich desselben): der jeweils in der Spalte „Barrier-Betrag“ in der Definition „Wertpapiere“ angegebene Betrag,
- an jedem darauffolgenden Tag: ein an dem diesem Tag unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag von der Berechnungsstelle wie folgt bestimmter Betrag in Höhe

Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Call“:

der Summe a) und b), wobei

- a) der an diesem Basispreis-Anpassungstag festgelegte Basispreis und
- b) der Barrier-Betrag-Anpassungsbetrag ist,

unter Rundung wie jeweils unter „Rundung Barrier-Betrag“ in der Definition „Wertpapiere“ festgelegt.

Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Put“:

der Differenz aus a) minus b), wobei

- a) der an diesem Basispreis-Anpassungstag festgelegte Basispreis und
- b) der Barrier-Betrag-Anpassungsbetrag ist,

unter Rundung wie jeweils unter „Rundung Barrier-Betrag“ in der Definition „Wertpapiere“ festgelegt.

Die Emittentin wird den jeweils an einem auf den Ausgabetag folgenden Basispreis-Anpassungstag festgelegten Barrier-Betrag so bald wie praktikabel auf der Internetseite www.x-markets.db.com bei den Angaben für das Wertpapier, sowie, nach dem Basispreis-Anpassungstag, gemäß Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen veröffentlichen.

„**Barrier-Betrag-Anpassungsbetrag**“ ist, in Bezug auf den jeweiligen Basispreis-Anpassungstag, das Produkt aus

- 1) dem Barrier-Betrag-Anpassungssatz und
- 2) dem Basispreis an diesem Basispreis-Anpassungstag.

Der Barrier-Betrag-Anpassungsbetrag beträgt nicht weniger als 0,5% und nicht mehr als 20% des jeweiligen Basispreises.

„**Barrier-Betrag-Anpassungssatz**“ ist

- am Ausgabetag: der jeweils in der Spalte „Barrier-Betrag-Anpassungssatz“ in der Definition „Wertpapiere“ angegebene Prozentsatz,
- in Bezug auf den jeweiligen Basispreis-Anpassungstag: ein an diesem Tag von der Berechnungsstelle nach ihrem billigem Ermessen unter Berücksichtigung von ihr als angemessen erachteter Faktoren bestimmter Prozentsatz, durch den eine gleich hohe Wahrscheinlichkeit wie am Ausgabetag angestrebt

werden soll, dass der Barausgleichsbetrag bei Eintritt eines Barrier-Ereignisses null beträgt. Hierbei kann die Emittentin Faktoren wie die Volatilität und/oder Liquidität des Bezugsobjekts berücksichtigen.

„**Basispreis**“ ist, in Bezug auf jede Serie,

- am Ausgabetag: der jeweils in der Spalte „Basispreis“ in der Definition „Wertpapiere“ angegebene Betrag,
- an jedem darauffolgenden Tag: zu jeder Zeit, die Summe aus
 - (a) dem am jeweils unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag festgelegten Basispreis, bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabetag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag dem Basispreis am Ausgabetag und
 - (b) den Finanzierungskosten.

Der an jedem auf den Ausgabetag folgenden Basispreis-Anpassungstag festgelegte Basispreis wird von der Emittentin so bald wie praktikabel auf der Internetseite www.x-markets.db.com bei den Angaben für das Wertpapier, sowie nach dem Basispreis-Anpassungstag gemäß Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen veröffentlicht.

„**Basispreis-Anpassungstag**“ ist der fünfzehnte Tag eines jeden Monats oder, wenn einer dieser Tage kein Geschäftstag ist, der nächstfolgende Geschäftstag.

„**Beendigungstag**“ ist, in Bezug auf jede Serie, der früheste der folgenden Zeitpunkte:

1. wenn ein Barrier-Ereignis eingetreten ist, der letzte Tag des Stop Loss – Referenzstand – Bewertungszeitraums; ansonsten:
2. wenn der Gläubiger gemäß Produktbedingung 3 das Wertpapier ausgeübt hat, oder das Wertpapier als ausgeübt gilt, der entsprechende Ausübungstag,
3. wenn die Emittentin das Wertpapier gemäß Produktbedingung 3 gekündigt hat, der entsprechende Tilgungstag,

wie jeweils von der Berechnungsstelle bestimmt;

„**Berechnungsstelle**“ ist, vorbehaltlich der Bestimmungen in Ziffer 5 der Allgemeinen Emissionsbedingungen, die Emittentin.

„**Bewertungstag**“ ist, wenn kein Barrier-Ereignis eingetreten ist, der entsprechende Beendigungstag oder, falls dieser Tag kein Handelstag ist, der nächstfolgende Handelstag, wenn nicht nach Auffassung der Berechnungsstelle an diesem Tag eine Marktstörung vorliegt. Liegt an diesem Tag eine Marktstörung vor, ist der Bewertungstag der nächstfolgende Handelstag, an dem keine Marktstörung mehr vorliegt. Ist der nächstfolgende Handelstag ohne Marktstörung nicht bis zum achten Handelstag eingetreten, der auf den Tag, der ohne das Vorliegen einer Marktstörung ursprünglich der Bewertungstag gewesen wäre, unmittelbar folgt, dann (A) gilt dieser achte Handelstag ungeachtet des Vorliegens einer Marktstörung als Bewertungstag und (B) bestimmt die Berechnungsstelle den Referenzstand für den Bewertungstag, indem sie den Preis oder Stand, den das Bezugsobjekt an diesem achten Handelstag ohne das Vorliegen einer Marktstörung gehabt hätte, unter Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Marktbedingungen, des zuletzt gemeldeten, veröffentlichten oder notierten des Bezugsobjekts sowie weiterer ihrer Ansicht nach maßgeblicher Faktoren bestimmt.

„**Bezugsobjekt**“ ist, in Bezug auf jede Serie, der Vermögensgegenstand, wie unter „Bezeichnung des Bezugsobjekts“ in der Definition „Wertpapiere“ angegeben.

„**Clearingstelle**“ ist die Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, und die bzw. das von der Emittentin akzeptierte(n) und den Gläubigern gemäß Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen bekannt gegebene(n) zusätzliche(n) oder andere(n) Clearingstelle(n) oder Clearingsystem(e) (jeweils eine „**Clearingstelle**“ und zusammen die „**Clearingstellen**“, wobei dieser Begriff einen Unterverwahrer einschließt, der die Globalurkunde für die Clearingstelle verwahrt).

„**Emittentin**“ ist die Deutsche Bank AG.

„**Finanzierungskosten**“ sind in Bezug auf jeden Tag, das Produkt aus

Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Call“:

1. der Summe aus dem Referenzzinssatz und dem Zinsbereinigungsfaktor
2. dem am diesem Tag jeweils unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag festgelegten Basispreis bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabetag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag dem Basispreis am Ausgabetag,
3. der Anzahl der Kalendertage von dem diesem Tag unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabetag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag vom Ausgabetag (ausschließlich desselben) bis zu diesem Tag (einschließlich desselben), dividiert durch 365;

Im Fall von Optionsscheinen des Typs „Put“:

1. der Differenz aus dem Referenzzinssatz und dem Zinsbereinigungsfaktor,
2. dem am diesem Tag jeweils unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag festgelegten Basispreis bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabetag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag dem Basispreis am Ausgabetag,
3. der Anzahl der Kalendertage von dem diesem Tag unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabetag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag vom Ausgabetag (ausschließlich desselben) bis zu diesem Tag (einschließlich desselben), dividiert durch 365.

„**Ganzzahliger Ausübungsbetrag**“ ist ein Wertpapier.

„**Geschäftstag**“ ist ein Tag (außer Samstag und Sonntag), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in Frankfurt am Main Zahlungen abwickeln und für den Geschäftsverkehr (einschließlich Handel mit Devisen und Fremdwährungseinlagen) geöffnet sind und an dem jede Clearingstelle für den Geschäftsverkehr geöffnet ist, sowie, für Zwecke des Zahlungsverkehrs in Euro, ein Tag, an dem das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2)-System in Betrieb ist.

„**Gläubigerauslagen**“ sind sämtliche in Bezug auf ein Wertpapier anfallenden Steuern, Abgaben und/oder Kosten, einschließlich gegebenenfalls anfallender Depotgebühren, Transaktions- oder Ausübungskosten, Stempelsteuern, Wertpapierumsatzsteuer, Emissions-, Zulassungs-, Verkehrs- und/oder sonstiger Steuern oder Abgaben in Verbindung mit (i) der Ausübung des jeweiligen Wertpapiers und/oder (ii) einer Zahlung, die bei der Ausübung oder anderweitig bezüglich dieses Wertpapiers fällig wird.

„**Globalurkunde**“ hat die in Produktbedingung 2 angegebene Bedeutung.

„**Handelstag**“ ist

- ein Tag an dem Geschäftsbanken oder Devisenmärkte in Sydney, Tokio, Frankfurt am Main, London oder New York Zahlungen abwickeln und für den Geschäftsverkehr (einschließlich Handel mit Devisen und Fremdwährungseinlagen) geöffnet sind.

„**Kündigungsmittelung**“ hat, in Bezug auf jede Serie, die in Produktbedingung 3 angegebene Bedeutung.

„**Kündigungsperiode**“ ist, in Bezug auf jede Serie, der am Ausgabetag beginnende und diesen Tag einschließende Zeitraum.

„**Marktstörung**“ ist jedes Ereignis, das in Produktbedingung 4 als Marktstörung bezeichnet ist.

„**Mindestausübungsbetrag**“ ist, in Bezug auf jede Serie, ein Wertpapier.

„**Mindestbetrag**“ ist in Bezug auf jede Serie und ein Wertpapier EUR 0,001.

„**Multiplikator**“ ist, in Bezug auf jede Serie, die jeweils in der Spalte „Multiplikator“ in der Definition „Wertpapiere“ angegebene Zahl, vorbehaltlich eventueller Anpassungen gemäß Produktbedingung 4.

„**Referenzstand**“ ist, in Bezug auf einen Tag und jede Serie, vorbehaltlich eventueller Anpassungen gemäß Produktbedingung 4, ein (als Geldgegenwert in der Referenzwährung zu betrachtender) Betrag in Höhe einer Zahl, die wie in der Definition „Bezugsobjekt“ angegeben, zu bestimmen ist; wobei „Devisenkurs“ dem von der Referenzstelle an diesem Tag um 14:15 Uhr, Ortszeit Frankfurt am Main (oder zu einem von der Berechnungsstelle als praktikabel bestimmten Zeitpunkt in möglichst großer zeitlicher Nähe dazu) veröffentlichten Umrechnungskurs zwischen der ersten und zweiten Währung entspricht, die für den betreffenden Umrechnungskurs in der Definition „Bezugsobjekt“ aufgeführt sind (angegeben als Anzahl von Einheiten, oder Bruchteilen von Einheiten, der zweiten Währung, die den Gegenwert einer Einheit der ersten Währung darstellen), wie jeweils von der Berechnungsstelle auf die in der Spalte „Bestimmung des Referenzstandes“ unter der Definition „Wertpapiere“ beschriebenen Art und Weise festgestellt.

„**Referenzstelle**“ ist bzw. sind, in Bezug auf jede Serie, die jeweils unter „Referenzstelle“ in der Definition „Wertpapiere“ angegebene(n) Referenzstelle(n) oder jeder für die Berechnungsstelle akzeptable Nachfolger einer solchen Referenzstelle, wie jeweils von der Berechnungsstelle festgelegt.

„**Referenzwährung**“ ist, in Bezug auf jede Serie, die jeweils in der Spalte „Referenzwährung“ in der Definition „Wertpapiere“ angegebene Währung, vorbehaltlich eventueller Anpassungen gemäß Produktbedingung 4.

„**Referenzzinssatz**“ ist, an jedem Tag der an dem diesem Tag unmittelbar vorangegangenen Basispreis-Anpassungstag veröffentlichte Zinssatz, wie jeweils unter „Referenzzinssatz“ in der Definition „Wertpapiere“ festgelegt bzw. für einen Tag während des Zeitraums vom Ausgabetag bis zum ersten Basispreis-Anpassungstag der am Ausgabetag veröffentlichte Zinssatz.

„**Schlussreferenzstand**“ ist, vorbehaltlich eventueller Anpassungen gemäß Produktbedingung 4 und der Bestimmungen in der Definition „Bewertungstag“, ein Betrag in Höhe des von der Berechnungsstelle festgestellten Referenzstandes am Bewertungstag, ungeachtet später veröffentlichter Korrekturen.

„**Stop Loss – Referenzstand**“ ist, vorbehaltlich eventueller Anpassungen gemäß Produktbedingung 4, ein (als Geldgegenwert in der Referenzwährung zu betrachtender) Betrag, der von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen auf der Grundlage des aus der Auflösung von Absicherungsgeschäften erzielten Erlöses als der marktgerechte Stand des Bezugsobjekts innerhalb des Stop Loss – Referenzstand – Bewertungszeitraums bestimmt wird;

„**Stop Loss – Referenzstand – Bewertungszeitraum**“ ist der Zeitraum ab Eintritt des Barrier-Ereignisses bis maximal drei Stunden danach, wobei dieser Zeitraum im Fall einer Marktstörung innerhalb dieses Zeitraums um die Dauer der Marktstörung verlängert wird. Würde der Stop-Loss-Referenzstand-Bewertungszeitraum nach dem offiziellen Handels-Schluss an der Barrier-Referenzstelle enden, wird der Stop-Loss Referenzstand-Bewertungszeitraum bis zum nächstfolgenden Handelstag an dieser Barrier-Referenzstelle um einen Zeitraum verlängert, der dem Zeitraum entspricht, der andernfalls nach diesem offiziellen Schluss gelegen hätte.

„**Tilgungstag**“ ist der von der Emittentin in der Kündigungsmittelteilung angegebene Tag innerhalb der Kündigungsperiode, wobei dieser Tag nicht weniger als 4 Wochen nach dem Tag, an dem diese Kündigungsmittelteilung gemäß Ziffer 4.2 der Allgemeinen Emissionsbedingungen als abgegeben gilt und der nicht mit eingerechnet wird, liegen darf, und unter der weiteren Voraussetzung, dass, wenn dieser Tag kein Geschäftstag ist, Tilgungstag der unmittelbar folgende Geschäftstag ist.

„**Typ**“ ist, in Bezug auf jede Serie, entweder „Call“ oder „Put“, wie jeweils in der Spalte „Typ“ in der Definition „Wertpapiere“ angegeben.

„**Valutatag**“ ist der 11. März 2011.

„**Verbundenes Unternehmen**“ ist ein Rechtsträger, der unter direkter oder indirekter Kontrolle der Emittentin steht, die Emittentin direkt oder indirekt kontrolliert oder mit der Emittentin unter gemeinsamer Kontrolle steht. Kriterium für die Auslegung der Begriffe „**Kontrolle**“ und „**kontrollieren**“ ist eine Stimmrechtsmehrheit bei dem Rechtsträger oder der Emittentin.

„**Wechselkurs**“ ist, in Bezug auf jede Serie und das Bezugsobjekt sowie einen Tag, der an diesem Tag zu dem in der Definition „Zeitpunkt der Wechselkursbestimmung“ angegebenen Zeitpunkt (oder zu einem von der Berechnungsstelle als praktikabel bestimmten Zeitpunkt in möglichst großer zeitlicher Nähe dazu) geltende Wechselkurs zwischen der Referenzwährung und der Abwicklungswährung (angegeben als Anzahl von Einheiten, oder Bruchteilen von Einheiten, der Referenzwährung, die den Gegenwert einer Einheit der Abwicklungswährung darstellen), der von der Berechnungsstelle nach Maßgabe von Quellen bestimmt wird, welche die Berechnungsstelle zu diesem Zeitpunkt nach billigem Ermessen für geeignet hält.

„**Wertpapiere**“ sind, in Bezug auf jede Serie von WAVEs XXL Knock-Out-Optionsscheinen (jeweils eine „**Serie**“, identifiziert durch die ISIN) und wie in nachstehender Tabelle beschrieben, die Anzahl (das „**Emissionsvolumen**“) der auf ein Bezugsobjekt bezogenen und durch eine eigene Globalurkunde verbrieften WAVEs XXL Knock-Out-Optionsscheine, jeweils ein „**Wertpapier**“. Die Allgemeinen Emissionsbedingungen gelten für jede Serie gesondert, und Verweise auf „Wertpapiere“ und damit im Zusammenhang stehende Begriffe in den Allgemeinen Emissionsbedingungen sind als Verweise auf die jeweilige Serie zu verstehen.

WKN ISIN	Typ	Basispreis	Barrier- Betrag	Barrier- Betrag- Anpass- ungssatz	Zins- bereini- gungs- faktor	Multiplikator	Bestimmung des Referenzstandes
-------------	-----	------------	--------------------	--	---------------------------------------	---------------	--------------------------------

Art des Bezugsobjekts:	Devisenkurse
Bezugsobjekt:	Umrechnungskurs EUR/USD
Referenzwährung:	USD
Referenzstelle:	Bildschirmseite „OPTREF“ im Reuters Monitor Service-System
Referenzzinssatz:	Ist das von der Berechnungsstelle am Basispreis-Anpassungstag ermittelte Ergebnis von a) USD-Zinssatz minus b) EUR-Zinssatz. Der USD-Zinssatz und der EUR-Zinssatz sind die an diesem Tag von Reuters Monitor Services („Reuters-System“) oder dem Nachfolgesystem jeweils auf den Bildschirmseiten „FEDFUNDS1“ und „EONIA=“ oder deren Nachfolgeseiten veröffentlichten Zinssätze, wie sie von der Berechnungsstelle festgestellt werden.
Emissionsvolumen:	Je Serie 100.000.000 Wertpapiere
Rundung Barrier-Betrag:	Unter Rundung auf ganze 0,001 Einheiten, wobei im Fall von Optionsscheinen des Typs Call auf- und im Fall von Optionsscheinen des Typs Put abgerundet wird.

DE5HSG DE000DE5HSG3	Call	1,3366 USD	1,35 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSH DE000DE5HSH1	Call	1,3416 USD	1,355 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSJ DE000DE5HSJ7	Call	1,3465 USD	1,36 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSK DE000DE5HSK5	Call	1,3515 USD	1,365 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSL DE000DE5HSL3	Call	1,3564 USD	1,37 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSM DE000DE5HSM1	Call	1,3614 USD	1,375 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSN DE000DE5HSN9	Call	1,3663 USD	1,38 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSP DE000DE5HSP4	Call	1,3713 USD	1,385 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSQ DE000DE5HSQ2	Call	1,3762 USD	1,39 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSR DE000DE5HSR0	Put	1,4343 USD	1,42 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle

WKN ISIN	Typ	Basispreis	Barrier- Betrag	Barrier- Betrag- Anpass- ungssatz	Zins- bereini- gungs- faktor	Multiplikator	Bestimmung des Referenzstandes
DE5HSS DE000DE5HSS8	Put	1,4747 USD	1,46 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HST DE000DE5HST6	Put	1,5152 USD	1,50 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSU DE000DE5HSU4	Put	1,5657 USD	1,55 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle
DE5HSV DE000DE5HSV2	Put	1,6162 USD	1,60 USD	1%	3%	100	Durchschnittspreis an der Referenzstelle

„**Zahl- und Verwaltungsstelle**“ ist, vorbehaltlich der Bestimmungen in Ziffer 5 der Allgemeinen Emissionsbedingungen, die Deutsche Bank AG, handelnd durch ihre Hauptniederlassung in Frankfurt am Main (die „**Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle**“) und durch ihre Londoner Zweigniederlassung, (jeweils eine „**Zahl- und Verwaltungsstelle**“, zusammen die „**Zahl- und Verwaltungsstellen**“).

„**Zeitpunkt der Wechselkursbestimmung**“ ist, in Bezug auf das Bezugsobjekt und einen Tag, 14:15 Uhr, Ortszeit Frankfurt am Main.

„**Zinsbereinigungsfaktor**“ ist in Bezug auf jede Serie, wie jeweils in der Spalte „Zinsbereinigungsfaktor“ in der Definition „Wertpapiere“ angegeben.

Begriffe, die in diesen Produktbedingungen nicht definiert sind, haben die ihnen in den Allgemeinen Emissionsbedingungen zugewiesene Bedeutung.

Produktbedingung 2 – Form

Die Wertpapiere werden durch eine Globalurkunde verbrieft (die „**Globalurkunde**“), die, wenn sie bei einer Clearingstelle in Deutschland verwahrt wird, entsprechend dem deutschen Recht auf den Inhaber lautet. Die Globalurkunde wurde bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße. 1, 60487 Frankfurt am Main, Deutschland, hinterlegt. Es werden keine effektiven Stücke ausgegeben.

Die Wertpapiere sind nach dem jeweils anwendbaren Recht und gegebenenfalls den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearingstelle übertragbar, in deren Unterlagen die Übertragung vermerkt wird.

Der Begriff „**Gläubiger**“ und ähnliche Begriffe sind so zu verstehen, dass sie sich auf die nach deutschem Recht als Eigentümer der Wertpapiere anerkannten Personen beziehen.

Produktbedingung 3 – Ansprüche und Verfahren

3. Ausübungsrechte, Ausübungsverfahren und Kündigung

3.1. Ausübung und Kündigung

Die Wertpapiere können nach Maßgabe der Bedingungen an jedem Ausübungstag ausgeübt werden. Wertpapiere, für die an einem Tag eine Ausübungsmitteilung erst nach 10.00 Uhr MEZ vorgelegt wird, gelten als am nächstfolgenden Ausübungstag ausgeübt, sofern es einen solchen gibt. Wertpapiere, für die am letzten Ausübungstag bis spätestens 10:00 Uhr MEZ keine Ausübungsmitteilung gemäß Ziffer 3.5 dieser Produktbedingung vorgelegt wurde, gelten automatisch als an diesem Ausübungstag ausgeübt und unterliegen Ziffer 3.2 der Produktbedingungen. Bei Eintritt eines Barrier-Ereignisses gelten die Wertpapiere als an dem Beendigungstag ausgeübt und unterliegen Ziffer 3.2 der Produktbedingungen. Bei Bezugnahme auf „Ausübung“, „ordnungsgemäße Ausübung“ und sonstige damit in Zusammenhang stehende Handlungen unter anderen Begriffen gelten diese für alle Wertpapiere, die gemäß dieser Bestimmung am letzten Ausübungstag automatisch ausgeübt werden, als vorgenommen.

Die Emittentin hat das unbedingte und unwiderrufliche Recht (das „**Kündigungsrecht**“), die Wertpapiere nach Zustellung der Kündigungsmitteilung (wie nachstehend definiert) durch die Emittentin in ihrer Gesamtheit, aber nicht in Teilen, zu tilgen.

„**Kündigungsmitteilung**“ ist die unwiderrufliche Mitteilung der Emittentin an die Gläubiger gemäß Ziffer 4.1 der Allgemeinen Emissionsbedingungen, dass die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht. In dieser Mitteilung ist der Tilgungstag anzugeben.

Vorbehaltlich Ziffer 3.8 dieser Produktbedingung hindert die Ausübung des Kündigungsrechts durch die Emittentin die Gläubiger nicht daran, Wertpapiere an einem Ausübungstag bis ausschließlich dem Tilgungstag auszuüben oder Wertpapiere zu verkaufen oder zu übertragen; ein solcher Verkauf oder eine solche Übertragung ist an jedem Tag bis ausschließlich dem Tilgungstag wirksam. In diesem Fall ist jede Ausübungsmitteilung, die der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle oder in Kopie der Clearingstelle nach 10:00 Uhr MEZ am letzten Ausübungstag vor dem Tilgungstag vorgelegt wurde, unwirksam.

3.2. Abwicklung

Bei ordnungsgemäßer Ausübung hat jeder Gläubiger am Abwicklungstag gegenüber der Emittentin Anspruch:

- 3.2.1. wenn und insoweit Physische Abwicklung vorgesehen ist, auf Lieferung des Bestands der physischen Abwicklung und gegebenenfalls des Ausgleichsbetrags, nach Zahlung im Fall von WAVE XXL Knock-Out-Optionsscheinen des Typs „Call“, des Basispreises und etwaiger Gläubigerauslagen bis einschließlich zum Abwicklungstag; oder
- 3.2.2. wenn und insoweit Barausgleich vorgesehen ist, auf Zahlung des Barausgleichsbetrages abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen.

Übt die Emittentin ihr Kündigungsrecht aus, hat jeder Gläubiger am Abwicklungstag gegenüber der Emittentin Anspruch auf:

- 3.2.3. wenn und insoweit Physische Abwicklung vorgesehen ist, auf Lieferung des Bestands der physischen Abwicklung und gegebenenfalls des Ausgleichsbetrags, nach Zahlung im Fall von WAVE XXL Knock-Out-Optionsscheinen des Typs „Call“, des Basispreises und etwaiger Gläubigerauslagen bis einschließlich zum Abwicklungstag;
- 3.2.4. wenn und insoweit Barausgleich vorgesehen ist, auf Zahlung des Barausgleichsbetrags abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen.

Die Emittentin wird durch Zahlungen und/oder Lieferungen an die jeweilige Clearingstelle oder den von dieser angegebenen Zahlungsempfänger in Höhe des gezahlten Betrags oder gelieferten Bestands von ihren Zahlungs- und/oder Lieferungsverpflichtungen befreit. Die in den Aufzeichnungen der Clearingstelle als Gläubiger einer bestimmten Anzahl von Wertpapieren ausgewiesenen Personen können ihren Anspruch auf die Weiterleitung solcher Zahlungen und/oder Lieferungen, welche die Emittentin an die jeweilige Clearingstelle oder den von dieser angegebenen Zahlungsempfänger geleistet hat, ausschließlich bei der zuständigen Clearingstelle geltend machen.

Zahlungen und/oder Lieferungen unterliegen grundsätzlich den am Zahlungs- und/oder Lieferungsort geltenden anwendbaren Steuer- oder sonstigen Gesetzen und Vorschriften und stehen unter dem Vorbehalt von Ziffer 6 der Allgemeinen Emissionsbedingungen.

Kann nach den Regeln der jeweiligen Clearingstelle die an einen Gläubiger zu entrichtende Zahlung eines Betrages nicht in der Abwicklungswährung geleistet werden, hat diese Zahlung in der Währung zu erfolgen, in der die jeweilige Clearingstelle üblicherweise Zahlungen auf Konten von Gläubigern bei dieser Clearingstelle leistet, wobei die Umrechnung des entsprechenden Betrages aus der Abwicklungswährung auf Basis des Wechselkurses erfolgt, den die Berechnungsstelle unter Bezugnahme auf ihr nach vernünftigem Ermessen geeignet erscheinende Quellen festlegt.

3.3 *Vorlegung*

Zahlungen und/oder Lieferungen erfolgen, vorbehaltlich nachstehender Bestimmungen, gemäß Ziffer 3.9 dieser Produktbedingung und ansonsten in der in der Globalurkunde bezeichneten Weise und gegen Vorlegung oder Rückgabe der Globalurkunde bei den angegebenen Geschäftsstellen einer Zahl- und Verwaltungsstelle. Bei Vorlegung oder Rückgabe wird von der zuständigen Zahl- und Verwaltungsstelle jede Zahlung und/oder Lieferung auf der Globalurkunde vermerkt; dieser Vermerk gilt als Anscheinsbeweis, dass die fragliche Zahlung und/oder Lieferung tatsächlich erfolgt ist.

Der Inhaber eines Wertpapiers ist die einzige Person, die Anspruch auf den Erhalt von Zahlungen und/oder Lieferungen hat; die Emittentin wird durch Zahlung und/oder Lieferung an den Inhaber der Globalurkunde oder den von diesem angegebenen Zahlungs- und/oder Lieferungsempfänger in Höhe des gezahlten Betrags beziehungsweise des gelieferten Bestands der Physischen Abwicklung und gegebenenfalls des Ausgleichsbetrags befreit. Die in den Aufzeichnungen der Clearingstelle als Gläubiger eines bestimmten Ausgleichsbetrags beziehungsweise Bestands der Physischen Abwicklung und gegebenenfalls eines Ausgleichsbetrags ausgewiesenen Personen können ihren Anspruch auf die Weiterleitung solcher Zahlungen und/oder Lieferungen, welche die Emittentin an den Inhaber der Globalurkunde oder den von diesem angegebenen Zahlungsempfänger geleistet hat, ausschließlich bei der zuständigen Clearingstelle geltend machen.

Die Vorlegung der Globalurkunde erfolgt im Wege der Übertragung der jeweiligen Miteigentumsanteile an der Globalurkunde auf das Konto der Emittentin bei der Clearingstelle. Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Absatz 1 Satz 1 BGB für fällige Wertpapiere wird auf zwei Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus den Wertpapieren, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung und/oder Lieferung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre in Bezug auf die Zahlung und/oder Lieferung von dem Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

3.4. *Allgemeines*

Außer bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz haften weder die Emittentin noch die Berechnungsstelle oder eine Zahl- und Verwaltungsstelle für Fehler oder Versäumnisse bei der Berechnung von hierunter fälligen Beträgen oder anderen Feststellungen gemäß diesen Bestimmungen.

Handelt es sich bei den Einheiten der physischen Abwicklung um Aktien, werden mit dem Kauf von Wertpapieren keine mit diesen Aktien verbundenen Rechte (Stimm-, Ausschüttungs- oder sonstige Rechte) auf die betreffenden Gläubiger übertragen, die an weitere Bedingungen (z.B. die Eintragung in ein Aktionärsregister) geknüpft sind als die bloße Übertragung der jeweiligen Aktie.

3.5. *Ausübungsmitteilung*

Sofern Wertpapiere nicht wie vorstehend beschrieben automatisch ausgeübt werden, können sie nur durch Vorlage einer ordnungsgemäß ausgefüllten Ausübungsmitteilung an die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle, unter Weiterleitung einer Kopie an die zuständige Clearingstelle, ausgeübt werden. Formulare für die Ausübungsmitteilung sind während der üblichen Geschäftszeiten bei den angegebenen Geschäftsstellen einer jeden Zahl- und Verwaltungsstelle erhältlich.

Ausübungsmitteilungen müssen

- (1) die Anzahl der auszuübenden Wertpapiere angeben;
- (2) die Nummer des Kontos bei der jeweiligen Clearingstelle angeben, das um die Wertpapiere belastet wird;
- (3) die jeweilige Clearingstelle unwiderruflich anweisen und ermächtigen, das Konto bis einschließlich zum Abwicklungstag um die Wertpapieren zu belasten, und die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle ermächtigen, die jeweilige Clearingstelle im Namen des jeweiligen Gläubigers entsprechend anzuweisen;
- (4) bei Physischer Abwicklung die jeweilige Clearingstelle unwiderruflich anweisen, am Ausübungstag ein angegebenes Konto bei der jeweiligen Clearingstelle mit dem Gesamtbetrag der für alle diese Wertpapiere gegebenenfalls zu zahlenden Basispreise (sowie anderen zu zahlenden Beträgen) zu belasten;
- (5) die Nummer des Kontos bei der jeweiligen Clearingstelle angeben, dem (i) bei Barausgleich Barausgleichsbeträge abzüglich Gläubigerauslagen oder (ii) bei Physischer Abwicklung Störungsbedingte Barausgleichsbeträge und/oder Ausgleichsbeträge sowie gemäß Produktbedingung 3 zu zahlende Ausschüttungen, abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen, gutgeschrieben werden;
- (6) eine Einwilligung zur Verwendung der Mitteilungen in Verwaltungsverfahren oder Gerichtsprozessen enthalten;
- (7) eine Verpflichtungserklärung des Gläubigers zur Zahlung sämtlicher Gläubigerauslagen sowie eine Vollmacht an die jeweilige Clearingstelle enthalten, bei Barausgleich einen Betrag in entsprechender Höhe von dem an den Gläubiger fälligen Barausgleichsbetrag abzuziehen und/oder ein angegebenes Konto bei der jeweiligen Clearingstelle entsprechend zu belasten und die Gläubigerauslagen zu entrichten; und die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle ermächtigen, die jeweilige Clearingstelle im Namen des jeweiligen Gläubigers entsprechend anzuweisen;
- (8) bei Physischer Abwicklung die Konto- und Depotdaten („Lieferangaben“) bei der Clearingstelle enthalten;
- (9) bestätigen, dass weder der Wertpapierinhaber noch eine Person, für die die Wertpapiere gehalten werden, eine US-Person ist oder in den Vereinigten Staaten ansässig ist. „**US-Personen**“ in diesem Zusammenhang sind sowohl US-Personen im Sinne der Regulation S des United States Securities Act von 1933 in der geltenden Fassung als auch Personen, die nicht unter die Definition einer Nicht-United States Person gemäß Rule 4.7 des United States Commodity Exchange Act in der geltenden Fassung fallen.

3.6. *Überprüfung*

Der jeweilige Gläubiger hat anlässlich jeder Ausübungsmitteilung in einer die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle nach billigem Ermessen zufriedenstellenden Weise nachzuweisen, dass er im Besitz der Wertpapiere ist.

3.7. *Feststellungen*

Wird eine Ausübungsmitteilung, einschließlich einer Kopie hiervon, nicht wie oben vorgesehen ordnungsgemäß ausgefüllt und vorgelegt, kann sie als unwirksam angesehen werden. Die Entscheidung über die ordnungsgemäße Ausfüllung und Vorlegung von Ausübungsmitteilungen, einschließlich einer Kopie hiervon, trifft die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle; sie ist endgültig und bindend für die Emittentin und den jeweiligen Gläubiger. Vorbehaltlich der nachstehenden Regelungen ist jede Ausübungsmitteilung unwirksam, wenn festgestellt wird, dass sie unvollständig ist, nicht in ordnungsgemäßer Form vorgelegt wird oder nicht gemäß den Bedingungen nach Zustellung an die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle unverzüglich in Kopie an eine Clearingstelle weitergeleitet wurde.

Wird die Ausübungsmitteilung nachträglich zur Zufriedenheit der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle korrigiert, gilt sie als eine zu dem Zeitpunkt eingegangene neue Ausübungsmitteilung, an dem der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle die korrigierte Fassung vorgelegt und die Kopie an die Clearingstelle weitergeleitet wird.

Die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle wird alles ihrerseits Erforderliche tun, um den Gläubiger umgehend zu benachrichtigen, wenn sie feststellt, dass eine Ausübungsmitteilung unvollständig ist oder nicht die ordnungsgemäße Form hat. Außer bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz haften die Emittentin oder die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle niemandem für Handlungen oder Unterlassungen aus oder in Verbindung mit einer solchen Feststellung oder der Benachrichtigung eines Gläubigers von einer solchen Feststellung.

3.8. Zugang der Ausübungsmitteilung

Der Zugang einer Ausübungsmitteilung gilt als unwiderruflich getroffene Wahl des jeweiligen Gläubigers, die angegebenen Wertpapiere auszuüben. Ausübungsmitteilungen können nach Zugang bei der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle, wie oben vorgesehen, nicht zurückgezogen werden. Nach Zugang einer Ausübungsmitteilung können die Wertpapiere, auf die sich die Ausübungsmitteilung bezieht, nicht übertragen werden.

3.9. Abwicklungseinzelheiten

3.9.1. Bei Barausgleich erfolgt die Zahlung des Barausgleichsbetrags nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Produktbedingung 3 sowie gemäß den Regeln der jeweiligen Clearingstelle durch Gutschrift oder Überweisung des Betrags an die jeweilige Clearingstelle zugunsten des Kontos des jeweiligen Gläubigers, die von einer Zahl- und Verwaltungsstelle für Rechnung der Emittentin vorgenommen wird.

3.9.2. Bei Physischer Abwicklung erfolgt die Lieferung des Bestands der physischen Abwicklung auf Risiko des jeweiligen Gläubigers und wird auf die Clearingstelle zur Lieferung an den jeweiligen Gläubiger übertragen;

wobei die Emittentin, sollte sie nach alleinigem Ermessen entscheiden, dass die Lieferung aller oder einer bestimmten Menge von Einheiten der physischen Abwicklung praktisch nicht durchführbar, gesetzeswidrig oder für die Emittentin mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden ist, nach ihrer Wahl die betreffenden Einheiten der physischen Abwicklung auf eine andere, wirtschaftlich vertretbare Art und Weise liefern kann, wie sie die Emittentin für die entsprechende Lieferung für geeignet hält, wovon sie die Gläubiger gemäß Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen in Kenntnis zu setzen hat. Der Bestand der physischen Abwicklung ist in der für die jeweiligen Einheiten der physischen Abwicklung nach Urteil der Emittentin üblichen Art und Weise zu dokumentieren. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, Gläubiger oder sonstige Personen für die jeweiligen Einheiten der physischen Abwicklung in einem Register für Rechte an den entsprechenden Einheiten, so u.a. im Aktionärsregister einer Aktiengesellschaft, zu registrieren oder registrieren zu lassen.

3.10. Gläubigerauslagen

Sämtliche auf das jeweilige Wertpapier anfallenden Gläubigerauslagen trägt der jeweilige Gläubiger. Es erfolgt weder (1) eine Zahlung des Barausgleichsbetrags und/oder anderen Betrages noch (2) eine Lieferung und/oder Übertragung eines Bestands der physischen Abwicklung, bevor sämtliche diesbezüglichen Gläubigerauslagen zur Zufriedenheit der Emittentin gezahlt wurden.

3.11. *Abwicklungsstörungen*

Wenn und insofern Physische Abwicklung in Übereinstimmung mit diesen Bedingungen zur Anwendung kommt und vor der Lieferung einer Einheit der physischen Abwicklung in Bezug auf ein Wertpapier nach Ansicht der Berechnungsstelle eine Abwicklungsstörung vorliegt, verschiebt sich der Abwicklungstag für diese Einheit der physischen Abwicklung auf den nächstfolgenden Geschäftstag ohne Abwicklungsstörung.

Solange die Lieferung aller oder einer bestimmten Menge von Einheiten der physischen Abwicklung auf Grund einer Abwicklungsstörung praktisch nicht durchführbar ist, kann die Emittentin anstelle der Physischen Abwicklung in Bezug auf diese Menge von Einheiten der physischen Abwicklung und unbeschadet sonstiger Regelungen in den Bedingungen ihre Verpflichtungen aus dem betreffenden Wertpapier nach ihrer alleinigen Wahl dadurch erfüllen, dass sie den Störungsbedingten Barausgleichsbetrag zahlt, und zwar spätestens am dritten Geschäftstag nach dem Tag der Mitteilung einer solchen Entscheidung an die Gläubiger gemäß Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen. Die Art und Weise der Zahlung des Störungsbedingten Barausgleichsbetrags wird den Gläubigern gemäß Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen mitgeteilt. Die Berechnungsstelle setzt die Gläubiger so bald wie praktikabel gemäß Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen vom Eintritt einer Abwicklungsstörung in Kenntnis.

Bei verspäteter Lieferung von Einheiten der physischen Abwicklung infolge einer Abwicklungsstörung haben weder der Gläubiger noch andere Personen gegen die Emittentin Anspruch auf eine Zahlung hinsichtlich dieses Wertpapiers.

3.12. *Übergangsfrist*

Wenn und soweit Physische Abwicklung zur Anwendung kommt, sind weder die Emittentin noch eine andere für deren Rechnung handelnde Person während des Zeitraums nach dem Ausübungstag oder dem Beendigungstag, in dem die Emittentin oder die andere Person noch rechtlicher Inhaber von Einheiten der physischen Abwicklung ist (die „**Übergangsfrist**“), (i) verpflichtet, dem jeweiligen Gläubiger oder einem späteren wirtschaftlichen Berechtigten der entsprechenden Einheiten der physischen Abwicklung oder einer anderen Person Erklärungen, Bescheinigungen, Mitteilungen, Prospekte oder sonstige Unterlagen oder Zahlungen gleich welcher Art, die der Emittentin oder der anderen Person in ihrer Eigenschaft als Inhaber der entsprechenden Einheiten der physischen Abwicklung zugehen, weiterzuleiten oder deren Weiterleitung zu veranlassen, (ii) verpflichtet, mit den entsprechenden Einheiten der physischen Abwicklung verbundene Rechte (einschließlich Stimmrechte) während der Übergangsfrist auszuüben oder deren Ausübung zu veranlassen oder (iii) dem jeweiligen Gläubiger, einem späteren wirtschaftlichen Berechtigten aus solchen Einheiten der physischen Abwicklung oder einer anderen Person für Verluste oder Schäden haftbar, die dem jeweiligen Gläubiger, dem späteren wirtschaftlichen Berechtigten oder der anderen Person unmittelbar oder mittelbar daraus entstehen, dass die Emittentin oder die jeweilige andere Person während der Übergangsfrist rechtlicher Inhaber der Einheiten der physischen Abwicklung ist.

3.13. *Ausschüttung*

Sämtliche Dividenden, Kupons, Zinsen oder ähnliche Zahlungen oder Ausschüttungen (jeweils eine „**Ausschüttung**“) in Bezug auf eine zu liefernde Einheit der physischen Abwicklung werden an die Partei ausgeschüttet, die zum Erhalt der Ausschüttung nach der für eine am Bewertungstag, oder, wenn es mehr als einen Bewertungstag gibt, am jeweils letzten Bewertungstag, erfolgende Veräußerung der jeweiligen Einheit der physischen Abwicklung marktüblichen Praxis berechtigt ist.

Die an die Gläubiger auszuschüttende Dividende oder der entsprechende andere Betrag wird zur Auszahlung an die Gläubiger, auf die jeweilige Clearingstelle übertragen.

3.14. Haftung

Die Ausübung und Abwicklung hinsichtlich der Wertpapiere unterliegt sämtlichen an den jeweils maßgeblichen Zeitpunkten geltenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Verfahren. Weder die Emittentin noch die Zahl- und Verwaltungsstellen haften für den Fall, dass sie auf Grund dieser Gesetze, sonstiger Vorschriften oder Verfahren trotz zumutbarer Anstrengung nicht in der Lage sein sollten, die beabsichtigten Transaktionen durchzuführen. Die Emittentin und die Zahl- und Verwaltungsstellen haften unter keinen Umständen für Handlungen oder Unterlassungen von Clearingstellen aus oder in Verbindung mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Wertpapieren.

3.15. Mindestausübungsbetrag

Ist in Produktbedingung 1 ein Mindestausübungsbetrag angegeben, darf die Anzahl der an einem Ausübungstag ausgeübten Wertpapiere, wie von der Berechnungsstelle festgelegt, nicht unterhalb des Mindestausübungsbetrags liegen oder muss, wenn die Anzahl den Mindestausübungsbetrag übersteigt und in Produktbedingung 1 ein Ganzzahliger Ausübungsbetrag angegeben ist, ein ganzzahliges Vielfaches des Ganzzahligen Ausübungsbetrags sein. Jede Ausübung von Wertpapieren unter Verletzung dieser Bestimmung ist nichtig und unwirksam.

3.16. Ausübungshöchstbetrag

Ist in Produktbedingung 1 ein Ausübungshöchstbetrag angegeben und stellt die Berechnungsstelle fest, dass die Anzahl der an einem Ausübungstag durch einen Gläubiger oder eine Gruppe von Gläubigern (ob gemeinschaftlich oder nicht) ausgeübten Wertpapiere den Ausübungshöchstbetrag (eine dem Ausübungshöchstbetrag entsprechende Anzahl von Wertpapieren nachstehend die „**Tranche**“) übersteigt, kann die Emittentin diesen Tag als Ausübungstag für eine erste Tranche dieser Wertpapiere, die auf Basis der zeitlichen Reihenfolge des Zugangs der entsprechenden Ausübungsmittelungen ausgewählt werden, bestimmen und jeden nachfolgenden Ausübungstag als Ausübungstag für jede weitere Tranche dieser Wertpapiere (oder die sonst noch verbleibende Anzahl) bestimmen, die auf dieselbe Art und Weise ausgewählt werden, bis allen Wertpapieren ein bestimmter Ausübungstag zugeordnet worden ist, wobei für solche Wertpapiere, für welche der Ausübungstag danach auf einen Tag nach dem letzten eingetretenen Ausübungstag fallen würde, dieser zuletzt eingetretene Ausübungstag als Ausübungstag gilt. Wird an ein und demselben Tag eine die Tranche übersteigende Anzahl von Wertpapieren durch einen oder mehrere Gläubiger ausgeübt, liegt die Bestimmung die zeitlichen Reihenfolge für die Abwicklung dieser Wertpapiere im alleinigen Ermessen der Emittentin.

Produktbedingung 4 – Anpassungsvorschriften

Anpassungsvorschriften – Divisenkurse

4.1 Devisenkurse

4.1.1 Definitionen:

„**Abwicklungswährung**“ hat die in Produktbedingung 1 angegebene Bedeutung.

„**Andere Börse**“ ist, in Bezug auf einen Umrechnungskurs, jede Börse, jedes Handels- oder Notierungssystem außer der Referenzstelle, an der bzw. dem der jeweilige Umrechnungskurs für den Handel zugelassen ist, gehandelt wird oder notiert ist.

„**Erste Währung**“ ist die Währung, die in einem Umrechnungskurs an erster Stelle aufgeführt ist. auf die der Umrechnungskurs lautet.

„**Referenzstand**“ hat die in Produktbedingung 1 angegebene Bedeutung.

„**Referenzstelle**“ hat die in Produktbedingung 1 angegebene Bedeutung.

„**Maßgeblicher Zeitpunkt**“ ist, in Bezug auf einen Umrechnungskurs, der Zeitpunkt der Notierung, zu dem die Berechnungsstelle zur Festlegung des Referenzstandes den Preis oder Wert des Umrechnungskurses in der Abwicklungswährung feststellt.

„**Maßgebliches Land**“ ist, in Bezug auf einen Umrechnungskurs, sowohl:

- (i) ein Land (oder eine Verwaltungs- oder Aufsichtsbehörde desselben), in dem die Referenzwährung für diesen Umrechnungskurs oder die Abwicklungswährung gesetzliches Zahlungsmittel oder offizielle Währung ist, als auch
- (ii) ein Land (oder eine Verwaltungs- oder Aufsichtsbehörde desselben), zu dem eine Referenzwährung für diesen Umrechnungskurs oder die Referenzstelle in einer wesentlichen Beziehung steht, wobei sich die Berechnungsstelle bei ihrer Beurteilung, was als wesentlich zu betrachten ist, auf die ihrer Ansicht nach geeigneten Faktoren beziehen kann,

wie jeweils von der Berechnungsstelle bestimmt.

„**Umrechnungskurs**“ ist der oder gegebenenfalls jeder Umrechnungskurs zwischen einem Währungspaar, wie er unter „Devisenkurs“ in der Definition zu „Bezugsobjekt“, „Wertpapiere“ oder „Basket“ in Produktbedingung 1 aufgeführt ist.

„**Verbundene Börse**“ ist in Bezug auf einen Umrechnungskurs, sofern in Produktbedingung 1 nicht anders definiert, eine Börse, ein Handels- oder Notierungssystem, an der bzw. dem Options- oder Futures-Kontrakte auf den jeweiligen Umrechnungskurs gehandelt werden, wie von der Berechnungsstelle bestimmt.

„**Verbundenes Unternehmen**“ hat die in Produktbedingung 1 angegebene Bedeutung.

„**Zweite Währung**“ ist die Währung, die in einem Umrechnungskurs an zweiter Stelle aufgeführt ist.

Begriffe, die in dieser Produktbedingung 4 nicht definiert sind, haben die ihnen in Produktbedingung 1 zugewiesene Bedeutung.

4.1.2 Marktstörungen

Die Berechnungsstelle teilt den Gläubigern gemäß Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen so bald wie praktikabel mit, ob an einem Tag eine Marktstörung eingetreten ist, an dem die Berechnungsstelle ohne Marktstörung gemäß den Produktbedingungen den Preis oder Wert eines Umrechnungskurses in der Abwicklungswährung hätte bestimmen müssen.

Eine „**Marktstörung**“ liegt vor, wenn:

- (a) aus Gründen, auf welche die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen keinen Einfluss hat, die Bestimmung des Preises oder Wertes (oder eines Preis- oder Wertbestandteils) einer Zweiten Währung in der jeweiligen Ersten Währung unter Bezugnahme auf die entsprechende Referenzstelle in der in der Definition zu „Referenzstand“ in Produktbedingung 1 oder in den „Angaben zu Bezugsobjekten“ ausgeführten Art und Weise, oder anderweitig gemäß den Vorschriften oder dem üblichen oder akzeptierten Verfahren zur Bestimmung dieses Preises oder Wertes, nicht möglich ist (unabhängig davon, ob dies dadurch bedingt ist, dass der entsprechende Preis oder Wert nicht veröffentlicht wurde, oder eine andere Ursache hat); oder
 - (b) eines der unter 4.1.2.1, 4.1.2.2 und/oder 4.1.2.3 genannten Ereignisse in Bezug auf den betreffenden Umrechnungskurs eintritt;
- 4.1.2.1 ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte in dem Maßgeblichen Land verhängt wird; oder
- 4.1.2.2 das Eintreten eines Ereignisses, das es der Emittentin und/oder deren Verbundenen Unternehmen nach Feststellung der Berechnungsstelle unmöglich machen würde, die im Folgenden genannten Handlungen vorzunehmen, bzw. deren Vornahme beeinträchtigen oder verzögern würde:
- (i) Umtausch einer Zweiten Währung in die jeweilige Erste Währung auf üblichen und legalen Wegen oder Transferierung einer der beiden Währungen innerhalb des Maßgeblichen Landes bzw. aus dem entsprechenden Land, infolge von dem Maßgeblichen Land verhängter Kontrollen, die einen solchen Umtausch oder eine solche Transferierung einschränken oder verbieten;
 - (ii) Umtausch einer Zweiten Währung in die jeweilige Erste Währung zu einem Kurs, der nicht schlechter ist als der für inländische Finanzinstitute mit Sitz in dem Maßgeblichen Land geltende Kurs;
 - (iii) Transferierung einer Ersten Währung oder einer Zweiten Währung von Konten innerhalb des Maßgeblichen Lands auf Konten außerhalb des Maßgeblichen Lands;
 - (iv) Transferierung einer Ersten Währung oder einer Zweiten Währung zwischen Konten in dem Maßgeblichen Land oder an eine nicht in dem Maßgeblichen Land ansässige Person; oder
- 4.1.2.3 das Maßgebliche Land (a) Kontrollen einführt oder eine entsprechende Absicht bekundet, (b)(i) Gesetze und Vorschriften einführt oder eine entsprechende Absicht bekundet oder (ii) die Auslegung oder Anwendung von Gesetzen oder Vorschriften ändert oder eine entsprechende Absicht bekundet, und die Emittentin und/oder deren Verbundene Unternehmen nach Auffassung der Berechnungsstelle dadurch voraussichtlich in ihren Möglichkeiten beeinträchtigt werden, den betreffenden Umrechnungskurs zu erwerben, zu halten, zu übertragen, zu veräußern oder andere Transaktionen in Bezug auf diesen Umrechnungskurs durchzuführen,

wenn die vorgenannten Ereignisse nach Feststellung der Berechnungsstelle wesentlich sind, wobei die Berechnungsstelle ihr Urteil auf der Grundlage derjenigen Umstände trifft, die sie nach billigem Ermessen für geeignet hält, so unter anderem unter Berücksichtigung von Absicherungsmaßnahmen der Emittentin und/oder deren Verbundener Unternehmen in Bezug auf die Wertpapiere.

4.1.3 Anpassungsereignis

Wird eine Zweite Währung in ihrer Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel des Landes oder der Rechtsordnung bzw. der Länder oder Rechtsordnungen, welche die Behörde, Institution oder sonstige Körperschaft unterhalten, die diese Referenzwährung ausgibt, durch eine andere Währung ersetzt oder mit einer anderen Währung zu einer gemeinsamen Währung verschmolzen (eine solche ersetzende oder verschmolzene Währung gilt als „**Neue Referenzwährung**“) und finden die

Bestimmungen unter Ziffer 4.1.3 der Produktbedingungen oder Ziffer 10 der Allgemeinen Emissionsbedingungen keine Anwendung, so wird die Zweite Währung in dem Umrechnungskurs durch die Neue Referenzwährung ersetzt (dieser Umrechnungskurs gilt als „**Neuer Umrechnungskurs**“), wobei der Neue Umrechnungskurs auf der Grundlage derjenigen Anzahl von Einheiten der Neuen Referenzwährung bestimmt wird, die sich aus der Umrechnung derjenigen Anzahl von Einheiten der Zweiten Währung, die für die Bestimmung des ursprünglichen Umrechnungskurses herangezogen wird, in die Neue Referenzwährung auf Basis des für eine solche Umrechnung anwendbaren Wechselkurses ergibt, wie jeweils von der Berechnungsstelle bestimmt.

4.1.4. Beendigungsereignisse

4.1.4.1 Ist die Referenzwährung aus irgendeinem Grund nicht mehr gesetzliches Zahlungsmittel des Landes oder der Rechtsordnung bzw. der Länder oder Rechtsordnungen, welche die Behörde, Institution oder sonstige Körperschaft unterhalten, die diese Referenzwährung ausgibt, und finden die Bestimmungen unter Ziffer 4.1.3 der Produktbedingungen oder Ziffer 10 der Allgemeinen Emissionsbedingungen keine Anwendung oder ist eine Anpassung gemäß Ziffer 4.1.3 der Produktbedingungen nach Bestimmung der Berechnungsstelle aus irgendeinem Grund nicht möglich oder nach billigem Ermessen nicht praktikabel oder

4.1.4.2 ist die Referenzstelle für einen Umrechnungskurs eine Börse, ein Handels- oder Notierungssystem und gibt die Referenzstelle bekannt, dass die Zulassung, der Handel oder die öffentliche Notierung des jeweiligen Wechselkurses zwischen der jeweiligen Ersten Währung und Zweiten Währung an der Referenzstelle gemäß den Vorschriften der entsprechenden Referenzstelle sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt beendet wird, gleich aus welchem Grund, und wird der jeweilige Wechselkurs nicht unmittelbar wieder an einer bzw. einem für die Berechnungsstelle akzeptablen Börse, Handels- oder Notierungssystem zugelassen, gehandelt oder notiert („**Einstellung des Handels**“)

(jeweils ein „**Beendigungsereignis**“), werden die Wertpapiere von der Emittentin durch Mitteilung an die Gläubiger nach Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen gekündigt.

Werden die Wertpapiere derart gekündigt, zahlt die Emittentin an jeden Gläubiger für jedes von diesem gehaltene Wertpapier einen Betrag in Höhe des Marktwerts des Wertpapiers, unter Berücksichtigung des jeweiligen Beendigungsereignisses, abzüglich der Kosten, die der Emittentin und/oder einem ihrer Verbundenen Unternehmen aus der Auflösung zugrunde liegender Absicherungsmaßnahmen entstehen, jeweils wie von der Berechnungsstelle nach deren billigem Ermessen bestimmt. Zahlungen erfolgen auf die den Gläubigern nach Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen mitgeteilte Weise.

Bei Eintritt eines Beendigungsereignisses setzt die Berechnungsstelle die Gläubiger gemäß Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen so bald wie praktikabel davon in Kenntnis. Die Gläubiger sollten jedoch zur Kenntnis nehmen, dass zwangsläufig Verzögerungen zwischen dem Zeitpunkt des Eintritts eines solchen Ereignisses und dessen Bekanntgabe an die Gläubiger entstehen.

Produktbedingung 5 – Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Die Wertpapiere unterliegen deutschem Recht. Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus den in diesen Bedingungen der Wertpapiere geregelten Angelegenheiten ist, soweit gesetzlich zulässig, Frankfurt am Main.

2. Allgemeine Emissionsbedingungen

Diese Allgemeinen Emissionsbedingungen beziehen sich auf die Wertpapiere und sind im Zusammenhang mit sowie vorbehaltlich der weiteren in diesem Dokument enthaltenen Produktbedingungen zu verstehen. Die Produktbedingungen und die Allgemeinen Emissionsbedingungen bilden zusammen die Bedingungen der Wertpapiere und sind der Globalurkunde, die die Wertpapiere verbrieft, beigelegt.

1. Status der Wertpapiere

Die Wertpapiere begründen nicht-nachrangige und unbesicherte vertragliche Verpflichtungen der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind.

2. Vorzeitige Ausübung, außerordentliche Tilgung oder Kündigung, Rechtswidrigkeit und höhere Gewalt

Stellt die Emittentin fest, dass aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufgrund der Wertpapiere ganz oder teilweise aus gleich welchem Grund rechtswidrig oder undurchführbar geworden ist oder dass aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Beibehaltung ihrer Absicherungsmaßnahmen im Hinblick auf die Wertpapiere aus gleich welchem Grund rechtswidrig oder undurchführbar ist, ist die Emittentin berechtigt, die Wertpapiere nach eigenem Ermessen ohne diesbezügliche Verpflichtung als ausgeübt zu betrachten, zu tilgen oder vorzeitig zu kündigen, indem sie die Gläubiger gemäß Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen hierüber in Kenntnis setzt.

Sollte eine Bestimmung oder sollten mehrere Bestimmungen der Bedingungen unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der restlichen Bestimmungen hiervon unberührt.

Werden die Wertpapiere durch die Emittentin vorzeitig ausgeübt, getilgt oder gekündigt, zahlt die Emittentin, soweit nach dem jeweils geltenden Recht zulässig, jedem Gläubiger für jedes von ihm gehaltene Wertpapier einen Betrag in Höhe des Marktpreises des Wertpapiers, ungeachtet dieser Rechtswidrigkeit oder Undurchführbarkeit, abzüglich der Kosten der Emittentin für die Auflösung etwaiger zugrunde liegender Absicherungspositionen; jeweils wie von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen festgelegt. Zahlungen erfolgen auf die den Gläubigern nach Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen mitgeteilte Weise.

3. Erwerb von Wertpapieren

Die Emittentin ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, jederzeit Wertpapiere zu einem beliebigen Kurs am offenen Markt oder aufgrund öffentlichen Gebots oder individuellen Vertrags zu erwerben. Alle derart erworbenen Wertpapiere können gehalten, wiederverkauft oder zur Vernichtung eingereicht werden.

4. Mitteilungen

4.1. Wirksamkeit

Mitteilungen an die Gläubiger sind wirksam, wenn sie der/den Clearingstelle(n) zur Benachrichtigung der Gläubiger übermittelt werden; solange die Wertpapiere jedoch in einem Land an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, sind Mitteilungen an die Gläubiger nach den Vorschriften der entsprechenden Börse und der Rechtsordnung des entsprechenden Landes zu veröffentlichen. Voraussichtlich werden Mitteilungen an die Gläubiger in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel in der Börsen-Zeitung veröffentlicht.

4.2. Zugang

Mitteilungen nach vorstehender Ziffer. 4.1 werden, sofern sie der/den Clearingstelle(n) übermittelt werden, am dritten Tag nach Zugang bei der Clearingstelle bzw. allen Clearingstellen, falls es mehrere gibt, wirksam. Im Falle ihrer Veröffentlichung (auch wenn diese zusätzlich erfolgt) werden Mitteilungen am Tag der Veröffentlichung oder, falls sie mehr als einmal veröffentlicht werden, am

Tag der ersten Veröffentlichung, oder, falls die Veröffentlichung in mehr als einer Zeitung erforderlich ist, am Tag der ersten Veröffentlichung in allen erforderlichen Zeitungen wirksam.

5. Zahl- und Verwaltungsstellen, Berechnungsstelle, Festlegungen und Änderungen

5.1. Zahl- und Verwaltungsstellen

Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung der Zahl- und Verwaltungsstellen zu ändern oder diese abzuberufen sowie zusätzliche Zahl- und Verwaltungsstellen zu bestellen; die Abberufung der bestellten Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle wird erst wirksam sobald eine neue Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle bestellt wurde. Falls und soweit die Wertpapiere in einem Land an einer Börse notiert oder öffentlich angeboten werden, muss für dieses Land eine Zahl- und Verwaltungsstelle bestellt sein, wenn dies nach den Regeln und Bestimmungen der entsprechenden Börsen und der Wertpapieraufsichtsbehörde des Landes erforderlich ist. Die Gläubiger werden nach Maßgabe von Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen über Bestellungen, den Widerruf von Bestellungen oder Änderungen der genannten Geschäftsstellen der Zahl- und Verwaltungsstellen benachrichtigt. Zahl- und Verwaltungsstellen handeln allein für die Emittentin; sie übernehmen gegenüber den Gläubigern keine Verpflichtungen oder Aufgaben und handeln nicht als deren Vertreterin oder Treuhänderin. Sämtliche Berechnungen oder Festlegungen einer Zahl- und Verwaltungsstelle hinsichtlich der Wertpapiere, sind (außer in Fällen offenkundiger Irrtümer) für die Gläubiger endgültig, abschließend und bindend.

5.2. Berechnungsstelle

Die Emittentin übernimmt hinsichtlich der Wertpapiere die Aufgaben der Berechnungsstelle (die „**Berechnungsstelle**“; Rechtsnachfolger sind von diesem Begriff umfasst), es sei denn die Emittentin beschließt, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eine andere Berechnungsstelle als Nachfolger zu ernennen.

Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit eine andere Stelle als Berechnungsstelle zu bestellen. Die Abberufung der bisherigen Berechnungsstelle wird nicht wirksam, bevor eine Ersatz-Berechnungsstelle bestellt wurde. Die Gläubiger werden über jede solche Abberufung oder Bestellung entsprechend Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen benachrichtigt.

Die Berechnungsstelle (es sei denn es handelt sich hierbei um die Emittentin) handelt allein für die Emittentin; sie übernimmt gegenüber den Gläubigern keine Verpflichtungen oder Aufgaben und handelt nicht als deren Vertreterin oder Treuhänderin. Sämtliche Berechnungen oder Festlegungen der Berechnungsstelle hinsichtlich der Wertpapiere, sind (außer in Fällen offenkundiger Irrtümer) für die Gläubiger endgültig, abschließend und bindend.

Die Berechnungsstelle kann die Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten mit Zustimmung der Emittentin auf Dritte übertragen, soweit sie dies als sachgerecht erachtet.

5.3. Feststellungen durch die Emittentin

Sämtliche Festlegungen der Emittentin nach Maßgabe dieser Bedingungen sind (außer in Fällen offenkundiger Irrtümer) für die Gläubiger endgültig, abschließend und bindend.

5.4. Änderungen

Die Emittentin kann diese Bedingungen, soweit nach dem jeweils anwendbaren Recht zulässig, ohne die Zustimmung einzelner oder aller Gläubiger ändern, soweit ihr dies angemessen und erforderlich erscheint, um dem wirtschaftlichen Zweck der Bedingungen gerecht zu werden, sofern die Änderung die Interessen der Gläubiger nicht wesentlich nachteilig beeinträchtigt oder formaler, geringfügiger oder technischer Art ist oder dazu dienen soll, einen offenkundigen Irrtum zu berichtigen oder eine fehlerhafte Bestimmung dieser Bedingungen zu heilen, zu korrigieren oder zu ergänzen. Die Gläubiger werden über solche Änderungen entsprechend Ziffer 4 der

Allgemeinen Emissionsbedingungen benachrichtigt; das Unterlassen der Benachrichtigung oder ihr Nichterhalt berühren die Wirksamkeit der Änderung jedoch nicht.

6. Besteuerung

Hinsichtlich eines jeden Wertpapiers hat der betreffende Gläubiger sämtliche Gläubigerauslagen nach Maßgabe der Produktbedingungen zu zahlen. Sämtliche Zahlungen oder etwaige Lieferungen hinsichtlich der Wertpapiere unterliegen in allen Fällen sämtlichen geltenden Steuergesetzen sowie sonstigen gesetzlichen Vorschriften (gegebenenfalls einschließlich solcher Gesetze, die den Abzug oder Einbehalt von Steuern, Abgaben und sonstigen Gebühren vorschreiben). Nicht die Emittentin, sondern der betreffende Gläubiger ist verpflichtet, Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzüge oder sonstige Beträge, die im Zusammenhang mit dem Besitz von ihm gehaltener Wertpapiere, ihrer Übertragung oder einer Zahlung und/oder Lieferung hinsichtlich dieser Wertpapiere anfallen, zu zahlen. Die Emittentin ist berechtigt aber nicht verpflichtet, von den an den Gläubiger auszuzahlenden Beträgen oder von ihm geschuldeten Lieferungen, den zur Begleichung von Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzügen oder sonstigen Zahlungen erforderlichen Betrag oder Anteil einzubehalten oder abzuziehen. Jeder Gläubiger hat die Emittentin von Verlusten, Kosten oder sonstigen Verbindlichkeiten, die ihr in Verbindung mit derartigen Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzügen oder sonstigen Zahlungen hinsichtlich der Wertpapiere des jeweiligen Gläubigers entstehen, freizustellen.

7. Weitere Emissionen

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne die Zustimmung einzelner oder aller Gläubiger weitere Wertpapiere zu begeben, so dass diese mit den Wertpapieren zusammengefasst werden und eine einheitliche Emission mit ihnen bilden.

8. Substitution

8.1. Ersetzung der Emittentin

Die Emittentin oder eine zuvor an ihre Stelle gesetzte Gesellschaft ist jederzeit ohne Zustimmung der Gläubiger berechtigt, eine ihrer Tochtergesellschaften oder ein verbundenes Unternehmen (die „Ersatz-Emittentin“) an ihre Stelle als Hauptschuldnerin aus den Wertpapieren zu setzen, sofern:

8.1.1. die Deutsche Bank AG (es sei denn, sie selbst ist die Ersatz-Emittentin) die Verpflichtungen der Ersatz-Emittentin aus den Wertpapieren garantiert,

8.1.2. sämtliche Maßnahmen, Bedingungen und Schritte, die eingeleitet, erfüllt und durchgeführt werden müssen (einschließlich der Einholung erforderlicher Zustimmungen), um sicherzustellen, dass die Wertpapiere rechtmäßige, wirksame und bindende Verpflichtungen der Ersatz-Emittentin darstellen, eingeleitet, erfüllt und vollzogen worden sind und uneingeschränkt rechtsgültig und wirksam sind,

8.1.3. die Emittentin den Gläubigern den Tag der beabsichtigten Ersetzung mindestens 30 Tage vorher entsprechend Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen mitgeteilt hat.

Alle in den Bedingungen enthaltenen Verweise auf die Emittentin beziehen sich im Falle einer Ersetzung der Emittentin auf die Ersatz-Emittentin.

8.2. Ersetzung der Geschäftsstelle

Die Emittentin ist berechtigt, die Geschäftsstelle zu ändern, über die sie hinsichtlich der Wertpapiere tätig ist, indem sie den Gläubigern entsprechend Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen die Änderung und deren Zeitpunkt mitteilt. Die Geschäftsstelle kann nicht vor dieser Mitteilung geändert werden.

9. Ersetzung von Wertpapieren

Im Falle des Verlusts, des Diebstahls, der Beschädigung, der Verunstaltung oder der Vernichtung eines Wertpapiers kann dieses durch die angegebene Geschäftsstelle der Zentralen Zahl- und

Verwaltungsstelle (bzw. durch eine andere Stelle, die den Gläubigern entsprechend Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen mitgeteilt wurde) ersetzt werden; die Ersetzung erfolgt gegen Übernahme der daraus entstehenden Kosten durch den Anspruchsteller zu den von der Emittentin festgelegten angemessenen Bedingungen für Nachweise und Schadloshaltung. Die Ersetzung erfolgt erst nach Einreichung der beschädigten oder verunstalteten Wertpapiere.

10. Anpassungen aufgrund der Europäischen Währungsunion

10.1. Umstellung

Die Emittentin ist berechtigt, während der Laufzeit der Wertpapiere unter den im Folgenden festgelegten Voraussetzungen, bestimmte Bedingungen der Wertpapiere, ohne Zustimmung der Gläubiger durch Mitteilung an diese entsprechend Ziffer 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen, mit Wirkung von dem in der Mitteilung angegebenen Anpassungstag an auf Euro umzustellen.

Diese Wahl hat folgende Auswirkungen:

10.1.1. Ist die Abwicklungswährung die Nationale Währungseinheit eines Landes, das gemäß Art. 139 Absatz (1) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ein Mitgliedsstaat ist, für den eine Ausnahmeregelung gilt, bzw. ein Mitgliedsstaat mit Ausnahmeregelung ist, und diese Ausnahmeregelung gemäß Art. 140 Absatz (2) AEUV aufgehoben wird, gilt die Abwicklungswährung als ein Betrag in Euro, der aus der ursprünglichen Abwicklungswährung zum Festgesetzten Kurs in Euro umgerechnet wurde. Dies gilt vorbehaltlich etwaiger von der Emittentin festgelegter und in der Mitteilung an die Gläubiger angegebener Rundungsvorschriften. Nach dem Anpassungstag erfolgen alle Zahlungen hinsichtlich der Wertpapiere ausschließlich in Euro, so als ob Bezugnahmen in den Wertpapieren auf die Abwicklungswährung solche auf Euro wären.

10.1.2. Ist in den Bedingungen ein Wechselkurs mit Bezug auf eine Nationale Währungseinheit angegeben oder nimmt eine Bedingung in den Wertpapierbedingungen Bezug auf eine Nationale Währungseinheit eines Landes, das gemäß Art. 139 Absatz (1) AEUV ein Mitgliedsstaat ist, für den eine Ausnahmeregelung gilt, bzw. ein Mitgliedsstaat mit Ausnahmeregelung ist, und diese Ausnahmeregelung gemäß Art. 140 Absatz (2) AEUV aufgehoben wird, gelten der angegebene Wechselkurs und/oder sonstige Währungsangaben in den Bedingungen als Bezug auf den Euro, wobei die Emittentin gegebenenfalls erforderliche Anpassungen unter Zugrundelegung einer Umrechnung zum Festgesetzten Kurs in Euro vornimmt, vorbehaltlich etwaiger von der Emittentin festgelegter und in der Mitteilung an die Gläubiger angegebener Rundungsvorschriften.

10.1.3. Die Emittentin kann weitere Änderungen der Bedingungen vornehmen, um diese den dann gültigen Gepflogenheiten anzupassen, die für Instrumente mit Währungsangaben in Euro gelten.

10.2. Kosten der Euro-Umrechnung etc.

Ungeachtet von Ziffer 10.1. und/oder 10.2. der Bedingungen haften die Emittentin, die Berechnungsstelle und die Zahl- und Verwaltungsstellen weder gegenüber den Gläubigern noch gegenüber sonstigen Personen für Provisionen, Kosten, Verluste oder Aufwendungen, die durch oder in Verbindung mit der Überweisung von Euro oder einer damit zusammenhängenden Währungsumrechnung oder Rundung von Beträgen entstehen.

10.3. Definitionen

In dieser Allgemeinen Emissionsbedingung gelten die folgenden Definitionen:

„**Anpassungstag**“ ist ein durch die Emittentin in der Mitteilung an die Gläubiger gemäß dieser Bedingung angegebener Tag, der auf oder nach den Tag fällt, zu dem die Ausnahmeregelungen

gemäß Art. 139 ff. AEUV für einen Mitgliedsstaat gemäß Art. 140 Absatz (2) AEUV aufgehoben werden.

„**Festgesetzter Kurs**“ ist der Wechselkurs für die Umrechnung der Originalwährung (gemäß den Vorschriften zur Rundung nach geltenden EU-Bestimmungen) in Euro, der durch den Rat der Europäischen Union nach Maßgabe von Art. 140 Absatz (3) AEUV festgesetzt worden ist.

„**Nationale Währungseinheit**“ ist die Währungseinheit eines Landes, entsprechend der Definition der Währungseinheiten am Tag, der dem Tag, zu dem die Ausnahmeregelungen gemäß Art. 139 ff. AEUV für einen Mitgliedsstaat gemäß Art. 140 Absatz (2) AEUV aufgehoben werden, unmittelbar vorangeht.

11. Definitionen

Begriffe, die in diesen Allgemeinen Emissionsbedingungen nicht definiert sind, haben die ihnen in den Produktbedingungen zugewiesene Bedeutung.

C. ANGABEN ZU BEZUGSOBJEKTEN

Sind als Quelle für in diesem Abschnitt enthaltene Angaben Dritte angegeben, bestätigt die Emittentin, dass diese Angaben korrekt wiedergegeben sind und dass, soweit der Emittentin bekannt ist und sie aus den von den jeweiligen Dritten veröffentlichten Angaben ableiten kann, keine Fakten ausgelassen wurden, die die wiedergegebenen Angaben unrichtig oder irreführend machen würden. Die Emittentin übernimmt keine Gewährleistung in Bezug auf die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Angaben.

Angaben zur historischen und fortlaufenden Wertentwicklung und Volatilität der Bezugsobjekte sind erhältlich auf der frei zugänglichen Internetseite unter www.maxblue.de.

Veröffentlichung weiterer Angaben durch die Emittentin

Die Emittentin beabsichtigt nicht, weitere Angaben über ein Bezugsobjekt bereitzustellen.

VII. LÄNDERSPEZIFISCHE ANGABEN

Dieser Abschnitt unterliegt den Produktbedingungen, den Allgemeinen Emissionsbedingungen sowie den übrigen Abschnitten dieses Dokuments und ist in Verbindung mit diesen zu lesen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Besteuerung eines in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Kunden

A. Allgemeines

Die folgende Darstellung enthält Angaben zum deutschen Steuerrecht, die für einen Kunden von Bedeutung sein können, der in der Bundesrepublik Deutschland ansässig ist oder aus anderen Gründen der deutschen Besteuerung unterliegt.

Die folgende Darstellung der steuerlichen Behandlung des vorliegenden Produktes beruht auf der Interpretation der derzeit gültigen deutschen Steuergesetze und allgemeinen Verlautbarungen von Finanzverwaltung und Gerichten. Zu beachten ist allerdings, dass zu einigen für die steuerliche Würdigung des vorliegenden Produktes erheblichen Punkten Verlautbarungen der Finanzverwaltung oder von Gerichten nicht existieren. Die folgende Zusammenfassung der steuerlichen Behandlung kann daher nur die sorgfältig recherchierte Rechtsauffassung der Bank wiedergeben, für deren Anerkennung durch Finanzverwaltung und Gerichte aber keine Garantie übernommen werden kann.

Darüber hinaus können die Steuergesetze und deren Interpretation durch Finanzverwaltung und Gerichte, soweit vorhanden, Änderungen unterliegen. Solche Änderungen können auch rückwirkend eingeführt werden und die nachfolgend beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflussen.

Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Einführung einer Abgeltungssteuer für im Privatvermögen gehaltene Finanzprodukte durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008, die mit den unten beschriebenen Konsequenzen dazuführt, dass je nach Zeitpunkt des Erwerbs des Wertpapiers, des Zuflusses laufender Erträge bzw. der Veräußerung oder Einlösung bzw. Rückzahlung der Wertpapiere unterschiedliche steuerliche Folgen eintreten.

Hingewiesen sei des Weiteren insbesondere darauf, dass zur steuerlichen Behandlung von Finanzinnovationen eine Reihe neuer Urteile existieren (zu sog. Reverse-Floatern, Gleitzinsanleihen, kapitalgarantierten Indexzertifikaten, sog. Argentinienanleihen und Downrating-Anleihen). Die Finanzverwaltung hat diese Urteile mit Schreiben vom 18.7.2007 allerdings lediglich für die Ermittlung der Zinsabschlagsteuer für nicht anwendbar erklärt. Die Auswirkungen der Urteile auf die endgültige Besteuerung von Finanzprodukten in der Veranlagung des Steuerpflichtigen sind daher nicht vollständig absehbar. Es ist daher nicht auszuschließen, dass es zu einem Auseinanderfallen der für Zwecke der Zinsabschlagsteuer berechneten Bemessungsgrundlage von der für materielle Einkommensteuer maßgeblichen Bemessungsgrundlage kommt.

Die folgende Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Aspekte zu behandeln, die aufgrund der persönlichen Umstände des einzelnen Kunden von Bedeutung sein können. Die folgenden Angaben dürfen daher nicht als steuerliche Beratung verstanden werden. Interessierten Kunden wird wegen der Komplexität der steuerlichen Regelungen und dem teilweisen Fehlen einschlägiger Stellungnahmen der Finanzverwaltung vielmehr empfohlen, sich von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe über die steuerlichen Folgen des vorliegenden Produktes unter besonderer Beachtung ihrer persönlichen Verhältnisse beraten zu lassen.

B. Besteuerung eines in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Kunden

I. Besteuerung nach gegenwärtigem Recht

1. Einkünfte aus Kapitalvermögen

Eine in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige Person (d.h. eine Person mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland) die Finanzanlagen im Privatvermögen hält, erzielt nur dann steuerpflichtige Einkünfte aus Kapitalvermögen im Sinne des § 20 Absatz 1 Nr. 7 des deutschen Einkommensteuergesetzes, wenn die Rückzahlung des Kapitals zugesagt ist und/oder der Anleger Anspruch auf Zinszahlungen und/oder eine sonstige Vergütung für die Überlassung des Kapitals hat.

Das Wertpapier gewährt jedoch weder Zinszahlungen noch die Rückzahlung des Kapitals. Stattdessen ergeben sich Gewinne oder Verluste für den Gläubiger in Abhängigkeit von der Wertentwicklung des jeweiligen Bezugsobjektes. Der Rücknahmepreis und damit auch der Wert des Papiers ist ausschließlich an die Wertentwicklung des Bezugsobjektes gekoppelt, und der Wert des Bezugsobjektes kann sowohl steigen als auch fallen. Nach den Anlagebedingungen ist auch ein totaler Kapitalverlust möglich.

Die Finanzverwaltung hat mit dem BMF-Schreiben vom 27. November 2001 klargestellt, dass die Erträge aus einer Finanzanlage keine steuerpflichtigen Einkünfte aus Kapitalvermögen darstellen, wenn die Rückzahlung des investierten Kapitals ausschließlich von der ungewissen Wertentwicklung eines Index oder Basket abhängt.

Nach Auffassung der Emittentin handelt es sich demnach bei den Erträgen aus der Veräußerung oder der Einlösung des Wertpapiers nicht um steuerpflichtige Einkünfte aus Kapitalvermögen.

2. Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften

Eine in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige Person unterliegt mit Gewinnen aus der Veräußerung oder der Einlösung des im Privatvermögen gehaltenen Wertpapiers nicht der Einkommensteuer, sofern zwischen Anschaffung und Veräußerung bzw. Einlösung mehr als ein Jahr liegt. Gewinne aus der Veräußerung oder Einlösung des Wertpapiers innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr nach dessen Erwerb unterliegen hingegen als Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften der Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von derzeit 5,5% der geschuldeten Einkommensteuer). Als Gewinn oder Verlust gilt die Differenz zwischen dem Veräußerungserlös oder dem von der Emittentin vergüteten Barausgleichsbetrag und den Anschaffungskosten für das Wertpapier. Bei Lieferung des Bezugsobjektes tritt an die Stelle des Barausgleichsbetrages der Wert des gelieferten Bezugsobjektes zum Zeitpunkt des Zuflusses. Der Wert ist mit dem niedrigsten am Zuflusstag an einer deutschen Börse (einschl. XETRA) gehandelten Kurses zu ermitteln. Etwaige Verluste werden steuerlich nur dann berücksichtigt, wenn der Zeitraum zwischen Veräußerung oder Einlösung des Wertpapiers nicht mehr als ein Jahr beträgt. Solche berücksichtigungsfähigen Verluste dürfen nur mit steuerpflichtigen Gewinnen aus privaten Veräußerungsgeschäften des laufenden, des vorangegangenen oder der folgenden Steuerjahre verrechnet werden.

II. Besteuerung im System der sog. Abgeltungsteuer

1. Allgemeines

Mit dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 wurde für in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige Kunden eine Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge eingeführt. Unter die Abgeltungssteuer fallen neben Zinsen, Dividenden und Stillhalterprämien auch die Gewinne aus der Veräußerung oder Einlösung von Kapitalforderungen, Aktien sowie von Zertifikaten und Termingeschäften unabhängig von der Haltedauer.

Der Steuersatz beläuft sich pauschal auf 25 % (zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer). Pro Veranlagungszeitraum wird ein Sparer-Pauschbetrag von € 801 für einzelveranlagte Steuerpflichtige bzw. von € 1602 für zusammenveranlagte Ehegatten als Werbungskosten berücksichtigt. Der Abzug der tatsächlichen Werbungskosten ist ausgeschlossen.

Die Abgeltungssteuer wird durch das jeweils kontoführende inländische Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut einbehalten und hat abgeltende Wirkung. Der Begriff des inländischen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts schließt inländische Zweigstellen eines ausländischen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts, nicht aber ausländische Zweigstellen eines inländischen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts ein. Bei einer Verwahrung des Wertpapiers bei einem ausländischen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut sind die laufenden Erträge sowie der Ertrag aus einer Veräußerung oder Einlösung vom Steuerpflichtigen in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben.

2. Anwendungszeitpunkt

Kapitalerträge aus Optionsscheinen, die bereits vor Endfälligkeit geleistet sowie durch Veräußerung, Abtretung oder endfällige Einlösung erzielt werden, unterliegen im Grundsatz mit Zufluss nach dem 31.12.2008 der Abgeltungssteuer.

Optionsscheine, die vor dem 1.1.2009 erworben werden, können aber weiterhin nach Ablauf der Jahresfrist steuerfrei veräußert werden; werden sie innerhalb der Jahresfrist veräußert, sind Gewinne und Verluste mit dem progressiven Steuersatz steuerpflichtig; die Abgeltungssteuer kommt nicht zur Anwendung.

3. Einkünfte aus Kapitalvermögen bei Erwerb ab 2009

Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören Erträge aus sonstigen Kapitalforderungen jeder Art, wenn die Rückzahlung des Kapitalvermögens oder ein Entgelt für die Überlassung des Kapitalvermögens zur Nutzung zugesagt oder geleistet worden ist, auch wenn die Höhe der Rückzahlung oder des Entgelts von einem ungewissen Ereignis abhängt (§ 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG). Zu den Kapitalerträgen gehören auch der Gewinn aus der Veräußerung, Einlösung oder Rückzahlung von sonstigen Kapitalforderungen i.S.d. § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG (§ 20 Abs. 2 Nr. 7 EStG). Selbst Vollrisiko-Zertifikate stellen daher künftig Einkünfte aus Kapitalvermögen dar; die Einhaltung einer Frist zur Begründung der Steuerpflicht besteht nicht mehr.

Der Kapitalertrag aus laufenden Erträgen ist, soweit in Fremdwährung gezahlt, in Euro umzurechnen.

Kapitalertrag ist auch der Unterschied zwischen den Einnahmen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung nach Abzug der Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit dem Veräußerungsgeschäft stehen, und den Anschaffungskosten; bei nicht in Euro getätigten Geschäften sind die Einnahmen im Zeitpunkt der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung und die Anschaffungskosten im Zeitpunkt der Anschaffung in Euro umzurechnen.

Ob es zu einer Anschaffung der Währung bzw. eines anderen Wirtschaftsgutes kommt, hängt von den oben ausgeführten Grundsätzen zu einer Anschaffung eines Wirtschaftsgutes ab. Wird dementsprechend das Wirtschaftsgut nach dem 31.12.2008 angeschafft/erworben und handelt es sich bei dem Wirtschaftsgut um eine solches, das zu Einkünfte aus Kapitalvermögen führt – wie z.B. Aktien und zinstragende Finanzinstrumente –, so ist der Gewinn und Verlust aus der späteren Veräußerung stets unter Anwendung der Grundsätze zur Abgeltungssteuer steuerpflichtig; handelt es sich hingegen um ein anderes Wirtschaftsgut – wie z.B. Edelmetalle oder Devisen –, so kann der Ertrag aus der Veräußerung dieses Wirtschaftsgutes nach Ablauf eines Jahres steuerfrei bezogen werden; die Frist verlängert sich auf 10 Jahre, soweit Einnahmen aus dem Wirtschaftsgut selbst bezogen werden.

4. Ermittlung des Gewinns und Verlustes sowie Verlustverrechnung

Ein Gewinn bzw. Verlust ermittelt sich aus dem Unterschied zwischen den Einnahmen aus der Veräußerung nach Abzug der Aufwendungen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Veräußerungsgeschäft stehen, und den Anschaffungskosten (§ 20 Abs. 4 EStG). Bei nicht in Euro getätigten Geschäften sind die Einnahmen im Zeitpunkt der Veräußerung und die Anschaffungskosten im Zeitpunkt der Anschaffung in Euro umzurechnen.

Verluste aus Optionsscheinen können nur mit anderen Einkünften aus Kapitalvermögen verrechnet werden; eine Verrechnung mit anderen Einkunftsarten ist ausgeschlossen. Ein Verlustrücktrag ist nicht, ein Verlustvortrag ist zeitlich unbegrenzt möglich. Verluste aus Optionsscheinen, deren Rechtserwerb vor dem 1.1.2009 und deren Veräußerung innerhalb der Jahresfrist liegt, können zeitlich begrenzt (bis 2013) mit Gewinnen aus Veräußerungstatbeständen des § 20 Abs. 2 EStG verrechnet werden, die bereits der Abgeltungsteuer unterliegen. Verluste, die jedoch aus der Veräußerung von Aktien resultieren, können nur mit Gewinnen aus der Veräußerung von Aktien verrechnet werden.

C. Besteuerung eines in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Kunden, bei dem der Optionsschein dem Betriebsvermögen zuzuordnen ist

In der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige Personen, bei denen das Wertpapier Bestandteil eines in der Bundesrepublik Deutschland belegenen Betriebsvermögens ist, unterliegen mit Gewinnen in Form der positiven Differenz zwischen Veräußerungserlös oder Barausgleichsbetrag und Anschaffungskosten der Gewerbesteuer (deren Hebesatz von Kommune zu Kommune variiert) sowie der Einkommen- oder Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von derzeit 5,5% der geschuldeten Einkommen- oder Körperschaftsteuer).

Nach Auffassung der Emittentin ist nicht eindeutig geklärt, ob das Wertpapier als Termingeschäft i.S.d. § 15 Abs. 4 S. 3 EStG zu qualifizieren ist. Es besteht daher das Risiko einer Verlustabzugsbeschränkung:

Ein Verlust aus der Beendigung bzw. Auflösung kann als Verlust aus einem Termingeschäft i.S.d. § 15 Abs. 4 Satz 3 EStG regelmäßig nur mit anderen Einkünften ausgeglichen werden, wenn das Termingeschäft der Absicherung von Geschäften des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes des Kunden diene und es sich bei dem abgesicherten Geschäft nicht um ein Aktiengeschäft handelte. Ist dies nicht der Fall, kann ein Verlust aus der Auflösung unter Beachtung der allgemein geltenden Verlustnutzungsbeschränkungen nur mit steuerpflichtigen Gewinnen aus Termingeschäften des laufenden, des vorangegangenen oder der folgenden Steuerjahre verrechnet werden. Für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsunternehmen und Finanzunternehmen i.S.d. Kreditwesengesetzes gelten Sondervorschriften.

D. Besteuerung einer in der Bundesrepublik Deutschland nicht unbeschränkt steuerpflichtigen Person

Handelt es sich bei dem Gläubiger um eine natürliche Person ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland oder eine juristische Person ohne Sitz oder Geschäftsleitung in der Bundesrepublik Deutschland, wird auf den positiven Differenzbetrag zwischen dem Veräußerungserlös bzw. Barausgleichsbetrag und den Anschaffungskosten des Wertpapiers Einkommen- oder Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von derzeit 5,5% der geschuldeten Einkommen- oder Körperschaftsteuer) erhoben, sofern das Wertpapier dem Betriebsvermögen einer Betriebsstätte (in diesem Fall wird auf das steuerpflichtige Einkommen zudem Gewerbesteuer erhoben) oder festen Einrichtung zuzurechnen ist, die der Gläubiger in der Bundesrepublik Deutschland unterhält.

Angebotszeitraum

Das Angebot der Wertpapiere beginnt am 09. März 2011 (08:00 Uhr, Ortszeit Frankfurt am Main).

Abwicklung und Clearing

Die je Wertpapierkennnummer ausgestellte Globalurkunde wird bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, Deutschland hinterlegt, die auch als Clearingstelle für dieselbe

fungiert. Die Wertpapierkennnummern sind unter B. Zusammenfassung der endgültigen Angebotsbedingungen sowie in den Produktbedingungen unter der Definition „Wertpapiere“ angegeben.

Zahl- und Verwaltungsstelle in Deutschland

In Deutschland ist die Zahl- und Verwaltungsstelle die Deutsche Bank AG, handelnd durch ihre Hauptniederlassung in Frankfurt am Main. Die Zahl- und Verwaltungsstelle agiert als Optionsschein- oder Zahlungsstelle unter der folgenden Adresse: Alfred-Herrhausen-Allee, 16-24, 65760 Eschborn, Deutschland (z. Hd.: Corporate Actions Department) (Telefon: (69) 910 66817 und Fax (69) 910 69218).

ÖSTERREICH

Steuerliche Konsequenzen für österreichische Anleger (Prospektteil für Wave und Wave XXL)

1. Einleitung

Die in der Folge angegebenen Ausführungen basieren auf der derzeitigen Gesetzeslage und der bisher veröffentlichten Rechtsmeinung der Finanzverwaltung. Anzumerken ist, dass zu einer Reihe von Fragen keine gesicherte Verwaltungspraxis besteht. Die Entwicklung im steuerlichen Bereich und insbesondere zu Fragen der Abgrenzung zwischen einem Hebelzertifikat und einer Option kann auch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die – in einzelnen Fragen – die in der nachfolgenden Darstellung ausgedrückte Beurteilung nicht teilt, wofür aber von der Emittentin keine Haftung übernommen wird. Dem Anleger wird daher geraten, vor dem Erwerb der vorliegenden Produkte den Steuerberater des eigenen Vertrauens zu kontaktieren.

Den in der Folge angegebenen Ausführungen liegt überdies eine typisierende Betrachtungsweise zugrunde, in deren Rahmen die individuelle steuerliche und persönliche Situation eines einzelnen Anlegers nicht berücksichtigt werden kann. Beim Anleger handelt es sich um eine Kapitalgesellschaft oder eine natürliche Person oder eigennützige Privatstiftung, welche die vorliegenden Finanzprodukte im Privatvermögen erwirbt. Die Darstellung beschränkt sich daher auf einen allgemeinen Überblick der österreichischen steuerlichen Konsequenzen für die genannten Anlegergruppen. Die einzelnen Finanzprodukte werden den Anlegern nicht in Kombination mit anderen Anlageprodukten angeboten und daher auf stand-alone Basis vom Anleger erworben.

2. Steuerliche Konsequenzen

2.1. Qualifikation

Aus steuerlicher Sicht ist das jeweilige Finanzprodukt voraussichtlich als Hebelzertifikat im Sinne der Rz 6197b EStR 2000 anzusehen.

Bei der steuerlichen Einordnung von Hebelprodukten kommt es auf den anfänglichen Kapitaleinsatz an. Beträgt der anfängliche Kapitaleinsatz im Verhältnis zum zugrunde liegenden Basiswert mehr als 20%, führen die Erträge aus Hebelprodukten zu Kapitaleinkünften. Beträgt hingegen der anfängliche Kapitaleinsatz maximal 20% (ab Hebel 5), dann ist der Ertrag als Substanzgewinn im steuerlichen Sinn anzusehen.

Die untergeordnete Bedeutung des anfänglichen Kapitaleinsatzes von maximal 20% ist vom Emittenten anhand der Wertpapierbedingungen nachzuweisen (Rz 6197b EStR 2000). Der Nachweis hat gegenüber der Meldestelle im Sinne des § 12 KMG, somit an die Österreichische Kontrollbank zu erfolgen.

2.2. Hebelzertifikate mit einem Hebel ab 5

2.2.1. Natürliche Person (Privatvermögen)

Die Erträge aus den Hebelzertifikaten mit einem untergeordneten Kapitaleinsatz (Hebel ab 5) sind als Substanzgewinne im ertragsteuerlichen Sinn anzusehen. Diese sind steuerpflichtig, wenn der Tatbestand eines Spekulationsgeschäfts nach § 30 Abs 1 EStG verwirklicht wurde bzw wenn die Hebelzertifikate innerhalb von einem Jahr eingelöst wurden. Für Zwecke der Berechnung der Spekulationsfrist ist dabei auf den Erwerbszeitpunkt abzustellen. Die Veräußerung innerhalb der Spekulationsfrist erfüllt jedenfalls den Tatbestand eines Spekulationsgeschäfts (§ 30 Abs 1 Z 1 EStG). Ein allfälliger Substanzverlust ist bei Realisierung innerhalb eines Jahres nach der Anschaffung als Spekulationsverlust im Sinne des § 30 Abs 1 Z 2 EStG zu werten. Nach § 30 Abs 4 EStG ist der Spekulationsverlust nur mit anderen Spekulationsgewinnen desselben Kalenderjahres ausgleichsfähig. Nach § 30 Abs 4 EStG sind als Einkünfte der Differenzbetrag zwischen dem Auszahlungsbetrag einerseits und den Anschaffungskosten und den Werbungskosten andererseits anzusetzen. Die Einkünfte aus Spekulationsgeschäften bleiben aber steuerfrei, wenn die gesamten

aus Spekulationsgeschäften erzielten Einkünfte im Kalenderjahr höchstens EUR 440 betragen. Die Erfassung der Spekulationseinkünfte erfolgt zum progressiven Steuersatz von bis zu 50%.

Sofern der Nachweis des untergeordneten Kapitaleinsatzes durch den Emittenten nicht fristgerecht und vollständig vorgenommen wurde, hat die kuponanzahlende Stelle die Kapitalertragsteuer (KESt) von 25% einzubehalten. Der Anleger hat jedoch die Möglichkeit, eine Rückerstattung der Kapitalertragsteuer im Wege der Veranlagung oder – wenn die Voraussetzungen für eine Veranlagung – nicht vorliegen – gemäß § 240 Abs 3 BAO zu beantragen.

2.2.2. Privatstiftungen (Privatvermögen)

Die vorstehenden Grundsätze sind auch auf eine Privatstiftung als Anleger anzuwenden, die die Finanzprodukte im Privatvermögen erwirbt. Die Spekulationseinkünfte unterliegen bei der Privatstiftung dem Körperschaftsteuersatz von 25%.

2.2.3. Kapitalgesellschaften

Die Erträge sind als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu qualifizieren, die dem Körperschaftsteuersatz von 25% unterliegen. Auf die Besonderheiten aufgrund der Gewinnermittlungsvorschriften (Buchhaltungs- und Bilanzierungsvorschriften) wird an dieser Stelle kein ausdrücklicher Bezug genommen.

Anzumerken ist, dass die Finanzverwaltung – infolge der wirtschaftlichen Vergleichbarkeit mit Optionen – besondere Anforderungen an die Zuordnung der Hebelzertifikate zum Betriebsvermögen stellen könnte. Aus steuerlicher Sicht sind branchenuntypische Termin- und Optionsgeschäfte dem betrieblichen Bereich regelmäßig grundsätzlich nicht zuzuordnen, sodass eine steuerliche Berücksichtigung des Verlustes ausgeschlossen ist. Diese Einschränkung ist selbst dann anzuwenden, wenn generell die Möglichkeit besteht, damit Gewinne zu erzielen. Branchenuntypische Optionsgeschäfte sind nur dann als betrieblich veranlasst anzusehen, wenn sie der Absicherung unternehmensbedingter Kursrisiken dienen und nach Art, Inhalt und Zweck ein Zusammenhang mit dem Betrieb besteht. Die steuerliche Berücksichtigung steht unter dem Vorbehalt, dass das Absicherungsgeschäft (i) durch die Kapitalgesellschaft und nicht aus privaten Spekulationsabsichten des Anteilseigners (ii) im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit abgeschlossen wird und (iii) nicht mit hohen Risiken verbunden ist.

2.3. Hebelzertifikate mit einem Hebel bis 5

2.3.1. Anwendung des § 42 InvFG

Die Hebelzertifikate sind nicht als Anteile an einem ausländischen Investmentfonds nach § 42 InvFG anzusehen. Bei Referenzierung auf eine Aktie ist dieses Ergebnis aus der fehlenden Risikostreuung abzuleiten. Sofern der Basiswert ein Index ist, ergibt sich die Beurteilung aus dem Vorliegen eines traditionellen Index und der fehlenden Nachbildung desselben.

2.3.2. Natürliche Person (Privatvermögen)

Die Erträge aus den Hebelzertifikaten mit einem nicht untergeordneten Kapitaleinsatz (Hebel bis 5) sind als Einkünfte aus Kapitalvermögen nach § 27 Abs 2 EStG steuerpflichtig.

Bei **Inlandsverwahrung** unterliegen die Erträge der KESt von 25% (§ 93 Abs 1 und Abs 3 EStG), die von der kuponanzahlenden Stelle einzubehalten und an das zuständige Finanzamt abzuführen ist. Beim Vorliegen des öffentlichen Angebots in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht im Sinne des § 97 Abs 1 EStG ist mit der Einbehaltung der KESt die Endbesteuerungswirkung für einkommensteuerliche und erbschaftssteuerliche Zwecke verbunden (§ 97 Abs 1 EStG, § 15 Abs 1 Z 17 1. Teilstrich ErbStG). Die unentgeltliche Übertragung vom Todes wegen ist somit von der Erbschaftssteuer ausgenommen (§ 15 Abs 1 Z 17 1. Teilstrich ErbStG).

Bei **Auslandsverwahrung** sind die Erträge im Rahmen der Steuererklärung anzugeben. Darauf ist der besondere Steuersatz von 25% anzuwenden, der – beim Vorliegen eines öffentlichen Angebots in

rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht – mit der Endbesteuerungswirkung für einkommensteuerliche und erbschaftssteuerliche Zwecke verbunden ist (Veranlagungsendbesteuerung) (§ 37 Abs 8 EStG, § 97 Abs 1 EStG, § 15 Abs 1 Z 17 1. Teilstrich ErbStG). Die unentgeltliche Übertragung von Todes wegen ist somit von der Erbschaftssteuer ausgenommen (§ 15 Abs 1 Z 17 1. Teilstrich ErbStG). Die unentgeltliche Übertragung unter Lebenden (Schenkung) unterliegt dagegen mit dem gemeinen Wert der Schenkungssteuer.

Gemäß § 97 Abs 4 EStG kann jedoch der Anleger die Option auf die Besteuerung nachdem Normalsteuersatz des § 33 Abs 1 EStG ausüben, sofern er – unter Beachtung des Normalsteuersatzes – zu einem niedrigeren als dem linearen Steuersatz von 25% besteuert wird. Gegebenenfalls ist der positive Unterschiedsbetrag – zusammen mit anderen endbesteuerungsfähigen Einkünften – im Rahmen der Steuererklärung anzugeben. Die einbehaltene KEST wird auf die zu erhebende Einkommensteuer angerechnet und mit dem übersteigenden Betrag dem Anleger zurück erstattet.

Im Zusammenhang mit dem Erwerb angefallene Werbungskosten dürfen – beim Vorliegen des öffentlichen Angebots – nicht abgezogen werden (§ 20 Abs 2 EStG).

Bei Einlösung unter dem Emissionskurs ist der realisierte Verlust als Substanzverlust anzusehen. Dieser ist im Rahmen der einjährigen Spekulationsfrist nach § 30 EStG steuerlich beachtlich, kann jedoch ausschließlich mit positiven Einkünften aus (anderen) Spekulationsgeschäften desselben Jahres verrechnet werden (§ 30 Abs 4 EStG). Ein Ausgleich mit anderen Einkünften ist ausgeschlossen.

2.3.3. Privatstiftungen (Privatvermögen)

Die für natürliche Personen geltenden Grundsätze sind auf Privatstiftungen sinngemäß, jedoch unter Beachtung folgender Besonderheiten anzuwenden: Die Erträge unterliegen dem Regime der Zwischenbesteuerung mit dem Körperschaftsteuersatz von 12,5% (§ 13 Abs 3 KStG). Die Zwischenbesteuerung unterbleibt insoweit als im Veranlagungszeitraum Zuwendungen an Begünstigte erfolgen, die der KEST – ohne eine Entlastung infolge von Doppelbesteuerungsabkommen – unterliegen (§ 13 Abs 3 KStG). Darüber hinaus ist eine Befreiung von der KEST anzuwenden (§ 94 Z 11 EStG). Für Spekulationsverluste im Sinne des § 30 EStG ist der Körperschaftsteuersatz von 25% anzuwenden.

2.3.4. Kapitalgesellschaften

Die Erträge sind als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu qualifizieren, die dem Körperschaftsteuersatz von 25% unterliegen. Auf die Besonderheiten aufgrund der Gewinnermittlungsvorschriften (Buchhaltungs- und Bilanzierungsvorschriften) wird an dieser Stelle kein ausdrücklicher Bezug genommen.

Anzumerken ist, dass die Finanzverwaltung – infolge der wirtschaftlichen Vergleichbarkeit mit Optionen – besondere Anforderungen an die Zuordnung der Hebelzertifikate zum Betriebsvermögen stellen könnte. Aus steuerlicher Sicht sind branchenuntypische Termin- und Optionsgeschäfte dem betrieblichen Bereich regelmäßig grundsätzlich nicht zuzuordnen, sodass eine steuerliche Berücksichtigung des Verlustes ausgeschlossen ist. Diese Einschränkung ist selbst dann anzuwenden, wenn generell die Möglichkeit besteht, damit Gewinne zu erzielen. Branchenuntypische Optionsgeschäfte sind nur dann als betrieblich veranlasst anzusehen, wenn sie der Absicherung unternehmensbedingter Kursrisiken dienen und nach Art, Inhalt und Zweck ein Zusammenhang mit dem Betrieb besteht. Die steuerliche Berücksichtigung steht unter dem Vorbehalt, dass das Absicherungsgeschäft (i) durch die Kapitalgesellschaft und nicht aus privaten Spekulationsabsichten des Anteilseigners (ii) im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit abgeschlossen wird und (iii) nicht mit hohen Risiken verbunden ist.

2.3.5. Beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen

Beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen unterliegen mit den Erträgen nicht der Einkommensteuer, sofern die Erträge nicht zum inländischen Betriebsvermögen oder dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehören. Die Einbehaltung der KEST kann unterbleiben, wenn der Anleger dem Kreditinstitut seine Ausländereigenschaft nachweist bzw glaubhaft macht, dass er im Inland entweder gar keinen Wohnsitz bzw gewöhnlichen Aufenthalt hat oder dass er die Voraussetzungen für die beschränkte Steuerpflicht auf Grund der Zweitwohnsitzverordnung, BGBl II 528/2003 erfüllt (Rz 8018 EStR 2000).

Ebenso wenig sollten die Erträge – infolge der Referenzierung auf Aktienwerte – der EUQuellensteuer nach dem EU-QuStG (BGBl I 2004/33) unterliegen. Mit dem EU-QuStG wurde die Richtlinie des Rates 2003/EG/48 vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen in Österreich umgesetzt.

Angebotszeitraum

Das Angebot der Wertpapiere beginnt am 09. März 2011 (08:00 Uhr, Ortszeit Frankfurt am Main).

Abwicklung und Clearing

Die je Wertpapierkennnummer ausgestellte Globalurkunde wird bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, Deutschland hinterlegt, die auch als Clearingstelle für dieselbe fungiert. Die Wertpapierkennnummern sind unter B. Zusammenfassung der endgültigen Angebotsbedingungen sowie in den Produktbedingungen unter der Definition „Wertpapiere“ angegeben.

Zahl- und Verwaltungsstelle in Österreich

In Österreich ist die Zahl- und Verwaltungsstelle die Deutsche Bank AG, handelnd durch ihre Hauptniederlassung in Wien. Die Zahl- und Verwaltungsstelle agiert als Optionsschein- oder Zahlungsstelle unter der folgenden Adresse: Hohenstaufengasse 4, 1010 Wien, Österreich (Telefon: (1) 53181 360 und Fax (1) 531 81 409.

VIII. WEITERE ANGABEN ZUR DEUTSCHEN BANK

Nähere Angaben zur Deutschen Bank finden sich in den durch Verweis einbezogenen Registrierungsformularen der Deutsche Bank AG.

IX. BETEILIGTE PARTEIEN

Emittentin:

Deutsche Bank AG
Theodor-Heuss-Allee 70
D-60486 Frankfurt
Deutschland

Zahl- und Verwaltungsstelle:

Deutsche Bank AG
Theodor-Heuss-Allee 70
D-60486 Frankfurt
Deutschland

Deutsche Bank AG, Niederlassung Wien
Hohenstaufengasse 4
A-1010 Wien
Österreich

Frankfurt, den 08. März 2011.